



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunalwahl 2014:

Zufriedene Parteien

Die CSU bleibt die stärkste kommunalpolitische Kraft in Bayern. Sie verteidigte bzw. errang zahlreiche Oberbürgermeister- und Bürgermeisterposten, etwa in Ingolstadt, Augsburg, Rosenheim, Kempten, Schwabach, Kaufbeuren, Schweinfurt oder Straubing. Bei den kreisfreien Städten hat die CSU knapp die Hälfte gewonnen.

Sowohl CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer als auch Parteichef Horst Seehofer zeigten sich zufrieden mit dem Ausgang der Kommunalwahl 2014 und zogen – ebenso wie SPD und Freie Wähler – ein überwiegend positives Zwischenfazit. Zu denken gibt freilich das eher verhaltene Interesse an der Kommunalwahl. Viele Wahlleiter, vor allem in den großen Städten, meldeten eine insgesamt geringere Wahlbeteiligung als 2008. Und das, obwohl ein Briefwahlrekord zu verzeichnen war.

Wahlbeteiligung rückläufig

Deutlich ging die Wahlbeteiligung beispielsweise bei der Oberbürgermeisterwahl in München von 47,6 auf nur noch 42 Prozent zurück. Fleißiger waren in dieser Hinsicht die Bürger in Weißenburg (58,5 Prozent), Marktredwitz (56,9 Prozent) und Donauwörth (56,2 Prozent). Auffallend schlecht gestaltete sich die Wahlbeteiligung hingegen in den Städten Kempten (41,4 Prozent), Augsburg (41,2 Prozent), Rosenheim (40,9 Prozent) und Neu-Ulm (38 Prozent).

Bayernweit waren fast 40.000 Mandate zu besetzen. Zu bestimmen hatten die insgesamt rund neun Millionen Wähler über 19 der 25 Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten und über die Landräte in 58 der 71 Landkreise. In rund 1.900 der mehr als 2.000 kreisangehörigen kleineren Städte und Gemeinden wurden Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte gewählt. Das Ergebnis: In 14 Städten und 40 Landkreisen

konnte jeweils ein Bewerber die notwendige absolute Mehrheit der Stimmen erreichen. In 23 kreisfreien Städten und Landkreisen ist dagegen am 30. März eine Stichwahl notwendig.

Oberbürgermeisterwahlen

In mehreren bayerischen Großstädten werden die neuen Oberbürgermeister erst in zwei Wochen per Stichwahl bestimmt. Erstmals seit 30 Jahren kommt es in der Landeshauptstadt München zu einer Stichwahl und damit zum Duell zwischen dem SPD-Kandidaten Dieter Reiter und CSU-Kontrahent Josef Schmid. Reiter errang 40,5 Prozent der Stimmen, für Schmid votierten 36,6 Prozent. Sabine Naltinger von den Grünen bekam 14,7 Prozent. Eine herbe Niederlage muss die SPD allerdings ver-

Tagung zur kulturellen Bildung in Bayern:

Künste, die die Welt bedeuten?

Im Rahmen der Tagung „Künste, die die Welt bedeuten? Kulturelle Bildung in Bayern. Kunst und Schule in Stadt und Land“ in München beschäftigten sich über 100 Vertreter von Künstlervereinigungen, Kommunen, weiteren Institutionen sowie Pädagogen mit der Frage, wie junge Menschen in Bayern in den Bereichen Musik, Literatur, Tanz, Theater und Kunst noch besser gefördert werden können.

Die Tagung stellt neue Entwicklungen in Bayern anhand praktischer Beispiele vor, diskutiert über nächste Schritte und bietet vielfältige Beratung über Modellprojekte, Fördermöglichkeiten und den Aufbau sinnvoller Strukturen vor Ort in Stadt und Land. Eingeladen hatte das Bayerische Bildungsministerium gemeinsam mit dem STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V., der Landesvereinigung Kulturelle Bildung in Bayern und der Kulturpolitischen Gesellschaft, Landesgruppe Bayern.

Persönlichkeitsförderung

Wie Kunststaatssekretär Bernd Söbier erläuterte, leiste die kulturelle Bildung für die Förderung der Persönlichkeit junger Menschen einen wichtigen Beitrag. „Daher freue ich mich über die vielen Initiativen von Kommunen, Organisationen und Institutionen, schulisches und außerschulisches Engagement noch enger miteinander zu verknüpfen. Die Tagung kann dabei als Impulsgeber wirken.“ Norbert Tess-



Stichwahlen am 30. März. Auch im Landkreis München fällt dann die Entscheidung wer Landrat wird: Annette Ganssmüller-Maluche (l.) und Christoph Göbel stehen zur Wahl.

kraften: Erstmals seit fast 20 Jahren ist sie nicht mehr stärkste Fraktion im Stadtrat.

Stichwahlen gibt es am 30. März auch in Regensburg, Würzburg, Erlangen und Ansbach. Besonders bitter: Joachim Wolbergs, SPD-Kandidat und dritter Bürgermeister in Regensburg, fehlten mit 49,96 Prozent gerade einmal 21 Stimmen für den Wahlsieg. Am 30. März tritt er nun gegen seinen CSU-Herausforderer Christian Schlegl an, der 32,29 Prozent errungen hatte.

Stichwahlen

In Würzburg werden der Stadtkämmerer Christian Schuchardt (CSU/FDP/WL-FW e.V.) und der Kulturdezernent Mughtar Al Ghusain (GRÜNE/SPD) gegeneinander antreten. Auf Schuchardt entfielen 48,6 Prozent der Stimmen, auf Al Ghusain 36,2 Prozent. In

Erlangen muss der langjährige CSU-Amtsleiter Dr. Siegfried Balleis überraschend mit 39,2 Prozent der Stimmen in die Stichwahl. Sein Herausforderer von der SPD, Florian Janik, kam auf 37,2 Prozent.

Bei den Oberbürgermeisterwahlen in Ansbach erhielt Amtsinhaberin Carda Seidel (parteilos) 40,9 Prozent der abgegebenen Stimmen und tritt nunmehr gegen Thomas Deffner (CSU) an. Der Leiter der Bauverwaltung im Landratsamt Ansbach vereinte 25,1 Prozent der Stimmen auf sich.

Maly mit Erdrutschsieg

In Nürnberg konnte sich Ulrich Maly (SPD) über einen wahren Erdrutschsieg freuen. Der amtierende Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerische Großkrankenhäuser:

Klarheit und Fairness bei Reform

Arbeitstagung in Schweinfurt

Die kommunalen bayerischen Großkrankenhäuser haben klare Erwartungen an die Krankenhausreform, die die neue Bundesregierung ankündigte.

„Der Koalitionsvertrag greift die richtigen Themen auf. Bei den Schwerpunkten Qualität und Finanzierung brauchen die Krankenhäuser aber praxistaugliche Rahmenbedingungen. Die Bundesregierung darf bei der Umsetzung die Versorgungsrealität nicht aus den Augen verlieren“, sagte der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, bei einer Arbeitstagung der bayerischen kommunalen Großkrankenhäuser im Leopoldina-Krankenhaus in Schweinfurt. Das Vorhaben, die Qualität in der stationären Versorgung weiter zu verbessern unterstützen die Krankenhäuser. Man habe auch nichts gegen mehr Transparenz, um den Bürger besser informieren zu können. „Dies muss aber risikoadjustiert, unverfälscht und durch eine unabhängige Institution erfolgen. Wir akzeptieren nicht, wenn der Ruf der Krankenkassen nach mehr Qualität nur ein Deckmantel für Preisdumping oder Standortpolitik ist“, so der einhellige Tenor der Klinikchefs.

Finanzierungsfragen

Die Krankenhäuser seien bereit, die immer höheren Ansprüche an die Qualität auch zu erfüllen. Das dafür notwendige zusätzliche Fachpersonal sowie die Ausstattung müsse aber auch finanziert werden. „Es geht nicht, dass immer mehr gefordert und immer weniger finanziert wird“, fasst der Gastgeber der Tagung, der Geschäftsführer des Leopoldina-Krankenhauses, Adrian Schmucker, die intensive Diskussion seiner Kollegen zu diesem Thema zusammen. Vor allem die jüngsten Richtlinien zur Behandlung von Frühgebo- renen stellen die Krankenhäuser vor immense Probleme. Die Vorgaben schreiben eine massive Aufstockung der Personals vor, „das auf dem Markt nicht zur Verfügung steht, und für die es bislang keine Finanzierungsregel gibt“, so Schmucker. BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein stellte klar, dass

eine ausreichende Finanzierung der Personalkosten der Krankenhäuser die beste Grundlage für gute Qualität sei. Ausgangspunkt einer Reform müsse deshalb sein, endlich eine ausreichende Finanzierung der Personal- und Sachkostensteigerungen sicherzustellen.

Riesige Anstrengungen

Nicht gelten lassen wollen die Klinikmanager, dass sie nur mehr Geld von der Politik verlangen würden. Obwohl die bayerischen Kliniken in Kompetenz und Qualität im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz einnehmen, müssen sie sich stetig weiterentwickeln. An den Megathemen der Zukunft Qualität, Patientensicherheit, Transparenz und regionale Versorgungsstrukturen arbeiten die Krankenhäuser derzeit mit Hochdruck und unternehmen riesige Anstrengungen.

Hierfür erwarten die Kliniken und ihre Mitarbeiter mehr Verständnis und Wertschätzung. In der öffentlichen Diskussion werden meist einzelne Fehler als (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



Welch ein Vertrauensbeweis für den Bürgermeister! Wiederwahl im ersten Durchgang und stabile Verhältnisse im Stadtrat. Der amerikanische Journalist Henry Louis Mencken hat hierzu folgende Definition parat: „Vertrauen ist das Gefühl, einem Menschen sogar dann glauben zu können, wenn man weiß, dass man an seiner Stelle lügen würde.“ Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Ministerrat beschließt Stellungnahme zu EEG-Reform	Seite 2
Bundesweiter Tag der Archive: Frauen – Männer – Macht	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Regionale Kitas auf dem Weg zu Familienstützpunkten	3
Werkstätten:Messe 2014: Unverzichtbarer Branchentreff	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Finanzthemen	5-9
Kommunaler Bau	10
Wasser · Energie	11
Kommunalfahrzeuge	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Ministerrat beschließt Stellungnahme zur EEG-Reform

Das Bayerische Kabinett hat in seiner jüngsten Sitzung eine Stellungnahme zum EEG-Referentenentwurf beschlossen. Der Ministerrat ist der Überzeugung, dass mit der Umsetzung dieser energiepolitischen Weichenstellungen die Potenziale der dezentralen Energieerzeugung und -bereitstellung genutzt und der Weg zu einem CO₂-armen Stromversorgungssystem erfolgreich beschritten werden kann. Das Kabinett bat die Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, diese Positionen der Bundesregierung im Rahmen der Stellungnahme zum Referentenentwurf zu übermitteln.

Notwendige Folgenabschätzung

Der Ministerrat ist der Überzeugung, dass die bereits auf den Weg gebrachte Energiewende zu einem nachhaltigen Erfolg für Wirtschaft, Klima und Gesellschaft führen wird. Auf diesem Weg könne es kein Zurück zur Kernenergie geben.

- Dabei ist für den Wirtschaftsstandort Bayern eine verlässliche und bezahlbare Stromversorgung unverzichtbar. Wegen steigender Strompreise und Zweifeln an der Versorgungssicherheit unterbleiben Investitionen der Unternehmen in ihre deutschen Produktionsstandorte.
- Der Ministerrat ist dabei der festen Überzeugung, dass die grundlegende EEG-Reform in engem Zusammenhang mit den anderen energiepolitischen Herausforderungen auf Bundesebene steht. Er erwartet daher von der Bundesregierung die Einbettung der EEG-Reform in eine umfassende wirtschafts- und energiepolitische Gesamtstrategie.
- Er fordert die Bundesregierung daher auf, rechtzeitig vor einer abschließenden Entscheidung zum EEG im Bundeskabinett eine belastbare Folgenabschätzung für die vorgeschlagenen Weichenstellungen in Bezug auf die Strompreise und die Strommengen vorzulegen.
- Der Ministerrat anerkennt die Anstrengungen der Bundesregierung, in Verhandlungen mit der EU-Kommission im laufenden

Beihilfeverfahren die Industrieermäßigungen von der EEG-Umlage („Besondere Ausgleichsregelung“) zu erhalten. Er ist der Auffassung, dass es sich hierbei nicht um eine Beihilfe handelt.

- Der Ministerrat ist der Auffassung, dass die staatlichen Steuern, Abgaben und Umlagen auf den Strompreis nicht weiter steigen dürfen. Die Grenze der Belastbarkeit von Bürgern und Betrieben ist erreicht. Auch die Verlässlichkeit über die weitere Entwicklung der Strompreise ist für die Investitionsentscheidungen der Wirtschaft unverzichtbar.

Grundlegende EEG-Reform

Das EEG als Markteinführungsinstrument war bislang entscheidender Motor für den dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien in der deutschen Stromversorgung. Der große Erfolg des EEG macht es jetzt erforderlich, die Ziele Kostendämpfung und Markt- und Systemintegration in den Vordergrund zu stellen. Der Ministerrat unterstützt daher die Absicht der Bundesregierung, das System der Förderung der Erneuerbaren Energien in Deutschland grundlegend zu reformieren. Er begrüßt die rasche Vorlage eines Referentenentwurfs für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

- Er unterstützt insbesondere den ab 2017 vorgesehenen Wechsel vom planwirtschaftlichen System gesetzlicher Einspeisevergütungen zu einem wettbewerblichen Auktionsmodell, in dem die Förderhöhe durch Ausschreibungen ermittelt wird. Ein früherer Beginn wäre allerdings begrüßenswert.
- Im Hinblick auf die nun durch den Referentenentwurf teilweise konkretisierten Rahmenbedingungen fordert der Ministerrat die Bundesregierung auf u.a. folgende Punkte umfassend zu korrigieren:
- Mit Inkrafttreten der Reform sollen alle Betreiber von neuen EEG-Anlagen mit einer installierten Leistung von 100 kW und größer verpflichtet sein, den erzeugten Strom direkt zu vermarkten.

Anreize schaffen

- Die Entschädigung von Neuanlagenbetreibern bei netzbedingter Abregelung ist ersatzlos zu streichen, um Kosten zu dämpfen und einen Anreiz für netzverträgliche Standortwahl und Investitionen in Speicher zu schaffen
- Gerade die Bioenergie sollte als flexible, speicherbare und damit zur Stabilisierung des Energiesystems beitragende erneuerbare Energie künftig eine wichtigere Rolle spielen. Deshalb muss insbesondere die Flexibilitätprämie erhalten werden.
- Der Zubau neuer Biomasseanlagen soll überwiegend auf Reststoffverwertung beschränkt werden. Dadurch wird der Ausbau schon durch die Verfügbarkeit von Reststoffen limitiert.
- Für Biogas- und Holzvergasanlagen, die bis zum 1.8.2014 am Netz sind, muss vollumfänglicher Bestandschutz bestehen.

- Die Einbeziehung der Eigenstromerzeugung in die EEG-Umlage ist nicht akzeptabel, soweit mit ihr Zusatzbelastungen der Wirtschaft verbunden sind.
- Vor dem Hintergrund des Ziels, die maximale Unterstützung der Bevölkerung für die Energiewende zu gewinnen, begrüßt der Ministerrat auch die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Einführung einer Länderöffnungsklausel für Mindestabstände von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung in das Baugesetzbuch durch die Bundesregierung.

Versorgungssicherheit

Der Ministerrat ist der Auffassung, dass über eine Zustimmung zu der geplanten EEG-Reform erst entschieden werden kann, wenn die Einzelheiten der EEG-Novelle und belastbare Prognosen über ihre Auswirkungen vor allem in Hinblick auf die Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Süddeutschland vorliegen.

- Der Ministerrat ist in Sorge, dass mit der Abschaltung des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld Ende 2015, spätestens jedoch mit der Abschaltung des Kernkraftwerks Gundremmingen B Ende 2017 keine ausreichenden Erzeugungskapazitäten in Süddeutschland mehr zur Verfügung stehen werden, um die Versorgungssicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Er fordert die Bundesregierung daher auf, kurzfristig den Weg für die Ausschreibung von Reservekraftwerken in Süddeutschland frei zu machen, um die Stromversorgung auch nach der Abschaltung der Kern-

Bundesweiter Tag der Archive 2014:

Frauen - Männer -Macht

Bereits zum 7. Mal luden bundesweit über 350 Einrichtungen in mehr als 160 Städten und Gemeinden zum „Tag der Archive“ ein, der heuer unter dem Motto „Frauen – Männer – Macht“ stand. Allein in Bayern beteiligten sich über 25 Einrichtungen, die der Öffentlichkeit neue inhaltliche Facetten von Archiven als „Schatzkammern der Geschichte“ aufzeigten. Initiator des Aktionstags ist seit jeher der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare.

Bei Magazinführungen, Ausstellungen, Vorträgen und Mitmachworkshops für Kinder und Erwachsene konnten wieder viele Bürger eigene Erfahrungen mit der Archivarbeit gewinnen. Spätestens seit dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs am 3. März 2009 ist der Öffentlichkeit bewusst, dass Archive für die historische Identität einer Region und für die Rechtssicherheit unverzichtbar sind.

Große Bandbreite

Das Spektrum der sich beteiligenden Archive reichte von Staatsarchiven, Kommunalarchiven, Kirchenarchiven, Spezialarchiven in Hochschulen und Wirtschaftsbetrieben über Archive von Rundfunk- und Medienanstalten, von politischen Parteien und Parlamenten bis hin zu Adelsarchiven.

Kein Archiv in Bayern ist größer als das Bayerische Hauptstaatsarchiv. 47 Kilometer Akten werden hier verwahrt. Am Tag der Archive starteten ab 10 Uhr stündlich Führungen, in denen herausragende Dokumente aus dem Hauptstaatsarchiv präsentiert wurden. Außerdem konnten Besucher Fundstücke wie alte Briefe und Urkunden von zuhause mitbringen und sich erklären lassen. Eine Ausstellung im Haus beschäftigte sich mit der

kraftwerke Grafenrheinfeld Ende 2015 und Gundremmingen B Ende 2017 zu sichern.

- Er fordert die Bundesregierung zudem auf, bis zum Sommer 2014 eine Grundsatzentscheidung für die Einführung neuer Strommarktregeln zu treffen, die die Bereitstellung gesicherter Kraftwerksleistung gesondert honorieren („Kapazitätsmechanismen“) und damit Investitionen in flexible, effiziente Gaskraftwerke ermöglichen. Der Ministerrat ist dabei der Auffassung, dass eine Abdeckung der Residuallast durch Gaskraftwerke wegen des im Vergleich zu Kohlekraftwerken geringeren CO₂-Ausstoßes, der höheren Flexibilität und der perspektivischen Möglichkeit, aus Sonnen- und Windenergie umgewandeltes Gas einzusetzen, vorzugswürdig ist.

Klimafreundlichkeit

Der Ministerrat bekräftigt seine Auffassung, dass erst, nachdem Klarheit über die neuen energiepolitischen Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen herrscht, auch über den weiteren Ausbau der Stromleitungen bzw. über notwendige Anpassungen der bisherigen Netzplanungen entschieden werden kann. Die Proteste gegen den Netzausbau lassen sich nur durch eine glaubwürdige und vollständig transparente Abwägung der Entscheidungsalternativen beantworten.

Auch ist es der Bevölkerung nicht vermittelbar, wenn die Energiewende hieß, die CO₂-freie Kernenergie am Ende durch klimabelastenden Kohlestrom zu ersetzen. Der Erfolg bemisst sich nicht nur am Ausstieg aus der Kernenergie sondern auch am Erreichen der Klimaziele. Wir lehnen den Import von Kohle- und Atomstrom ab. □

Bundes-SGK:

Kommunen entlasten!

Vorstand beschließt Positionspapiere

Auf seiner jüngsten Sitzung hat der Vorstand der Bundes-SGK die insbesondere auf Initiative der SPD gestarteten Vorhaben der neuen Bundesregierung gewürdigt. Die dringend notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende, in der Rentenpolitik und zur Unterstützung der von „Armutszuwanderung“ betroffenen Kommunen werden nachdrücklich unterstützt.

Aus Sicht der Kommunen geht es nun vor allem auch darum, die im Koalitionsvertrag benannten Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Kommunen rasch in Angriff zu nehmen. Dies betrifft unmittelbar die anstehenden Verhandlungen zu jenen 6 Mrd. Euro, die bis 2017 den Ländern und Kommunen für die Bereiche Hochschulen, Bildung und Kinderbetreuung zugesagt sind. Darüber hinaus seien die Städte, Gemeinden und Kreise darauf angewiesen, dass die im Vorgriff auf eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe zugesagte 1 Mrd. Euro pro Jahr so schnell wie möglich zur Verfügung steht. Als Weg wird eine Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II für sachgerecht gehalten. Zugleich bedürfe es eines zügigen Einstiegs in ein Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Eingliederungshilfe. Wie im Koalitionsvertrag zugesagt, müsse es mit der Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes noch in dieser Legislaturperiode zur Entlastung der Kommunen von der Eingliederungshilfe im Umfang von 5 Mrd. Euro jährlich kommen.

Reform der Bund-Länder- Finanzbeziehungen

Zudem dringt die Bundes-SGK auf eine schnelle Aufnahme von Verhandlungen zur Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Städte, Gemeinden und Kreise seien hieran von Anfang an umfassend zu beteiligen. Dabei dürfe die Komplexität der Materie nicht dazu führen, dass die Entscheidung wichtiger Fragen aufgeschoben wird. „Dies betrifft neben der Eingliederungshilfe auch die künftige Bereitstellung der Entflechtungsmittel und eine schon vorher zu erarbeitende Anschlusslösung für das GVFG-Bundesprogramm nach 2019.“

Darüber hinaus hat der Vorstand der Bundes-SGK in seiner Sitzung unter anderem Beschlüsse zu den Themen Europa und Armutszuwanderung aus Südosteuropa gefasst. Mit Blick auf die Europawahl im Mai wurden folgende Forderungen und Erwartungen formuliert:

1. Kommunales Selbstverwaltungsrecht stärken - Subsidiaritätsprinzip strikt einhalten
2. Europa braucht starke und handlungsfähige Kommunen
3. Keine Umsatzbesteuerung in interkommunaler Zusammenarbeit
4. Der Mensch steht im Mittelpunkt: Kommunale Daseinsvorsorge sichern
5. Regional- und Strukturförderung der EU - Kommunen als Partner stärker einbeziehen
6. Integration als gesamteuropäische Herausforderung begreifen, die vor Ort gestaltet wird
7. Partnerschaften, Kooperationen und internationale Solidarität fördern
8. Koordinierung und Kooperation beim Klimaschutz und der Energiewende in Europa verbessern.

Hilfe für Armutszuwanderer

Für die von Armutszuwanderung betroffenen Kommunen bekräftigt die Bundes-SGK ihre Forderung nach schneller und umfassender Hilfe. Hierzu zähle insbesondere, dass Bund und EU die Verantwortung der Herkunftsländer für die Verbesserung der Le-

bensverhältnisse von Zuwandern einfordern und diese Länder dabei unterstützen und sich der Bund gegenüber der EU dafür einsetzt, dass Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) flexibel genutzt und in den Herkunft- und Zielländern der Armutszuwanderung eingesetzt werden können. Auch soll der Bund Soforthilfe leisten mit ESF-finanzierten Bundesprogrammen, der Aufstockung und Nutzung des Programms „Soziale Stadt“, einem die erhöhten Sozialausgaben deckenden Lastenausgleich zugunsten betroffener Kommunen, Sprachkursen sowie erhöhten Eingliederungsmitteln und Personalkapazitäten im SGB II. Auch müssten ordnungsrechtliche Maßnahmen geprüft und umgesetzt werden, wo unberechtigter Leistungsbezug, kriminelle Strukturen und Ausbeutung Integration behindern und zulasten der Zuwandernden selbst gehen.

Forderungen der Bundes-SGK:

- Im Rahmen des ESF-Bundesprogramms stellt ein gesondertes Programm zur Bekämpfung der Folgen der Armutszuwanderung für betroffene Kommunen den sinnvollsten und effektivsten Handlungsansatz dar. Hierdurch wird eine größere Übersichtlichkeit erzeugt, sind Verteilungskämpfe zu vermeiden und wird der Mitteleinsatz vereinfacht.
- Der sog. Europäische Armutsfonds (FEAD) ist bei der Erstellung des operationellen Programms für Deutschland auf das Phänomen der Armutszuwanderung auszurichten. Einen wesentlichen Förderansatz können hier Beratungsangebote für betroffene Personengruppen und Stellen für aufsuchende Sozialarbeit bilden.
- Unabhängig von einem eigenen ESF-Bundesprogramm und der Verwendung von FEAD-Mitteln müssen bestehende und grundsätzlich geeignete ESF-Bundesprogramme verschiedener Ressorts für die Betreuung der Zielgruppe der Armutszuwanderer geöffnet werden und miteinander kombinierbar sein.
- Die Nutzung von ESF-Programmen sollte durch Modularisierung vereinfacht und entbürokratisiert werden. Bei der Einrichtung eines gesonderten Programms wie auch bei bestehenden und miteinander kombinierbaren Förderprogrammen des Bundes sind die Länder und Kommunen bei der Programmentwicklung und der Gestaltung von Ausschreibungs- und Vergabebedingungen einzubeziehen. So wird gewährleistet, dass die Mittel schnell, zügig und zielgenau dort ankommen, wo sie benötigt werden. Hierfür empfiehlt sich die Einrichtung von Programmbeiräten, in denen Vertreter der Länder und Kommunen mitwirken und ein Mitspracherecht erhalten.
- Der Bund und die Länder müssen Kofinanzierungsregelungen vereinbaren und sicher stellen, damit insbesondere auch Kommunen in Haushaltsnotlage an den Programmen gleichberechtigt teilhaben können. Dies betrifft erneut die Möglichkeit, unterschiedliche Fördermittel miteinander zu kombinieren, sowie das Erfordernis, komplementäre Landesprogramme zu nutzen und entsprechende haushalterische Voraussetzungen zu schaffen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Bäuerlein
91347 Aufseß
am 2.4.

Bürgermeister Georg Kobler
84513 Erharting
am 25.3.

Bürgermeister Jakob Schwimmer
84427 St. Wolfgang
am 29.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Oppel
86687 Kaisheim
am 2.4.

Bürgermeister Jochen Kramer
97355 Castell
am 27.3.

Bürgermeisterin
Henriette Kirst-Kopp
86707 Westendorf
am 29.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans-Walter Hofmann
91289 Schnabelwaid
am 24.3.

Bürgermeister Thomas Krimm
63773 Goldbach
am 25.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Dotzler
92274 Gebenbach
am 21.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Jocher
82444 Schlehdorf
am 27.3

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle:

Punktlandung zum 50. Geburtstag

Just am 16. März, dem Tag der Kommunalwahlen, feierte Stefan Rößle, KPV-Landesvorsitzender und Landrat von Donau-Ries, seinen 50. Geburtstag. Am Abend seines Ehrentages erhielt der CSU-Politiker mit einer Bestätigung in seinem Amt als Landkreischef das schönste Geburtstagsgeschenk, das man sich in dieser Situation denken kann. Für Rößle votierten 50,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler – ein Ergebnis, das mit Fug und Recht als Punktlandung bezeichnet werden kann.

In Oberndorf am Lech geboren, legte Rößle 1983 das Abitur am Gymnasium Donauwörth ab. Unmittelbar danach besuchte er die Beamtenfachhochschule in Fürstenfeldbruck im Fachbereich Polizei, an der er die Ausbildung als Diplomverwaltungswirt (FH) abschloss. Als junger Kommissar begann Rößle sodann die Laufbahn im gehobenen Dienst der Polizei: Bereitschaftspolizei und Dienstgruppenleiter bei der uniformierten Polizei. Nach weiteren Stationen bei der Polizeidirektion Ingolstadt und beim Polizeipräsidium Oberbayern wechselte er zur Kriminalpolizei und war von Anfang an dabei, als die neue Dienststelle zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Augsburg aufgebaut wurde.

Neue Chance

Den Beruf als Polizist übte Stefan Rößle gerne aus, doch völlig unerwartet ergab sich eine neue berufliche Chance. Er nutzte sie und wurde auf Anhieb 1996 zum Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf am Lech gewählt. Im Jahr 2002 eroberte Rößle schließlich den Landratsessel. Bei den Kommunalwahlen im März 2008 wurde er ohne Gegenkandidat mit einem Traumergebnis von 94,2 Prozent wieder gewählt.

Erfolgreich bekleidet der Jubilar seit 1. März 2008 auch das Amt des KPV-Landesvorsitzenden. Bei seiner Antrittsrede im oberbayerischen Aschheim hatte er betont, auf dem aufbauen zu wollen, was sein Vorgänger Luitpold Braun als Fundament gelegt habe. Die Menschen müssten ernst genommen werden; zudem sei es wichtig, die Mitarbeiter zu motivieren.

Dass Geradlinigkeit und Ehrlichkeit Maximen seines Handelns darstellen, hat Rößle bis heute eindrucksvoll bewiesen. Konsequenz hat er seine politische Linie vertreten, was nicht zuletzt in zahlreichen Kolumnen in der Bayerischen Gemeinde-Zeitung, deren Herausgeber Stefan Rößle ist, überzeugend zum Ausdruck kommt.

Bildungsinvestitionen

Falsche Versprechungen sind seine Sache nicht. Nur so kann man nach Rößles Auffassung in der politischen Landschaft langfristig bestehen. Es gelte, als KPV solidarisch und geschlossen aufzutreten und eine Kommunalpolitik „mit Herz, Verstand und Leidenschaft“ zu betreiben. Auch müsse es ihr Anliegen sein, junge Kandidaten zu gewinnen und in ihnen die Lust zu wecken, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Auch in seinem Heimatlandkreis Donau-Ries hat der Jubilar vieles auf den Weg gebracht. So wurden in den vergangenen Jahren etliche Millionen Euro in den Aus- und Umbau weiterführender Schulen und damit in die Bildung junger Menschen investiert. Hierzu zählen auch die Einstellung eines Regionalmanagers, der u. a. für die Weiterentwicklung verschiedener Initiativen wie Fachkräftesicherung und Imagekampagne zur Landkreis-Vermarktung zuständig ist, sowie der

Ausbau des Bildungsnetzwerkes und das Qualitätssiegel für die Bildungsregion Donau-Ries.

Neben verkehrspolitischen Weichenstellungen sowie dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Schulsozialarbeit lag Rößles Augenmerk auch auf dem Dialog mit den Unternehmen zur



Stefan Rößle.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Verabschiedung eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts sowie der Teilnahme am bundesweiten Pilotprojekt „Zeit für Familie“. Wie sehr ihm dieses Projekt tatsächlich am Herzen lag, bewies der fünffache Familienvater, als er 2009 als erster deutscher Landrat für zwei Monate in Elternzeit ging. Dass das Medieninteresse daran entsprechend groß war, versteht sich von selbst. „Landrat in Elternzeit: Der Wickelvolontär der CSU“ titelte beispielsweise „DER SPIEGEL“.

Jedem Kind ein Instrument

Als Initiator fungierte Stefan Rößle wiederum beim Musikprojekt „Jedem Kind ein Instrument“, kurz „JeKI“, das jedem Kind die Möglichkeit bietet, unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung der Eltern ein Instrument zu erlernen. „JeKI“ ist eine Ergänzung des regulären Musikunterrichts, in dem das gemeinsame Musizieren der Kinder – von der 1. bis zur 4. Klasse – im Vordergrund steht. Das Projekt wurde im Jahr 2007 an den

drei Grundschulen der Stadt Donauwörth eingeführt.

Auf die Einrichtung eines Energieforums und die Gründung einer Energieallianz kann der engagierte Kommunalpolitiker ebenso mit Stolz verweisen wie beispielsweise auf die Gründung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens, unter dessen Dach die Kliniken sowie die Seniorenheime des Landkreises zusammengeführt wurden und die Einrichtung einer Station für Palliativmedizin am Stiftungs Krankenhaus Nördlingen.

Tourismusentwicklung

Auch die touristische Entwicklung im Landkreis kann sich sehen lassen. Das Ferienland Donau-Ries verzeichnet kontinuierlich steigende Besucher- und Übernachtungszahlen. Landschaftlicher Höhepunkt ist zweifellos das Ries und mit ihm die geologische und landschaftliche Einzigartigkeit des 15 Millionen Jahre alten Meteoritenkraters, der seit 2006 das Prädikat Nationaler Geopark trägt.

Bleibt schließlich die Verabschiedung des Entschuldungskonzepts im Jahr 2008 mit dem Ziel, die Schulden von ursprünglich 25 Mio. Euro auf rund 3,7 Mio. Euro Ende 2014 zu verringern. Stefan Rößle ist auch hier auf einem guten Weg.

In einem Glückwunschschreiben würdigte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer die Verdienste des erfolgreichen Politikers: „Der Landkreis Donau-Ries“, so Seehofer, „ist ein typisches Stück Bayern, mit einer intakten Natur, einer hervorragenden Infrastruktur und engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich für ihren wirtschaftlichen Erfolg ebenso einsetzen wie für das allgemeine Wohl. Seit mehr als einem Jahrzehnt prägst Du als Landrat die Entwicklung der Region. Existenzgründer und die vielen teilweise auf dem Weltmarkt aktiven mittelständischen Unternehmen hast Du dabei ebenso im Blick wie den Naturschutz, den Tourismus oder eine leistungsfähige kommunale Daseinsvorsorge. Mit deiner Arbeit stehst Du für Lebensqualität und Heimat und setzt damit ein kraftvolles Zeichen, das weit über den nordschwäbischen Raum hinaus wirkt. Dafür danke ich Dir von Herzen.“ **DK**

Frauen...

(Fortsetzung von Seite 2)
Das Münchner Haus der Kunst eröffnete eine eigene Archivgalerie, um die braune NS-Geschichte des Gebäudes aufzuarbeiten. Hier präsentierten die Nazis ihre verquere Blut- und Boden-Rassen-Körper-Kulturstoffe sowie die Hetzausstellung über die angeblich „Entartete Kunst“. Nach dem Krieg wurde der Bau Anknüpfungspunkt für die Moderne in der Landeshauptstadt. Am Nachmittag veranstaltete das Museum laufend Kunst-Workshops für Kinder.

Kostümbildsammlung

Die Von Parish-Kostümbibliothek des Münchner Stadtmuseums ist benannt nach der Sammlerin Hermine von Parish, die in 90 Lebensjahren mit Detailliebe und Sachkenntnis die größte Kostümbildsammlung der Welt zusammengetragen hat. Am Tag der Archive war die einzigartige Sammlung für eineinhalb Stunden geöffnet.

Den ganzen Vormittag über

lud das Staatsarchiv Amberg zu Vorträgen über Männer und Frauen ein, die die Oberpfalz prägten. Es ging um Fürsten und Fürstinnen am Sulzbacher Hof, um Frauenklöster in der Oberpfalz und um die rechtliche Stellung der Frau im Spiegel historischer Quellen.

Frauen in der Pflege und Heilkunst

Das Spitalarchiv Regensburg widmete sich am Tag der Archive der Rolle von Frauen in der Pflege und Heilkunst – besonders im Mittelalter. Äbtissinnen und reiche Patrizierinnen spendeten Häuser und Geld, ledige oder verwitwete Bürgerfrauen lebten als Pfründnerinnen im St. Katharinenhospital in der vielschichtigen Spitalgemeinschaft. Eine Ausstellung mit Bildern, Exponaten und Schautafeln rückte Vorurteile zum „traditionellen“ Rollenbild von Frauen in Mittelalter und Früher Neuzeit gerade. Das Spitalarchiv ist Teil des Regensburger Weltkulturerbes.

GZ

**Kolumne
Georg Huber**

Liebe Leserinnen und Leser,

„Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Wenn wir aber eine Zukunft wollen, so müssen wir die Lebenssituation von Kindern und Eltern bereits heute verbessern“ – so lautet eine zentrale Botschaft der Studie „Zukunft mit Kindern – Mythen, Kernaussagen und Empfehlungen“ (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2012). Diese wissenschaftliche Studie beschäftigt sich unter anderem damit, wie sich gesellschaftliche Veränderungen auf die Lebenslagen von Familien auswirken.

Auch wir, liebe Leserinnen und Leser, müssen keine Pädagogen sein um zu erkennen, dass sich die gesellschaftlichen Veränderungen unmittelbar auf die Kinder, deren Eltern und Familien auswirken. Ökonomische Unsicherheiten, veränderte Arbeitsverhältnisse und die vielen unterschiedlichen familiären Lebensformen sind nur einige Aspekte, die belasten können.

Natürlich gibt es in unserem Landkreis zahlreiche Institutionen, die entsprechend den Bedarfen der Eltern unterstützende und beratende Angebote bereitstellen. Unsere Erfahrungen belegen allerdings, dass das Aufsuchen dieser Institutionen für viele Eltern eine große Hürde bedeutet. Eine Kontaktaufnahme kostet zusätzlich Zeit, oft längere Anfahrtswege und ist mit Unsi-

Regionale Kitas auf dem Weg zu Familienstützpunkten

cherheiten gegenüber den fremden Fachkräften verbunden. Genau diese Hürden möchten wir im Landkreis Mühldorf a. Inn abbauen und Eltern den Zugang zu unterstützenden Angeboten erleichtern. Deshalb haben sich viele regionale Kindertageseinrichtungen (Kitas) auf den Weg gemacht, ihr Konzept zu Orten für Kinder und deren Familien – zu Familienstützpunkten – weiterzuentwickeln.

Dieses Vorhaben entstand nicht aus blindem Aktionismus, sondern basiert auf einer umfassenden qualitativen Bedarfserhebung, die im Rahmen der Bildungsinitiative „Lernen vor Ort“ von September 2010 bis März 2011 durchgeführt wurde. In einem ersten Familiensymposium und in anschließenden Workshops diskutierten kommunalpolitische Vertreter und Bildungsanbieter des Landkreises über aktuelle Herausforderungen für Familien und Familienbildungsanbieter. Als grundsätzliche Herausforderung wurde die Erreichbarkeit der Familien, bei gleichzeitig zunehmendem Beratungs- und Unterstützungsbedarf, definiert. Um dieser Tatsache künftig begegnen zu können, gaben die Teilnehmenden folgende Handlungsempfehlungen ab:

Der Zugang soll durch die Initiierung möglichst frühzeitiger, bedarfsgerechter und dezentraler Angebote, die in vertrauten und positiv besetzten Räumlichkeiten – in den Kitas – stattfinden, optimiert werden. Kindertageseinrichtungen sind positiv besetzt und flächendeckend im Landkreis vertreten. Als Familienstützpunkte legen sie ihren Fokus auf ein bedarfsgerechtes und familienorientiertes Angebot. Neben dem



Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kinder werden somit auch niederschwellige und dezentrale Beratungs-, Bildungs- und Begegnungsmöglichkeiten für die Eltern/Familien bereitgestellt. Auch die Vernetzung mit dem Sozialraum der Kitas, z.B. örtliche Vereine, Familienbildungseinrichtungen oder Kirchen, und mit den Fachdiensten im Landkreis spielt dabei eine zentrale Rolle.

Um die regionalen Kitas auf dem Weg zum Familienstützpunkt fachlich begleiten zu können, wurde die Weiterbildung „Innovationsorte KiTa und Familienzentren“ vom Verband katholischer Kindertageseinrichtungen Bayern e.V. im Rahmen von „Lernen vor Ort“ und in Kooperation mit dem Amt für Jugend und Familie Mühldorf und der Fachakademie für Sozialpädagogik Mühldorf des Diakonischen Werks Traunstein e.V. konzeptionell weiterentwickelt und auf die Bedürfnisse der pädagogischen Fachkräfte in der Region zugeschnitten.

An dieser Weiterbildung nahmen ab Mai 2011 bis November 2013 elf Kita-Leitungen, zwei stellvertretende Kita-Leitungen und zwei Erzieherinnen teil. So waren insgesamt 13 Kitas aus 13 Gemeinden des Landkreises beteiligt. Zusätzlich absolvierten zwei Multiplikatoren, darunter eine Lehrkraft der Fachakademie Mühldorf und eine Referentin von „Lernen vor Ort“, die Weiterbildung. Zur nachhaltigen Sicherung der Weiterbildungsinhalte und der Veränderungsprozesse wurde bereits ein trägerübergreifendes Gesamtkonzept zur Familienorientierung erarbeitet, welches trotz Beendigung der Weiterbildung ab diesem Jahr von neun Kitas umgesetzt wird.

Familie ist die wichtigste Bildungsinstanz. Die enge Zusammenarbeit zwischen Kitas und Familien im Sinne einer gelebten Erziehungs- und Bildungspartnerschaft, aber auch die Vernetzung und Kooperation mit relevanten Fachdiensten, tragen zur Förderung der elterlichen Ressourcen bei und wirken präventiv. Beide Aspekte stehen im Rahmen der Weiterentwicklung der Kitas zu Familienstützpunkten im Fokus. In diesem Kontext wurde auch das Pilotprojekt „Sozialpädagogische Beratung in Kindertageseinrichtungen“ unseres Amtes für Jugend und Familie, welches im Mai 2010 zunächst in zwei Kitas startete, ausgebaut. Ziel dieses Beratungsservice ist es, Eltern und Kita-Personal auf unkomplizierte Weise, das heißt ohne Voranmeldung und vor Ort, zu Familien- und Erziehungsthemen, als auch zu rechtlichen Fragestellungen zu beraten. Aufgrund der positiven Resonanz wurde der Beratungsservice auf diejenigen Kitas, die sich zu Familienstützpunkten weiterentwickeln, kontinuierlich ausgeweitet.

Eltern und Familien möglichst frühzeitig zu erreichen, ihnen die Unterstützungsmöglichkeiten, die sie in ihrer aktuellen Lebenssituation benötigen, zukommen zu lassen, ist mir ein besonderes Anliegen. Nur so können wir unsere Kinder und unsere Familien für die Herausforderungen des Lebens stärken. Um dies erreichen zu können, bedarf es aus unseren Erfahrungen heraus oft innovative Wege, die ich jedoch sehr gerne und mit sicherer Überzeugung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises gehe!

Ihr Georg Huber
Landrat Mühldorf a. Inn

Zu den größten und schönsten bayerischen Archiven zählt das Staatsarchiv Landshut auf der Burg Trausnitz. Hier liegen Dokumente zur Geschichte Niederbayerns aus acht Jahrhunderten. Die ältesten Urkunden stammen aus dem 13. Jahrhundert. Insgesamt wurden vier Führungen durchs Archiv angeboten.

Familienforschung

Das Stadtarchiv Ingolstadt wiederum öffnete seinen Lesesaal im Kavalier Hepp und präsentierte Dokumente aus den vergangenen Jahrhunderten – vor allem Heiratsbriefe, Testamente sowie die Bestimmung von Vormündern. Neben dem thematischen Schwerpunkt war ein Einblick in die Familienforschung möglich. Zudem führte eine szenische Lesung zur Hexenverfolgung, die aus Originalquellen des Stadtarchivs zusammengestellt ist.

Das Stadtarchiv Donauwörth dokumentierte die wechselvolle Geschichte der ehemals Freien Reichsstadt bis ins 20. Jahrhundert, wo die Innenstadt im April 1945 noch bei zwei Bombenangriffen zu 75 Prozent zerstört wurde. Das Archiv in der ehemaligen „Neuen Kanzlei“ enthält auch wertvolle mittelalterliche Siegel-Urkunden, wie etwa die vom 24. Oktober 1266, als der Staufer Konradin Burg und Stadt Donauwörth an Herzog Ludwig von Bayern verpfänden musste.

Lastenausgleichsarchiv

Zahlreiche Schicksale von Vertriebenen und Aussiedlern dokumentierte das Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth. Wer nach Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik neu anfangen musste, versuchte oft, im Rahmen des Lastenausgleichs einen Teil seines Schadens ersetzt zu bekommen. In den Ak-

ten und Anträgen sind daher oft Haus und Hof dokumentiert, die verloren gingen. So werden die Lebensumstände von Aussiedlern und Vertriebenen in der Zeit vor dem Krieg nachvollziehbar. Insgesamt drei Führungen wurden durch eine Ausstellung vertieft. Zudem ergänzte ein Rahmenprogramm aus Cellomusik und einer Lesung der Dichterin Maria Djuki die Eindrücke.

Wertvolle Orte des kollektiven Gedächtnisses

Wissenschafts- und Kunstmünister Dr. Ludwig Spaenle betonte zum Aktionstag: „Archive sind wertvolle Orte des kollektiven Gedächtnisses. Sie ermöglichen uns einen lebendigen Blick in unsere Vergangenheit. Die Archivlandschaft in Bayern ist sehr vielfältig – das spiegelt sich auch im Programm des Aktionstages wieder.“ **DK**

Werkstätten:Messe 2014:

Unverzichtbarer Branchentreff

Ein Fest für die Sinne: Über 200 Aussteller aus dem In- und Ausland präsentierten bei der Werkstätten:Messe im Messezentrum Nürnberg Mitte März ihre vielfältige Produkt- und Dienstleistungspalette sowie Leistungen rund um die Arbeit der Werkstätten. Bestandteil der Messe war ein umfangreiches Fachvortragsprogramm zu aktuellen behindertenpolitischen Themen und Themen rund um die Werkstätten.

Insgesamt kamen über 21.000 Besucher zu der viertägigen Messe, die damit das hohe Vorjahresniveau (21.300 Besucher) erreicht hat. Entsprechend hoch ist die Zufriedenheit der Aussteller, die sich insgesamt sehr über das große Besucherinteresse freuten.

„Mittendrin statt nur dabei“

„In Bayern wollen wir Menschen mit Behinderung ein inklusives Leben ermöglichen – ganz nach dem Motto ‚Mittendrin statt nur dabei‘“, hatte Bayerns Sozialministerin Emilia Müller anlässlich der Eröffnung der Werkstätten:Messe 2014 be-

tont. Dazu gehört ihrer Ansicht nach als ein wichtiger Bereich die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben. Müller: „Werkstätten für behinderte Menschen leisten hier einen unverzichtbaren Beitrag: Sie geben rund 35.000 Menschen in Bayern, darunter auch Menschen mit zum Teil schwerer und schwerster Behinderung, eine berufliche Bildung und eine ihren Fähigkeiten und Talenten angepasste Beschäftigung, die ihnen der allgemeine Arbeitsmarkt nicht bietet. Die Werkstätten überzeugen dabei mit ihrem hohen Maß an Professionalität, Leistungsvielfalt und Kreativität. Die Werkstätten:Messe stellt

dies auch in diesem Jahr eindrucksvoll unter Beweis.“

Menschen mit Behinderung müssten aber auch mehr Chancen als bislang auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen, fuhr die Ministerin fort. Ihr Appell ging daher an die Arbeitgeber: „Werfen Sie unbegründete Vorbehalte gegenüber Menschen mit Behinderung über Bord und holen Sie sie mit ins Boot. Denn Menschen mit Behinderung sind leistungsfähig und eine Bereicherung für jeden Betrieb.“ Um auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, seien auch Werkstattplätze in Unternehmen ein wichtiger Baustein. Müller: „Betriebe können sich so vom Potential von Menschen mit Behinderung überzeugen. Um dies zu unterstützen, können Werkstätten über unser Programm ‘Werkstatt inklusiv’ bis zu 3.000 Euro für jeden neu geschaffenen Außenarbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten. Aber auch hier braucht es noch mehr Bereitschaft von Be-

trieben, sich den Werkstätten und den Menschen mit Behinderung zu öffnen. Nur dann kann Inklusion gelingen.“

Inklusion beginnt mit Begegnung. Das ist der Werkstätten:Messe 2014 bestens gelungen: An den Messeständen präsentierten Menschen mit und ohne Behinderung ihre Arbeit; sie berieten über Berufsperspektiven und kamen mit den Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch – natürlich auch im Biergarten und den Cafés, wo Menschen mit und ohne Behinderung die Messebesucher bewirteten.

Zusammenarbeit

„Genau das wollen wir erreichen: Eine inklusive Arbeitswelt braucht die Zusammenarbeit auf vielen Ebenen. Mit Entscheidungsträgern aus Politik und Sport, mit Bildungseinrichtungen, mit Kammern und Verbänden, mit Auftraggebern aus der Wirtschaft und vor allem mit den Experten in eigener Sache – den Menschen mit Behinderung“, bilanzierte Martin Berg, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG WfbM). „Werkstätten schauen, was jemand kann und nicht, was er nicht kann. Und sie hören zu, was jemand will, wo er seine Perspektiven sieht. Da liegt ihre Kernkompetenz. Werkstätten

stehen für die Perspektive Mensch und die brauchen wir dringend, wenn wir eine inklusive Arbeitswelt gestalten wollen“, erklärte Berg.

Inklusion durch Teilhabe

Wichtiger Bestandteil der Werkstätten:Messe ist von jeher das Vortragsprogramm. Hier ging es unter anderem um Inklusion durch Teilhabe, barrierefreie („leichte“) Sprache, Design für Werkstätten-Produkte, Datenschutz beim Dienstleistungsauftrag oder den Einsatz von Social Media in der Werkstatt. Insgesamt konnten die (Fach-)Besucher unter 75 Themen wählen und so von der Werkstätten:Messe aus fachlich, inhaltlich und sozial gestärkt in ein neues Werkstätten-Jahr starten.

Für Furore auf der Messe hatten die Werkstätten der Freien Hansestadt Bremen gesorgt, dem ersten Bundesland im Fokus. Mit Mercedes SLK und historischem Polizeifahrzeug Borgward Isabella hatten die Bremer beispielhaft gezeigt, wo Werkstätten für behinderte Menschen überall beteiligt sind. Für das nächste Jahr hat sich bereits das nächste Bundesland angemeldet: Berlin.

Die nächste Werkstätten:Messe findet vom 12. bis 15. März 2015 im Messezentrum Nürnberg statt. **DK**

68,2 Prozent), in Aschaffenburg (Ulrich Reuter, 69,6 Prozent), in Bad Kissingen (Thomas Bold, 91,85 Prozent), in Fürstenfeldbruck (Thomas Karmasin, 56,3 Prozent), in Neumarkt/Opf. (Willibald Gailler, 59 Prozent) und in Freyung-Grafenau (Sebastian Gruber, 56,8 Prozent).

Überraschend klar setzte sich dagegen im Landkreis Landshut der Vertreter der Freien Wähler, Peter Dreier, gegen seinen schärfsten Konkurrenten von der CSU, Daniel Sporer, durch. Dreier kam auf 52,1 Prozent, Sporer hingegen nur auf 33,9 Prozent der Stimmen.

Stichwahlen in vielen Landkreisen

In den Kreisen Aichach-Friedberg, Dachau, Erlangen-Höchstädt, Freising, Garmisch-Partenkirchen, Haßberge, Hof, Landberg am Lech, Miesbach, Miltenberg, München, Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim, Ostallgäu, Regensburg, Rosenheim, Schwandorf, Traunstein und Weilheim-Schongau stehen dagegen Stichwahlen an. Im Landkreis München gehen Christoph Göbel (CSU) und Annette Ganssmüller-Maluche (SPD) am 30. März in das Rennen um die Wahl des Landrates. Während Göbel im ersten Wahlgang 43,0 Prozent der Stimmen errang, erhielt seine Kontrahentin 28,2 Prozent der Stimmen.

Die Stimmung in den Kommunen vor der Wahl war bayernweit sehr gut. Nach einer BR-Umfrage von Infratest Dimap zeigten sich 92 Prozent mit den Lebensbedingungen vor Ort und 73 Prozent mit der Arbeit der Stadt- und Gemeinderäte zufrieden. Gründe für die Wahlentscheidung waren für 79 Prozent der Befragten die Kommunalpolitik und für 87 Prozent die Kandidaten vor Ort. **DK**

Bundesverfassungsgericht zum Euro-Rettungsschirm:

„Klare Absage an Schuldenunion jedweder Art“

Die Bayerische Staatsregierung begrüßte die jüngst bekannt gegebene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und zum Fiskalpakt.

„Diese Klarstellung aus Karlsruhe tut not: keine Schuldenunion, mehr demokratische Kontrolle. Der Kurs der Bayerischen Staatsregierung wird damit klar bestätigt, und zwar sowohl in der Kritik an einer Schuldenunion jedweder Art als auch bei der Forderung nach Sicherstellung der demokratischen Legitimation von Entscheidungen auf europäischer Ebene“, so Europaministerin Dr. Beate Merk.

Der Geldpolitik klare Grenzen aufzeigen

Die Ministerin forderte den Europäischen Gerichtshof (EuGH) auf, ein Machtwort zu sprechen und den Irrweg einer europäischen Schulden- und Haftungsgemeinschaft durch einen unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen endgültig zu beenden. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem EuGH vor wenigen Wochen die Frage der Rechtmäßigkeit des sogenannten OMT-Programms der Europäischen Zentralbank zur Entscheidung vorgelegt. „Ich erhoffe mir nun auch von Luxemburg eine deutliche Entscheidung, die der europäischen Geldpolitik klare Grenzen aufzeigt“, bekräftigte Europaministerin Dr. Merk. □

(Fortsetzung von Seite 1)

Städte tags erreichte 67,1 Prozent aller Stimmen – das zweitbeste Ergebnis eines Oberbürgermeisters in der Geschichte der Norisstadt. Deutlich geschlagen wurde CSU-Kandidat Sebastian Brehm, der 24,1 Prozent aller Stimmen bekam. Auch der amtierende Fürther Oberbürgermeister Thomas Jung (SPD) konnte sein Amt klar verteidigen. Er erhielt 73,0 Prozent der Stimmen. Sein Herausforderer Dietmar Helm (CSU) erreichte 17,3 Prozent.

Augsburg und Ingolstadt

In Augsburg siegte Oberbürgermeister Kurt Gribl von der CSU mit 51,9 Prozent gegen acht weitere Kandidaten. Stefan Kiefer von der SPD kam auf 28 Prozent. Auch Bayerns fünftgrößte Kommune Ingolstadt wird weiterhin von einem CSU-Oberbürgermeister regiert. Christian Lösel erreichte 52,6 Prozent der Stimmen. Der neue Rathauschef war bisher Referent des scheidenden Oberbürgermeisters Alfred Lehmann (CSU). Die Unternehmerin Veronika Peters, die für die SPD antrat, musste sich mit 28,45 Prozent geschlagen geben. In Rosenheim verteidigte CSU-Frau Gabriele Bauer das Rathaus souverän: Sie holte 69,1 Prozent der Stimmen und siegte gegen Robert Metzger von der SPD, der auf 19,0 Prozent kam.

Bereits im ersten Anlauf klar bestätigt wurden auch in Passau Oberbürgermeister Jürgen Duper (SPD) mit 64,6 Prozent, in Straubing Markus Pannermayr (CSU), der stolze 75,3 Prozent bekam, in Schwabach Matthias Thürauf (CSU) mit 65,3 Prozent, in Schweinfurt Sebastian Rémelé (CSU, 66,9 Prozent) und in Kaufbeuren Stefan Bosse (CSU) mit 57,5 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Bei der Wahl zum Oberbürgermeister in Amberg hat sich gleich im ersten Anlauf Michael Cemy (CSU) durchgesetzt. Der 49-Jährige erhielt 51,9 Prozent der Stimmen und ist damit Nachfolger von Wolfgang Dandorfer (CSU). Auch Thomas Kiechle, der Kandidat von CSU und Freien Wählern, hat es in Kempten auf Anhieb geschafft: Er vereinte 51 Prozent der Stimmen auf sich. Der bisherige zweite Bürgermeister zieht ins Coburger Rathaus ein: Norbert Tesmer (SPD) kam auf 51,3 Prozent.

Zufriedene Parteien...

Wie CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer betonte, „sind wir mit dem Gesamtergebnis gerade in den Städten zufrieden. Von 19 zur Entscheidung stehenden haben wir neun für uns gleich entscheiden können, fünf gingen an die SPD und bei den fünf anderen gehen wir in die Stichwahl und zwar guten Mutes

mit einem guten Rückenwind.“

Bereits im ersten Wahlgang gingen 30 Landratsposten an die CSU – beispielsweise in Rhön-Grabfeld (Thomas Habermann, 69,3 Prozent), in Lindau (Elmar Stegmann, 94,1 Prozent), in Deggendorf (Christian Bernreiter, 74,2 Prozent), im Landkreis Straubing-Bogen (Josef Laumer,



Die BKG erläuterte die Aktion im Rahmen einer Veranstaltung am Klinikum Landkreis Erding. □

Klarheit und Fairness...

(Fortsetzung von Seite 1) Anlass für pauschale Kritik an der Arbeit der Krankenhäuser genommen. „Die Leistung unserer Mitarbeiter, die tagtäglich Tausende von Patienten hervorragend versorgen, wird nicht ausreichend gewürdigt“, beklagte Adrian Schmuker.

Aktion „Wann immer das Leben uns braucht“

Deshalb unterstützen die bayerischen Großkrankenhäuser ausdrücklich die bundesweite Aktion der Krankenhäuser „Wann immer das Leben uns braucht“. Mit einer bundesweiten Kampagne unter diesem Motto wollen die Kliniken deshalb in den kommenden Wochen auf den besonderen Wert ihrer Arbeit und die Bedeutung der Krankenhäuser für das Allgemeinwohl aufmerksam machen. Jüngst fanden dazu in nahezu allen Bundesländern Aktionen von Krankenhäusern statt.

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) erläuterte das Anliegen der Kliniken in einer Veranstaltung am Klinikum Landkreis Erding bei München. BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein stellte dabei die bürgernahe und hoch qualifizierte Leistungsbereitschaft der Krankenhäuser heraus: „Die Krankenhäuser sind für Menschen in

jeder Lebensphase, in der sie Hilfe brauchen, da. 365 Tage im Jahr und 24 Stunden am Tag. Von der Geburt bis zur Sterbegleitung, bei Unfällen, chronischen Erkrankungen, bei Schmerzen und hochkomplexen Eingriffen.“ Er bezeichnete die Krankenhäuser als das Rückgrat der Gesundheitsversorgung und wies darauf hin, dass der weit überwiegende Anteil der Patienten mit der Versorgung in den bayerischen Kliniken hochzufrieden sei. Dies belegten mehrere Umfragen, wie z. B. die erst vor wenigen Tagen veröffentlichte Patientenerhebung der Techniker Krankenkasse.

Der BKG-Geschäftsführer ließ auch keinen Zweifel daran, dass Kompetenz und Qualität der bayerischen Kliniken im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz einnehmen, sich die Krankenhäuser aber stetig weiterentwickeln würden. Qualität, Patientensicherheit, Transparenz, die regionalen Versorgungsstrukturen sowie Förderung von Fachpersonal seien die Megathemen der Zukunft, an denen derzeit alle Krankenhäuser mit Hochdruck arbeiteten.

„Bei über 18 Millionen Behandlungsfällen pro Jahr passieren leider auch Fehler“, stellte Hasenbein ebenso klar. Es sei die Aufgabe aller Beteiligten, die Ursachen hierfür zu analysieren und

konsequent an Verbesserungen zu arbeiten. Das Wichtigste sei dabei, die Bürger objektiv, sachlich und verständlich zu informieren. Dieser Aufgabe werden sich die bayerischen Krankenhäuser mit Nachdruck widmen.

Die Krankenhäuser werden es nicht länger hinnehmen, wenn man Einzelfälle verallgemeinert und Kliniken pauschal verurteilt. Damit werden Patienten verunsichert und die Beschäftigten diffamiert.

Das Ziel der neuen Bundesregierung, für Qualitätsverbesserungen zu sorgen, unterstützen die Krankenhäuser, betonte Hasenbein. Zur Forderung nach mehr Fachkräften sowie baulicher und apparativer Standards gehöre aber auch eine Klarstellung, wie dies zu finanzieren sei. „Nur das eine zu fordern, ohne die Krankenhäuser auch entsprechend zu fördern, ist unaufrecht.“

Mit dem Leitspruch „Wann immer das Leben uns braucht“ bringen die 170.000 Beschäftigten in den bayerischen Kliniken zum Ausdruck, dass persönliche Zuwendung, Qualität und Patientensicherheit tagtäglich als Selbstverständnis gelebt werden. Die Krankenhäuser wünschen sich eine Anerkennung dieser Leistung ihrer Mitarbeiter, und mehr Gemeinsamkeit und Fairness, wenn es darum geht, die Versorgung im Interesse der Patienten weiterzuentwickeln. □

Künste, die...

(Fortsetzung von Seite 1)

Das Projekt MUBIKIN in Nürnberg schließlich will alle Kinder und Jugendlichen in Nürnberg mit einer umfassenden musikalischen Bildung erreichen. Es handelt sich hier um ein für Eltern kostenloses Angebot, bei dem Herkunft und soziales Umfeld der Kinder keine Rolle spielen. Ziel ist es, die Kinder mehrere Jahre durchgehend musikalisch zu fördern – derzeit vom vorletzten Kindergartenjahr bis zur 2. Grundschulklasse. Grundschulen und Kindergärten eines Schulsprengels nehmen gemeinsam an MUBIKIN teil.

Spielerische Vermittlung

MUBIKIN kommt zu den Kindern, wenn Offenheit, Entdeckerlust und Begeisterungsfähigkeit sehr groß sind. Bei den Kindergartenkindern geht es zunächst um die Freude am Musikhören und Musikmachen. Spielerisch werden elementare Erfahrungen mit Stimme, Körper und Instrumenten vermittelt. Die Lust aufs Zuhören, Mitmachen und Nachmachen entsteht außerdem in moderierten, interaktiven Kinderkonzerten. Auch bei den Grundschulkindern steht die Begeisterung für Musik im Mittelpunkt. Nach einer musikalischen Grund-

ausbildung in Jahrgangsstufe 1 vertiefen sie in Jahrgangsstufe 2 die musikalische Grundausbildung, erproben den Gesang als musikalische Ausdrucksform oder erlernen in Musizierklassen ein Instrument. Kinder, die sich noch nicht für ein Instrument entscheiden können, probieren im Rahmen einer Instrumentenorientierung verschiedene Instrumente aus. Alle Instrumente werden von MUBIKIN kostenlos zur Verfügung gestellt.

Auch bayernweit sind vielversprechende Strukturen entstanden, wie beispielsweise die Förderung des Landesverbandes der Jugendkunstschulen, die landesweiten Projekte von STADT-KULTUR Netzwerk Bayerische Städte e.V. oder auch die Initiative des bayerischen Kultusministeriums „Bildungsregion in Bayern“, die eine enge schulische und außerschulische Zusammenarbeit in der Region zum Ziel hat.

Einig waren sich alle Tagungsteilnehmer, dass die vorgestellten Initiativen Vorbilder sein können für eine erfolgreiche Vernetzung von Schule und Kunst, aber auch noch viel Netzwerk- und Strukturarbeit zu leisten sei. Auch müssten vielfältige Förderstrukturen weiter aufgebaut werden. **DK**

GVB beklagt Brüsseler Regulierungsflut

Volks- und Raiffeisenbanken 2013 mit respektablen Ergebnissen

Trotz eines „herausfordernden wirtschaftlichen Umfeldes“ haben Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken 2013 ein respektables Ergebnis erzielt. Aus einem keineswegs einfachen Jahr hätten die Genossenschaftsbanken ein solides Geschäftsjahr gemacht, stellte Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB), in der Bilanzpressekonferenz fest. Nahezu alle wichtigen Kennzahlen hätten sich positiv weiter entwickelt. Die jüngste GVB-Konjunkturumfrage zeige, dass Stimmung und Aussichten dank der sich verbessernden Konjunktur und der günstigen Finanzierungsbedingungen gut seien. Dennoch treiben den Verband Sorgen um. Wegen regulatorischer Neuanforderungen aus Brüssel drohe Deutschland ein angloamerikanisch geprägter Paradigmenwechsel in seiner Finanzkultur, unter der die mittelständische Wirtschaft stark werde leiden müssen.

Das schwierige Umfeld wurde vor allem dadurch geprägt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) im Mai den Leitzins auf 0,25 Prozent gesenkt habe. Ein so niedriges Zinsniveau habe es zu Euro-Zeiten noch nie gegeben. Und Aussicht auf eine baldige Erhöhung gebe es auch nicht. Hinzu komme, dass sich zwar die Unsicherheit über den Fortgang der Schuldenkrise verringert habe, aber die Probleme – Überschuldung des privaten und öffentlichen Sektors sowie mangelnde preisliche Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern – noch keineswegs behoben seien. Unter diesen Umständen sei es mit der bayerischen Wirtschaft 2013 nur in einem gemächlichen Tempo vorangegangen.

Gestiegene Bilanzsumme

Trotzdem legte die addierte Bilanzsumme der 287 im Verband zusammengeschlossenen Banken um 2,5 Prozent oder 3,3 Milliarden Euro auf 136,2 Milliarden Euro zu. Götzl: „Unsere Banken sind seit mehr als einem Jahrzehnt auf Wachstumskurs. Die Ausleihungen wurden um 5,2 Prozent oder

3,9 Milliarden Euro auf 79,5 Milliarden Euro gesteigert. Dabei handelte es sich überwiegend um langfristige Kredite, die zeigten, dass der bayerische Mittelstand weiterhin investiere, vor allem im Dienstleistungssektor und im Baugewerbe. Außerdem hätten viele Kunden die niedrigen Zinsen für Baufinanzierungen genutzt.

Höhere Einlagen

Die Einlagen, auch Kundengel- der genannt, nahmen trotz der niedrigen Zinsen noch um 2,7 Prozent oder 2,8 Milliarden Euro auf 106,2 Milliarden Euro zu. Bei den Einlagen handelt sich überwiegend um liquide Sichteinlagen, dagegen waren Termineinlagen rückläufig. Das betreute Verbundgeschäft, bei dem Kundeneinlagen zu nahe stehenden Investmentfonds, Versicherungen und Bausparkassen vermittelt werden, erhöhte sich um 4,5 Prozent oder 7,3 Milliarden Euro auf 168,6 Milliarden Euro.

Da die Zinsspanne mit 2,39 (2,41) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (dBS) nahezu konstant blieb, die Provisionsspanne mit 0,64 Prozent ihr Niveau

exakt halten konnte und die Betriebskosten weiter auf 1,90 (1,92) Prozent gedrückt wurden, sprang mit 1,4 Milliarden Euro ein bereinigtes Ergebnis vor Ertragssteuern heraus, das deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liege. Dass es dennoch auf 1,01 (1,22) Prozent der dBS sank, sei durch Sondereffekte im Vorjahr, nämlich einmalige, nicht zu wiederholende Wertpapierzuschreibungen bedingt. Positiv habe sich ausgewirkt, dass die Risikovorsorge nur zu ganz geringen Belastungen geführt habe. Das Ergebnis erlaube es den Mitgliedsbanken, ihre Eigenkapitalbasis – vor allem mit Blick auf Basel III – weiter zu stärken. Die Kernkapitalquote beträgt nun 11,9 (11,0) Prozent, die gesamten Eigenmittel bringen es auf 17,8 (17,2) Prozent. Da man rechtzeitig dafür gesorgt habe, die Institute für schwierige Zeiten wetterfest zu machen, liege die Aufwand/Ertrags-Relation (CIR) mit derzeit 62,5 Prozent nun seit vier Jahren unterhalb der vom GVB gesetzten Benchmark von 65 Prozent. Götzl, nicht ohne Stolz auf seine Verbandsführung seit 2005: „Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken stehen auf einem stabilen Fundament und operieren aus einer Position der Stärke.“ Flächen- deckende Präsenz bleibe das Prinzip, zumal die Absicht einiger Privatbanken, Filialen zu schließen, neue Kunden brächte und auch schon gebracht habe.

Maßgeblich zum Erfolg des Mittelstandes trage die in Deutschland bewährte langfristige Kreditkultur bei. Dem liefen aber, so Götzl, einige europäische Regulierungsvorhaben entgegen. Im Zusammenhang mit den regulatori-

schen Rahmenbedingungen des Bankgeschäfts treiben den Verbandspräsidenten nach eigenen Angaben etliche Sorgen um.

Da sind zunächst die neuen Liquiditätskennziffern im Rahmen von Basel III, die dazu führen würden, dass Kredite künftig fristenkongruent refinanziert werden müssten, langfristige Kredite also allein aus langfristigen Kundeneinlagen kommen könnten. Da aber die Sparer wegen der derzeit niedrigen Zinsen eher kurzfristige Einlagen bevorzugten, käme es zu einer Verschiebung der Kreditvergabe hin zu kurzen Laufzeiten. Eine solche Verschärfung der Liquiditätsvorschriften sei keineswegs notwendig, zumal es Aufgabe der Banken in einer Volkswirtschaft sei, unterschiedliche Laufzeiten von Einlagen und Krediten auszugleichen.

Eigenkapitalvorgaben

Eine Einschränkung der Kreditvergabe drohe dem Mittelstand auch durch die Baseler Eigenkapitalvorgaben. Wenn die gerade erst eingeführte Regelung, die die pauschale Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für Mittelstandskredite ausgleicht, schon 2016 wieder gestrichen werde, komme es zu einer regulierungsbedingten Verknappung und Verteuerung von Krediten. Um eine Kreditklemme zu verhindern, schlage die EU-Kommission zwar die Förderung von alternativen, kapitalmarktorientierten Finanzierungsformen vor. Finanzierungen über den Kapitalmarkt seien für kleine mittelständische Unternehmen jedoch ungeeignet. Solche Finanzierungen rechneten sich erst ab einem Kreditvolumen in zweistelliger Millionenhöhe. Der durchschnittliche Firmenkredit bei den Genossenschaftsbanken betrage aber nur rund 130.000 Euro.

Außerdem sei die Finanzierung über den Kapitalmarkt wesentlich teurer als der Bankkredit.

In diesem Zusammenhang merkte Götzl an, dass gerade die Genossenschaftsbanken und Sparkassen, also die Regionalbanken, während der Finanzkrise mit ihren Bankkrediten für die stabile Finanzierung des Mittelstandes gesorgt hätten, während die Großbanken im internationalen Investmentbanking unterwegs gewesen seien. Götzl: „Dafür wollen wir keine Lorbeeren, denn wir verstehen das als unsere natürliche Aufgabe als Finanzdienstleister. Aber wir fordern eine faire Regulierung.“ Das gelte besonders für das Großprojekt der europäischen Bankenunion, bei der es darum gehe, wie künftig international tätige Großbanken ohne Steuergelder abgewickelt werden könnten. Dazu ist ein EU-Bankenabwicklungsfonds geplant, der risikoadäquat gestaltet werden müsse.

Freigrenzen schaffen

Nach GVB-Ansicht müsse durch Freigrenzen sichergestellt werden, dass vor allem die Banken in den Fonds zahlen müssten, die ihn im Falle des Falles auch in Anspruch nähmen. Das aber seien die Großbanken, keineswegs die Regionalbanken, die zudem über bewährte eigene Sicherungssysteme verfügten. Götzl: „Wir fordern Risikogerechtigkeit“.

Eine mangelnde Differenzierung zwischen großen und kleinen Banken sieht der GVB auch bei der künftigen europäischen Bankenaufsicht. Die EZB wolle nicht nur die Aufsicht über die 130 wichtigsten Banken übernehmen, sondern gestehe sich auch bei den 6600 kleineren Banken erhebliche Eingriffsmöglichkeiten zu, sodass den nationalen Behörden lediglich die Rolle des Ausführungsgehilfen

bleibe. Mit einer klaren Abgrenzung der Kompetenzen zwischen nationalen Behörden und EZB müsse die originäre Aufsichtskompetenz über die Regionalbanken in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank und dem Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen (BaFin) verbleiben. Götzl: „Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung an ihren Koalitionsvertrag erinnert und nicht tatenlos der Regulierungsexpansion der EZB zuschaut.“

Drohende Abkehr von bewährten Regeln

Was passiere, wenn man die Dinge einfach laufen lässt, zeige sich bei den Auswirkungen der Neuordnung der Bankenaufsicht auf die Rechnungslegung der Kreditinstitute. Hier drohe eine schleichende Abkehr von den bewährten Regeln des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) hin zu den angloamerikanischen IFRS-Regeln, die eine Bilanzierung zu Marktwerten erfordern und somit prozyklisch wirkten. Diese Regeln nach IFRS (International Financial Reporting Standards) hätten in der Finanzkrise krisenverstärkend gewirkt.

Welches Ausmaß die Brüsseler Regulierungswut inzwischen erreicht hat, demonstrierte der GVB in der Pressekonferenz plastisch. Aufgebaut waren 38 große Ordner, in die gerade die rund 18 000 Seiten an Arbeitsanweisungen aus Brüssel passten, mit deren Umsetzung die Banken gegenwärtig konfrontiert sind. Für die deutschen Banken entstehen Regulierungskosten von etwa 2 Milliarden Euro pro Jahr. Götzl: „Und ein ähnliches ‘Regulierungsschicksal’ droht nicht nur den Banken, sondern auch anderen Wirtschaftsbereichen aus Brüssel.“

dhg.

Weißachtal-Kraftwerke eG:

Chancen und Risiken

Die Liberalisierung des Energiemarkts stellt viele Unternehmen der Branche vor große Herausforderungen. Auch die Weißachtal-Kraftwerke eG aus Oberstaufen im Oberallgäu muss sich auf die damit verbundenen Chancen und Risiken einstellen. Sie ist Netzbetreiber, Stromerzeuger und -lieferant für knapp 8.000 Kunden.

Seit 2001 arbeitet die Genossenschaft, die Mitglied im Genossenschaftsverband Bayern ist, im Bereich Stromvertrieb und -beschaffung mit anderen Energieversorgern aus der Region zusammen. Gemeinsam mit acht weiteren Unternehmen, die Hälfte davon sind ebenfalls Genossenschaften, haben sie den Verbund „Allgäu-Strom“ ins Leben gerufen. Sie bieten seit 2003 unter der gleichnamigen Marke verschiedene Stromtarife an. „Darüber hinaus geben wir etwa eine gemeinsame Kundenzeitschrift heraus oder organisieren Messeauftritte – für uns als Genossenschaft alleine wäre das viel zu aufwendig“, fügt Karl-Heinz Gorbach, kaufmännischer

Leiter der 1919 gegründeten Weißachtal-Kraftwerke eG, hinzu.

Belastende Vorschriften

Mit Sorge blickt Gorbach aber nach Brüssel und Berlin. Denn von dort kommen immer mehr Vorschriften und Bestimmungen, die die Genossenschaft belasten: „Der Wettbewerb im Stromvertrieb bläst uns stark ins Gesicht, Regulierung und Bürokratismus werden ständig mehr“, erklärt Gorbach. Das grundsätzliche Problem mit der Regulierung sei, führt Gorbach aus, dass die Vorgaben der Bundesnetzagentur ausnahmslos für alle Energieversorger gelten – unabhängig von ihrer Größe.

„Meiner Ansicht nach fehlt das nötige Augenmaß, wenn ein Energieriese wie Eon und ein kleinerer genossenschaftlicher Energieversorger wie wir fast exakt die gleichen Anforderungen zu erfüllen haben“, erläutert er. Als Beispiele führt Gorbach die komplexen Prozesse wie Marktkommunikation, Einspeiserprozesse, Herkunftsnachweisregister oder auch die umfangreichen Berichts- und Dokumentationspflichten an.

Die Kooperation im Verbund „AllgäuStrom“ wurde zwischenzeitlich weiter ausgebaut – wieder einmal aufgrund einer gesetzlichen Neuerung: „Mit der Einführung der neuen intelligenten Stromzähler kommt eine Fülle neuer Aufgaben, Prozesse und Datenschutzvorgaben auf uns zu“, so der kaufmännische Leiter. Diese könne man gemeinsam viel effizienter erfüllen. □



Das erste Kraftwerk der Genossenschaft am Krebswasserfall. □



MünchenerHyp



Ihr Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. International. Zuverlässig. Langfristig.

- Attraktive Konditionen
- Große Produktvielfalt
- Schnelle und verlässliche Entscheidungen



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

www.muenchenerhyp.de

Innovationsring des Deutschen Landkreistages:

Kreative Ansätze für die Weiterentwicklung von Verwaltungen

Seit 20 Jahren existiert der Innovationsring des Deutschen Landkreistages und seit dieser Zeit ist auch der Landkreis Miltenberg mit Landrat Roland Schwing in diesem Gremium vertreten. Aus Anlass dieses Jubiläums und als Reverenz an Landrat Roland Schwing, der dem Innovationsring vorsitzt und Ende April das Amt des Landrats abgibt, tagte das Gremium zwei Tage lang im Bürgstadter Landhotel „Adler“.

Der Landkreis Miltenberg ist das einzig verbliebene Gründungsmitglied in diesem Zusammenschluss von Landkreisen, der es sich zum Ziel gesetzt hat, kreative Anstöße für die Weiterentwicklung der Kreisverwaltung sowie zukunftsorientierten und kundenfreundlichen Dienstleistungen zu geben. Resultierend aus dem Erfahrungsaustausch der Mitglieder und unter Mithilfe von Beiträgen externer Referenten hat es das Gremium in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder verstanden, allen Landkreisen in Deutschland Handreichungen für die praktische Umsetzung verschiedenster Verwaltungshandlungen zur Verfügung zu stellen. Ob ein Landkreis diese Ideen annimmt oder nicht, ist jedem Landkreis freigestellt.

„Die Landkreise steuern im Innovationsring selbst Inhalte bei“, erklärte Dr. Kay Ruge vom Deutschen Landkreistag, Ziel sei in er-

ster Linie die Modernisierung der Landkreisverwaltungen. Allerdings, so Ruge, resultierten aus den in Arbeits- und Projektgruppen erarbeiteten Empfehlungen häufig auch Dinge mit Bedeutung für die Landes- oder Bundespolitik. So seien beispielsweise vom Innovationsring Anregungen für die Organisation der Sozialverwaltung ausgegangen, die in die Umsetzung von Hartz IV eingeflossen wären, erklärte der Mann vom Deutschen Landkreistag.

Best-Practice-Ideen

„Wir geben Best-Practice-Ideen für alle Landkreise“, fasste Landrat Schwing die Aufgabenstellung des Innovationsrings zusammen. Diese hätten in der Vergangenheit auch häufig Auswirkungen auf den Landkreis Miltenberg gehabt – etwa bei der Einrichtung einer Projektgruppe für Gesundheitsmanagement im Miltenberger Land-

ratsamt oder bei der wiederholten Befragung von Kunden und Mitarbeitern. So sei daraus beispielsweise der Wunsch der Mitarbeiter auf Fortbildung aufgenommen und umgesetzt worden. „Heute gibt es fast keinen Fall, wo in unserem Haus eine Fortbildung nicht genehmigt wird“, so Schwing, „unabhängig, ob es sich um Staats- oder Landkreisbedienstete handelt.“ Auch die ständige Weiterqualifizierung der Führungskräfte im Landratsamt sei ein Ausfluss der Arbeit des Innovationsrings.

Virtuelle Gebietsreform

In Bürgstadt zog sich der rote Faden „Verwaltungsmodernisierung“ durch die Tagung – mit dem Ziel, dass auch ländliche Kreise ihre Angebote in der Fläche aufrecht und somit den Landkreis lebenswert erhalten können. Als „eine Art virtuelle Gebietsreform“ sieht Landrat Roland Schwing diese Anstrengungen – beispielsweise durch die Nutzung von Breitband, um Behördengänge zum Teil online erledigen zu können. Interessante Aspekte hierzu habe laut Schwing der Vortrag von Landrat Manfred Schnur (Landkreis Cochem-Zell) geliefert, der über seinen Landkreis als Modellkommune für E-Government referiert habe. Auch ein Vortrag über die Erfahrungen bei der Einführung eines Bürgerserviceportals im Landkreis Bayreuth sei interessiert aufgenommen worden, so Schwing. Er und sein Büroleiter Gerhard Rütth informierten die Vertreter der Landkreise über die interkommunale Zusammenarbeit in Form von ÖPP-Projekten. Hintergrund ist, dass der Landkreis Miltenberg zurzeit an einem Pilotprojekt des Bundesfinanzministeriums teilnimmt, das erkunden soll, ob es möglich und sinnvoll ist, dass Kommunen zusammenarbeiten und mit privatwirtschaftlichen Unternehmen kooperieren.

Wechsel in der Führung

Schwing, der auch dem Bayerischen Innovationsring vorsitzt und Präsidiumsmitglied des Deutschen Landkreistags ist, kündigte an, dass nicht nur er mit dem Ende seiner Amtszeit als Landrat aus dem Innovationsring ausscheidet,



Im Bürgstadter Landhotel „Adler“ trafen sich zwei Tage lang die Vertreter des Deutschen Innovationsrings mit Miltenbergs Landrat Roland Schwing an der Spitze.

sondern auch der Landkreis Miltenberg. Ein weiterer bayerischer Landkreis werde nachrücken, sagte Schwing, gleichzeitig werde auch die Führung des Bayerischen und des Deutschen Innovationsrings wechseln.

Somit werden die Landräte aus der Städteregion Aachen, dem Kreis Soest (Nordrhein-Westfa-

len), dem Kreis Ludwigslust-Parchim (Mecklenburg-Vorpommern), dem Rhein-Neckar-Kreis (Baden-Württemberg), dem Rhein-Hunsrück-Kreis (Rheinland-Pfalz), dem Werra-Meißner-Kreis (Hessen), dem Saarpfalz-Kreis (Saarland), dem Kreis Osnabrück und dem Heidekreis (bei der Niedersachsen) demnächst ein-

nen neuen Landkreis in ihrer Mitte aufnehmen können. Und auch wenn der Landkreis Miltenberg vorerst kein Mitglied mehr im Innovationsring sein wird, so kann er sich dennoch sicher sein, dass er in Form von praktischen Umsetzungsempfehlungen auch künftig von der Arbeit des Innovationsrings profitieren kann.

DStGB-Positionspapier:

Neuordnung der Finanzbeziehungen

Mit der Bewältigung des demografischen Wandels, der Umsetzung der Energiewende, der Behebung des Investitionsstaus und dem Abbau der Schulden steht unser Land vor großen Herausforderungen. Um diese zentralen Fragen zu lösen, ist eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen unverzichtbar. „Die bestehenden Instrumente müssen reformiert und neu ausgerichtet werden“, heißt es in einem nun veröffentlichten Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Beispiel Länderfinanzausgleich: 2012 zahlten drei Länder in den Länderfinanzausgleich ein, nämlich Bayern, Hessen und Baden-Württemberg. Die restlichen 13 Länder sind Nehmerländer. Insgesamt wurden im Jahre 2012 7,9 Mrd. Euro auf diesem Wege verteilt. Größter Nutznießer dieses Länderfinanzausgleiches ist seit der Deutschen Einheit Berlin. Auf der anderen Seite müssen Hessen, Bayern und Baden-Württemberg seit Jahren mit Abstand die größten Beträge für den Länderfinanzausgleich zur Verfügung stellen. Zwischen 1990 und 2012 zahlte Hessen 39,8 Mrd. Euro, Bayern 42,2 Mrd. und Baden-Württemberg 38,4 Mrd. Euro.

Das Ausgleichsverfahren im Länderfinanzausgleich ist so ge-

staltet, dass die finanzielle Rangfolge der Länder grundsätzlich erhalten bleibt, d. h. wer wie Bayern vorher sehr gut aufgestellt ist, steht auch hinterher sehr gut da. Dennoch verringert der Länderfinanzausgleich nach Ansicht von Kritikern den Anreiz, die eigene Finanzlage zu verbessern. So stellen die Empfängerländer Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei, das Geberland Bayern hat bisher diesen Schritt nicht vollzogen.

Das gegenwärtige Ausgleichssystem ist in seinen Strukturen älter als 40 Jahre. „Eine Reform ist unverzichtbar, wenn wir den Auftrag des Grundgesetzes ‚gleichwertige Lebensverhältnisse‘ erfüllen wollen“, heißt es in dem Papier. Zielrichtung müsse nicht der Wettbewerbsföderalismus, sondern der kooperative Föderalismus sein. Es müsse flächendeckend ein gewisses vergleichbares Maß an öffentlichen Leistungen im Sinne der Daseinsvorsorge für die Bürger geben. Aus diesem Grund sollte ein reformierter Finanzausgleich in ein System eingebettet werden, das der Bedürftigkeit im Sinne eines erhöhten Bedarfs an öffentlichen Leistungen folgt und die jeweilige Aufgabenlast als Bemessungsgrundlage für eine Finanzzuweisung berücksichtigt.

Die geplante Finanzverfassung ab 2020 sollte nach Ansicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes weniger Wert auf den horizontalen Finanzausgleich legen als vielmehr den vertikalen Ausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen stärken. Eine stärkere vertikale Verteilung müsste insbesondere folgende Punkte enthalten:

- Dauerhafte Entlastung der Kommunen
- Basisversorgung öffentlicher Daseinsvorsorge sichern
- Investitionen vor Ort fördern
- Wettbewerb der Länder und Kommunen fördern.

Beispiel Solidaritätszuschlag: Der sog. Solidaritätszuschlag beträgt zurzeit 5,5 % auf die Einkommenssteuer, die Kapitalertragsteuer und die Körperschafts-

steuer. Er ist nicht befristet. Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag haben sich sehr gut entwickelt. Im Jahre 2005 betrug die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag 10,3 Mrd. Euro/Jahr. Im Jahre 2013 waren es 14 Mrd. Euro und für die Jahre bis 2018 wird eine Steigerung auf 17 Mrd. Euro erwartet.

Der Bund hat sich im Jahre 2013 trotz gut laufender Konjunktur erneut mit über 20 Mrd. Euro verschulden müssen. Es ist laut DStGB deshalb kaum zu erwarten, dass der Bund mittelfristig in der Lage sein wird, seinen Haushalt komplett auszugleichen und Altschulden abzubauen. Vor diesem Hintergrund sei es fraglich, ob der Bund auf über 14 Mrd. Euro aus dem Solidaritätszuschlag verzichten kann.

Politisch sei es sinnvoll, den Solidaritätszuschlag weiter zu entwickeln, zu einem Investitionsfonds für benachteiligte Kommunen und Regionen in Deutschland – unabhängig von der Himmelsrichtung und als Instrument zum Altschuldenabbau. Letztlich sei der Solidaritätszuschlag und die daraus resultierenden Einnahmen auch ein wichtiger Aspekt für die zu erwartenden Verhandlungen im Bund-Länder-Finanzausgleich.

Falls ein entsprechender Investitionsfonds gegründet würde, könnte der Solidaritätszuschlag weiter erhoben werden wie bisher, betont der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Es bestünde lediglich die politische Verpflichtung, mit den Einnahmen in bestimmter Weise zu verfahren. Im Rahmen der anstehenden Föderalismusreform wird es nach Auffassung des DStGB allerdings notwendig sein, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen aufzuheben und gleichzeitig auch bestimmte Investitionsleistungen vom Bund an die Kommunen zu ermöglichen.

„Wenn man dies an die Zustimmung der Länder bindet, dürfte die Umsetzung politisch möglich sein.“ In der Grundstruktur könnte man den Investitionsfonds aufbauen wie die EU-Strukturfördermittel. Man könnte anhand der Faktoren demografische Entwicklung, Arbeitslosigkeit und Steuerkraft die Gebiete in Deutschland (Regionen) in Fördergebiete I und II einteilen und damit eine gewisse Vergleichbarkeit sicherstellen. **DK**

Top-Rating für Bayerns Haushaltspolitik

Auch Moody's attestiert Top-Bonität

Bayern bleibt finanzpolitisch die Nummer 1 in Deutschland. „Die Rating-Agenturen belohnen mit Top-Noten die solide bayerische Haushaltspolitik“, so Finanzminister Dr. Markus Söder zur neuen Einstufung durch die Ratingagentur Moody's. Der Freistaat Bayern hat damit jetzt bei den beiden großen Ratingagenturen Moody's und Standard & Poor's das Spitzenrating mit stabilem Ausblick.

Die kontinuierlichen erstklassigen Noten bestätigen die internationale Top-Bonität des Freistaates, teilte Söder mit. Das Qualitätssiegel für Bayern sei Folge des erfolgreichen Kurses in der Haushaltspolitik mit dem eingeschlagenen Weg des kontinuierlichen Schuldenabbaus. Die Entwicklung des bayerischen Staatshaushalts spiegelt die positive wirtschaftliche Gesamtentwicklung des Freistaats wider, er ist gleichsam ein Wachstumsbarometer.

Moody's attestiert dem Freistaat

Bayern ein „kluges und umsichtiges Haushaltsmanagement, geringe Staatsverschuldung, Schuldenabbau, Haushaltsüberschüsse im Vollzug der letzten Jahre und eine außergewöhnlich starke und diversifizierte Wirtschaft.“ Bayern sei eine der wohlhabendsten Regionen Europas und erwirtschafte 18 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Nach Meinung der Ratingagentur dürfte „die politische Kontinuität durch eine stabile Regierung die Aufrechterhaltung der intakten Haushaltspolitik gewährleisten.“



Yankee stadion, New York?



Baseball-Arena, Regensburg!

*** Neu gesehen:**
Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Vergabe von Förderdarlehen in Bayern:

Sparkassen und BayernLB bleiben stärkste Kraft

Im Jahr 2013 Kredite über 2,9 Mrd. Euro ausgereicht

München – Die S-Finanzgruppe bleibt bei der Vergabe von zinsgünstigen Förderkrediten die stärkste Kraft in Bayern. Sparkassen und BayernLB gemeinsam haben im vergangenen Jahr Darlehen der staatlichen Förderinstitute KfW, LfA Förderbank Bayern und Landwirtschaftliche Rentenbank mit einem Gesamtvolumen von mehr als 2,9 Mrd. Euro vergeben. Sie erreichten damit einen Marktanteil von nahezu 36 Prozent und verteidigten ihre führende Position im Fördermittelgeschäft vor den Genossenschaftsbanken (34,7 Prozent) und den Privatbanken (29,2 Prozent). Den im Jahr 2013 erfolgreichsten bayerischen Sparkassen im Fördermittelgeschäft verlieh die BayernLB als Zentralinstitut die Auszeichnung „Förderprofi“.

„Unternehmen und Privatleute können von den vielfältigen Programmen der Förderbanken erheblich profitieren“, sagt Roland Schmautz, Vize-Präsident des Sparkassenverbands Bayern. „Insbesondere für Investitionen, die auf die Entwicklung von Innovationen in Unternehmen oder auf einen sparsamen Energieverbrauch abzielen, sind attraktive Fördermöglichkeiten verfügbar. Es lohnt sich für die Kunden, die Förderfähigkeit von den Spezialisten der Sparkassen und der BayernLB prüfen zu lassen. Wir verstehen das Geschäft. Das zeigt unsere starke Marktposition.“

Die S-Finanzgruppe in Bayern

bearbeitete 2013 wie schon im Jahr zuvor mehr als 25.000 Förderanträge. Das Bestandsvolumen an Förderkrediten, das von der BayernLB verwaltet wird, stieg zum 31. Dezember 2013 um 4,4 Prozent auf einen neuen Rekordwert von 14,0 Mrd. Euro. Dadurch wird die enge Zusammenarbeit und die über viele Jahre optimierte Arbeitsteilung der bayerischen Sparkassen und der BayernLB im Fördermittelgeschäft deutlich: Während die Landesbank als zentraler Dienstleister auftritt und unter anderem sämtliche Mittel von den Förderinstituten an die Sparkassen durchleitet, bedienen diese die privaten und

gewerblichen Endkunden. Teilweise reicht die BayernLB an große Unternehmenskunden auch direkt Förderkredite aus; im vergangenen Jahr waren das mehr als 700 Mio. Euro.

„Förderprofi“ für 13 Sparkassen

Die bayerischen Sparkassen mit den besten Neugeschäftsquoten zeichnete die BayernLB an ihrem Münchner Hauptsitz mit dem „Förderprofi“ aus. Insgesamt erhielten folgende 13 Institute aus den sieben bayerischen Regierungsbezirken einen solchen Glaspokal: Kreissparkasse Kelheim, Sparkasse Aichach-Schrobenhausen, Sparkasse Allgäu (höchstes Zusagevolumen), Sparkasse Bad Neustadt, Sparkasse Bamberg, Sparkasse Deggendorf, Vereinigte Sparkasse Gunzenhausen, Sparkasse Neuburg – Rain, Sparkasse Neumarkt i. d. Oberpfalz, Sparkasse Nürnberg (höchste Stückzahl im Wohnungsbau.), Sparkasse Pfaffenhofen, Sparkasse Rosenheim Bad Aibling (höchste Stück-

zahl im gewerblichen Bereich) sowie die Stadt- und Kreissparkasse Rothenburg o. d. T.

„Das Fördergeschäft ist ein Musterbeispiel für die Zusammenarbeit der bayerischen Sparkassen und der BayernLB von der – neben den Kunden – beide Seiten profitieren“, sagt Dr. Edgar Zoller, der im Vorstand der BayernLB das Sparkassengeschäft verantwortet. „Mit dem Förderprofi wollen wir uns bei den Sparkassen für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und ihr Engagement im Jahr 2013 bedanken. Auch im laufenden Jahr setzen wir alles daran, unsere starke gemeinsame Marktposition zu festigen.“

KfW-Programm

Stark nachgefragt waren im vergangenen Jahr Förderprogramme, die auf den sparsamen und effizienten Umgang mit Energie abzielten. Die S-Finanzgruppe erreichte beispielsweise beim KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren – Effizienzhaus“, das Privatleute bei der Renovierung von Wohnimmobilien unterstützt, einen Marktanteil von mehr als 46,2 Prozent.

LfA-Programme

Beim KfW-„Umwelt- und Energieeffizienzprogramm“, das Investitionen von Unternehmen in Energie sparende Maßnahmen unterstützt, vergaben Sparkassen und BayernLB mehr als 40 Prozent der Mittel. Bei den LfA-Programmen war die S-Finanzgruppe unter anderem beim „Investivkredit Energie“ und dem „Ökokredit“ führend und reichte jeweils ungefähr die Hälfte der Darlehen aus. Diese Programme unterstützen kleine und mittlere Unternehmen bei Investitionen in den Umweltschutz. □

Theo Zellner:

Ansehen der Sparkassen darf nicht unter Einzelfall leiden

Der Sparkassenverband Bayern unterstützt vollumfänglich die Prüfung der Vorgänge im Landkreis Miesbach, die derzeit von der Regierung von Oberbayern als Kommunal- und Sparkassenaufsicht vorgenommen wird. Theo Zellner: „Es kann nicht sein, dass durch das Handeln einer Sparkasse das Ansehen unserer bayerischen Sparkassen in Misskredit gerät. Hier ist eine umfassende Aufklärung zum Schutze des Ansehens der Sparkassen erforderlich“.

Der Sparkassenverband Bayern hat weiterhin keine Anhaltspunkte, dass es vergleichbare Fälle in Bayern gibt. „Die Sparkassen wissen, dass ihre Maßnahmen zweckgerichtet und in einem angemessenen Aufwand- und Nutzenverhältnis stehen müssen und die Grundsätze einer verantwortungsvollen Unternehmensführung einzuhalten sind“, so Theo Zellner.

Keine verbindlichen Regelungen

Verbindliche Regelungen für alle Sparkassen könnte der Sparkassenverband gleichwohl nicht festlegen. Dem Sparkassenverband Bayern stehen keine Aufsichts- und Weisungsrechte gegenüber den Sparkassen zu. Die 71 rechtlich selbständigen Sparkassen handeln in ihrer eigenen unternehmerischen Verantwortung.

Theo Zellner: „Die Sparkassenaufsicht wie auch wir als Sparkassenverband haben hier alle das gemeinsame Interesse, den Ruf der Sparkassen zu erhalten und zu schützen. Ich warne aber dringend davor, voreilige Schlüsse zu ziehen, da wir weiterhin davon überzeugt sind, dass die Sparkassen bei ihren Maßnahmen, seien es gemein-

nützige Gewinnverwendungen, Spenden oder sonstige Maßnahmen verantwortungsvoll zum Wohle der Region vor Ort agieren. Wir werden daher die gesamte Thematik und etwaige zu ziehende Konsequenzen wohlüberlegt in unseren Gremien und mit der Sparkassenaufsicht erörtern.“

Verlässliche Rolle als Partner und Vertrauensgeber

Die Sparkassen nehmen ihre Rolle als Partner in Finanzfragen und als Vertrauensgeber für die Menschen und die Wirtschaft verlässlich wahr. Ihr am Wirtschaftskreislauf der Regionen ausgerichtetes Geschäftsmodell wurde vor dem Hintergrund der Finanzkrise nachhaltig bestätigt. Die bayerischen Sparkassen stellen zudem jährlich über 60 Millionen Euro für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung und übernehmen damit auch gesellschaftliche Verantwortung für die Regionen.

Theo Zellner: „Auch wenn derzeit ein bedauerlicher Einzelfall im Vordergrund steht – die Sparkassen werden auch in Zukunft vertrauenswürdige Partner in den Regionen Bayerns bleiben.“ □

Landessiegerehrung Bayern:

Schülerteam aus Kaufering gewinnt beim Planspiel Börse

Wer an der Börse Erfolg haben will, muss die Zusammenhänge zwischen Unternehmen und Märkten durchschauen und eine gute Portion Nervenstärke mitbringen. Mit dieser Strategie war das Team „Die Nougatschnitten“ aus Kaufering erfolgreich: Sie werden heute als Depotgesamtsieger der 31. Spielrunde des Planspiel Börse in Bayern im Hard Rock Cafe in München ausgezeichnet.

Die vier Schüler der staatlichen Realschule Kaufering, die von der Sparkasse Landsberg-Dießen betreut wurden, setzten sich mit einem Depotgesamtwert von 60.457,61 Euro gegen ihre bayerischen Konkurrenten durch und konnten deutschlandweit sogar einen hervorragenden zweiten Rang belegen. Das Team investierte neben Internet-Großkonzernen wie Apple, Google und Amazon auch in nachhaltige Werte wie z.B. Volkswagen und profitierte so von den Umsatzgewinnen in der Vorweihnachtszeit.

Den zweiten Platz im Gesamtranking sicherte sich das Team „Value Investor“ der Sparkasse Deggendorf. Die Schüler des St. Gotthard Gymnasiums erwirtschafteten einen Depotge-

samtwert von 59.316,55 Euro.

Drittplatziert hat sich die Spielgruppe „ROCKSTAA PLAYA“ der Richard-Rother-Realschule Würzburg mit einem Depotwert von 59.079,66 Euro. Die Sparkasse Mainfranken-Würzburg betreut das Fünfer-Team.

Kategorie Depotwertung

Platz vier in der Kategorie Depotwertung erreichte das Team „Ms Dollar“ von der Staatlichen Fach- und Berufsoberschule Ansbach mit 58.966,41 Euro. Mit Unterstützung der Vereinigten Sparkassen Stadt und Landkreis Ansbach schnitten die drei Schülerinnen so gut ab.

Auf Platz 5 landeten mit Hilfe der Kreis- und Stadtparkasse Kauf-

beuren „DOLP“ von der Gustav-Leutelt-Schule. Die drei Mittelschüler erreichten einen Depotendstand von 58.567,24 Euro.

In der Nachhaltigkeitsbewertung siegte das Team „Die Pfandpiraten“ der Vereinigten Sparkassen Stadt und Landkreis Ansbach. Die drei Schüler der Staatlichen Fach- und Berufsoberschule Ansbach erzielten einen Nachhaltigkeitsertrag von rund 4.600,00 Euro.

Platz zwei geht an das „Rawsoneness“ vom Rottmayr-Gymnasium Laufen mit einem Nachhaltigkeitsertrag von 4.531,30 Euro. Betreut wurde das Schülerteam von der Sparkasse Berchtesgadener Land.

Rang drei belegten die „Panzerknacker“ vom Eichendorff-Gymnasium im Geschäftsgebiet der Sparkasse Bamberg. Die drei Schülerinnen beendeten die Spielrunde mit einem Nachhaltigkeitsertrag in Höhe von 4.303,26 Euro.

Auf Rang vier findet sich die Spielgruppe „Das dynamische Duo“ vom Karl-Ernst-Gymnasium in Amorbach wieder. Das Team wurde durch die Sparkasse Miltenberg-Obemburg unterstützt.

Rang fünf bekleidet das Team „MS“ von der Maristen Realschule, die von der Sparkasse im Landkreis Cham betreut wurden. Die Teams investierten erfolgreich in nachhaltige Unternehmen wie Adidas, Volkswagen oder SAP.

Die bayerischen Sparkassen honorieren die bestplatzierten Teams und Schulen in Bayern mit Geldpreisen im Gesamtwert von rund 11.000 Euro. Lob für die Gewinner gab es von Günther Tittel, Sparkassenverband Bayern, anlässlich der regionalen Siegerehrung des Planspiel Börse, dem Schülerwettbewerb der Sparkassen rund um die Wertpapieranlage. „Als Sparkassen unterstützen wir eine langfristige und nachhaltig orientierte Anlagephilosophie, wie sie das Planspiel Börse vermitteln kann. Die Siegerinnen und Sieger haben in dieser Spielrunde bewiesen, dass eine überdachte Anlagestrategie erfolgversprechender sein kann als hektische An- und Verkäufe.“ □

Bayern Facility Management GmbH betreut Objekt „Bärenschanze“ in Nürnberg

Die Bayern Facility Management GmbH (BayernFM) übernahm zum 1.1.2014 das Gebäudemanagement für das Bürogebäude „Bärenschanze“ in Nürnberg.

Die Nürnberger DKB Wohnungsbau und Stadtentwicklung GmbH hat für ihr Prestigeobjekt „Bärenschanze“ in Nürnberg die Zusammenarbeit mit der BayernFM weiter ausgebaut. Nachdem der FM-Komplettdienstleister bereits vor einigen Jahren mit dem kaufmännischen Gebäudemanagement beauftragt wurde, erhielt dieser nun zum 1.1.2014 auch den Auftrag für das technische und infrastrukturelle Gebäudemanagement.

Das moderne Büro- und Dienstleistungszentrum befindet sich im gleichnamigen Bezirk Bärenschanze. Benannt nach einer früheren Befestigungsanlage, die während des Dreißigjährigen Krieges entstand, gehört dieser zu den exponierten Lagen in der Frankenmetropole.

Das breite Aufgabenspektrum der BayernFM für die Allgemeinflächen umfasst unter anderem Wartung, Inspektion und Instandsetzung, 24 Stunden Stör- und Notfalldienst, Gewährleistungsverfolgung, Energieoptimierung sowie Reinigung der Gebäude und Außenanlagen.

Mit diesem neuen Referenzobjekt kann sich die BayernFM auf dem strategisch wichtigen FM-Markt in der Metropolregion Nürnberg weiter etablieren. □

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Unsere Förderbank, die BayernLB, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ► Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

BayernLB

Bargeldlose Zukunft:

GeldKarte-Potenzial in der Kommune

Staat und Verwaltung werden in den kommenden Jahren stärker als bisher gefordert sein, Modernisierung und technologische Neuerung – gerade in den eigenen Reihen – voranzutreiben. eGovernment, ePayment und Erneuerung der IT-Infrastruktur sind dabei die Schlagworte der aktuellen Debatte. Doch die Verwaltung wird nicht zum reinen Selbstzweck modernisiert. Vielmehr stellt sich die Frage: Wie kann durch vereinfachte Abläufe nicht nur den Verantwortlichen, sondern letztendlich vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern selbst das Leben erleichtert werden? Dabei ist keine politische Ebene näher am Bürger als die Kommune.

Die Modernisierung der Kommune ist ein weites Feld – und geht über die Grenzen der Kommunalverwaltung hinaus. Auch externe Prozesse nehmen unmittelbaren Einfluss auf die Arbeit der Kommune. Parkraumbewirtschaftung, ÖPNV, Mobilitätskonzepte und Themen rund um Jugendschutz, Bildung und Subventionierung beschäftigen die Kommune intern, befinden sich aber oftmals in der Zuständigkeit von externen Verantwortlichen. Deutsche Kommunen stehen jeden Tag vor vielseitigen Aufgaben. Das erfordert vielseitige Lösungen.

Unterstützung für die täglichen Herausforderungen von Kommunen

Eine Herausforderung liegt im Bereich der Schulverpflegung. In einer aktuellen Studie von EAR-SandEYES im Auftrag der Initiative GeldKarte e.V. unter 275 Schülern und 275 Müttern zeigt sich: Viele Kinder stehen zu lang

Schlange um mittags ihre warme Mahlzeit zu bekommen. 48 Prozent der Kinder warten vier bis fünf Minuten oder sogar noch länger auf das Mittagessen. Und wenn die Kinder an der Reihe sind, ist das Wunschgericht oft schon aus. Lösungen bietet hier ein gutes elektronisches Bezahlungssystem, wie das der GeldKarte. Die Kinder bestellen ihr Essen bereits im Voraus und erhalten immer ihr Wunschgericht. So kann der Caterer genau planen, was benötigt wird. Das spart Kosten und schont die Umwelt, weil die Überschussmengen bei Lebensmitteln deutlich reduziert werden können.

Doch was, wenn das Mittagessen zu teuer ist? Für Schulen und Schüler ist in diesem Fall eine weitere Funktion auf der GeldKarte relevant – die der diskreten sozialen Subventionierung. Mit den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes, wie es 2011 beschlossen wurde, will die Regierung dafür sorgen, dass Unterstüt-

zung, zum Beispiel für ein warmes Mittagessen, tatsächlich bei den bedürftigen Kindern ankommt. Die Leistungen sollen gezielt, möglichst einfach und mit wenig bürokratischem Aufwand „an das Kind“ gebracht werden – vor allem aber diskret. Auf dem Chip können ein niedrigeres Preisniveau oder auch die vollständige Kostenübernahme für das Schulessen eines Kindes gespeichert werden, ohne dass dies später für Außenstehende ersichtlich ist. Darüber hinaus ist es mit dem System auch möglich, bei Bedarf den Nachhilfeunterricht oder den Eintritt ins Hallenbad zu bezuschussen. In vielen Kommunen gibt es bereits digitale Familien- oder Citycards, mit denen die Leistungsempfänger vergünstigte Tickets für Kultur- und Freizeitangebote erhalten können.

Mehr Service

Und der goldene Chip kann noch mehr: Während Autofahrer die Suche nach einem geeigneten Parkplatz beschäftigt, stehen Kommunen oft vor der Frage, wie oft und wann sie die Parkscheinautomaten vom Kleingeld befreien sollten. Dabei können sie durch ein modernes Bezahlungssystem, wie das der GeldKarte, den Autofahrern mehr Service bieten und gleichzeitig auch wirtschaftlichere

Ergebnisse für ihre Gemeinde erzielen. Denn Bargeldhandling ist teuer und das Kleingeld im Automaten lockt Kriminelle an.

Und: eMobility-Freunde unter den Autofahrern können zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: parallel Parken und Stromtanken – und danach bequem mit GeldKarte oder per girogo bezahlen. Ohne sich beim Betreiber der Tanksäule registrieren zu müssen. Und die unkomplizierte Handhabung beim Tanken ist ein wichtiger Faktor, um die Akzeptanz der Elektrofahrzeuge zu erhöhen. Letztendlich sind dies Kernelemente, die eine moderne Kommune ausmachen und die durch den intelligenten Einsatz des goldenen Chips gefördert werden können: technologische Innovation vorantreiben, für sozialen Ausgleich sorgen und nachhaltig wirtschaften.

Jahresveranstaltung der Initiative GeldKarte

Erfolgsgeschichten und neue Ideen: Die Initiative GeldKarte e.V. möchte auf ihrer Jahresveranstaltung am 3. April in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin Möglichkeiten und Chancen bargeldlosen Bezahls für kommunale Projekte erörtern. Dazu lädt sie Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien ein, mit ihr das Zukunftspotenzial von GeldKarte und girogo zu diskutieren. Ziel der Veranstaltung ist es, neben Erfahrungsberichten aus konkreten kommunalen Projekten auch Zukunftsvisionen und Ideen für eine „bargeldlose Zukunft der Kommune“ auszutauschen.

Weitere Informationen unter: www.initiative-geldkarte.de



Von links: VKB-Vorstandsmitglied Rainer Fürhaupter, Staatsminister Dr. Marcel Huber und VKB-Vorstandsvorsitzender Dr. Frank Walthes.

9. Klima-Symposium der Versicherungskammer Bayern:

Hochwasser und Starkregen – Vorsorgen und Versichern

Die dramatischen Bilder des Hochwassers vom Sommer vergangenen Jahres in weiten Teilen Bayerns und in Ostdeutschland sind vielen Menschen noch gegenwärtig. Wie die Folgen von Hochwasser und Starkregen angesichts des weltweiten Klimawandels bewältigt werden können, welche Vorsorgeansätze es gibt und wie passender Versicherungsschutz helfen kann, darüber diskutierten über 250 Vertreter aus Politik, kommunalen Verwaltungen und Versicherungswirtschaft auf dem 9. Klima-Symposium der Versicherungskammer Bayern in München.

Ziel des Freistaats Bayern sei ein schnellstmöglicher und flächendeckender Hochwasserschutz, erklärte der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Marcel Huber. „Vor dem Hintergrund des Klimawandels müssen wir uns darauf einstellen, dass die Wetterentwicklung unberechenbarer wird und wir häufiger mit solchen Situationen konfrontiert werden.“ Beim Hochwasserschutz setzt der Freistaat auf den bewährten Dreiklang aus Hochwasservorsorge, Rückhalt in der Fläche und technischen Hochwasserschutz. Mit einem Euro an Investitionen könnten sieben Euro Schäden vermieden werden. Bis zum Jahr 2020 investiert der Freistaat insgesamt 3,4 Mrd. Euro in den Hochwasserschutz. Derzeit werde ein „Klimaschutzprogramm 2050“ erarbeitet, in dem langfristige Maßnahmen und Ziele festgelegt und der Klimaschutz in allen Politik- und Lebensbereichen verankert werde.

Für mehr Eigenverantwortung bei der Absicherung der Immobilie sowie für mehr Aufklärung und Prävention sprach sich Rainer Fürhaupter, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern, aus. Er wies darauf hin, dass von den versicherbaren Gebäuden im Freistaat Bayern – das sind immerhin 99,8 Prozent – lediglich 21 Prozent gegen Elementargefahren wie Überschwemmung, Starkregen, Schneedruck oder Erdfall versichert sind. „Elementarschäden können jeden treffen“, so Fürhaupter. Von den knapp 4.000 Schäden bei der Versicherungskammer Bayern durch das Juni-Hochwasser 2013 entfielen 90 Prozent auf Gebiete mit niedrigem Risiko oder auf solche, in denen der konzipierte Hochwasserschutz nicht realisiert war. Zugleich machte Fürhaupter deutlich, dass

durch ein Ereignis wie das Hochwasser, ohne einen entsprechenden Versicherungsschutz, die gesamte Existenz bedroht sein kann.

Sascha Straub, Referatsleiter Finanzdienstleistungen der Verbraucherzentrale Bayern befürwortete eine Versicherungspflicht gegen sämtliche Elementarschäden in Verbindung mit einer begrenzten staatlichen Deckungszusage. Eine Elementarschadenabsicherung solle im Rahmen der Wohngebäudeversicherung grundsätzlich für alle Privatpersonen von selbstgenutzten Wohnimmobilien eingeführt werden. Durch ein gestaffeltes Beitragssystem mit Selbstbehalten je nach Risikoeinstufung werde Beitragsgerechtigkeit hergestellt. Temperaturanstieg in polaren Breiten kann für Extremwetterlagen verantwortlich sein.

Der aktuelle „Winter“ 2013/2014 lenke den wissenschaftlichen Fokus vor allem auf den Jetstream, ein Starkwindband in der Höhe, das maßgeblich bestimmt, wie sich die Hochs und Tiefs entwickeln und verlagern, informierte Diplom-Meteorologe und Fernsehmoderator Sven Plöger. Derzeit neige der Jetstream dazu, ein stabiles Muster auszubilden, weshalb es in Deutschland wochenlang Vorfrühling gebe, während die USA gleichzeitig immer wieder von extremen Kälteperioden heimgesucht werden oder Japan mit unglaublichen Schneemassen zu kämpfen hat. Der im Vergleich zu anderen Regionen der Erde überdeutliche Temperaturanstieg in den polaren Breiten könne in Zukunft häufiger zu einer solchen Struktur des Jetstreams führen. Hochs und Tiefs blieben dann länger bestehen und prägen möglicherweise den Wettercharakter für Wochen: Extreme Regenmengen oder große Dürre könnten die Folge sein.



Die Oberallgäuer Gemeinde Sulzberg ist nunmehr komplett schuldenfrei. Bürgermeister Thomas Hartmann (unser Bild) hat die letzten beiden Kredite der Kommune an die örtliche Sparkasse zurückgezahlt. Dabei handelt es sich um rund 240.000 Euro, die aufgrund des guten Ergebnisses im vergangenen Haushaltsjahr jetzt getilgt werden konnten.

Ingolstädter Bürgerhaushalt:

Ein überregionales Vorzeigemodell

Im Jahr 2010 wurde der Bürgerhaushalt in Ingolstadt eingeführt. Eine Million Euro stehen hier jährlich zur Verfügung, aufgeteilt auf die einzelnen Stadtteile. So können Projekte vor Ort in den Bezirksausschüssen umgesetzt werden. An diesem Ingolstädter Modell zeigen Städte wie München oder Hamburg großes Interesse: Dort wird derzeit über die Einführung eines Bürgerhaushalts beraten.

„Das Besondere am Bürgerhaushalt ist, dass das Geld tatsächlich den Bürgern gehört. Dieses Geld wird auf die Stadtteile verteilt und kann frei eingesetzt werden, zum Beispiel für eine neue Sitzbank im Park oder eine neue Rutsche auf dem Spielplatz um die Ecke. Die Bürger können also ganz konkret mitreden und sich so für Maßnahmen in ihrem Stadtteil einsetzen“, erläutert Ingolstadts Bürgermeister Albert Wittmann und weist darauf hin, dass es nicht selten gerade diese kleineren Investitionen seien, die einen unmittelbaren Nutzen vor Ort bringen und so die Lebensqualität und Attraktivität erhöhen.

Vorschläge könnten persönlich bei den Sitzungen der Bezirksausschüsse, direkt im Rathaus-Hauptamt oder auch über das Internet eingereicht werden. Unter www.ingolstadt.de/buergerhaushalt könne hierzu ein Formular in wenigen Minuten ausgefüllt werden. Wittmann zufolge werden die Vorschläge in den einzelnen Bezirksausschüssen diskutiert und von den zuständigen Fachämtern der Verwaltung geprüft. In der Regel werden die Projekte genehmigt und rasch umgesetzt. „Die Erfahrungen mit diesem Beteiligungsinstrument sind durchweg positiv“, bilanziert Ingolstadts Bürgermeister.

Zu den Projekten, die heuer mit den Mitteln aus dem Ingolstädter Bürgerhaushalt umgesetzt werden, gehören Maßnahmen in der Fußgängerzone, neue Attraktionen für den Donaustrand, Ausstattungen für die Feuerwehr sowie ein neues Gartenspielhaus für einen Kindergarten.

Aufgrund der zentralen Bedeutung der Altstadt für die Lebens-

qualität hat der Bezirksausschuss Mitte auch heuer 20.000 Euro zusätzlich zur Verfügung. Insgesamt sind es damit 129.000 Euro. Etwa die Hälfte davon fließt direkt in Maßnahmen in der Fußgängerzone. So werden nicht nur Spielgeräte angeschafft, sondern auch eine mobile Licht- und Tonanlage für Veranstaltungen und eine stilvolle Weihnachtsbeleuchtung für den Paradeplatz gekauft.

Rund 40.000 Euro des Bürgerhaushaltes für den Bezirksausschuss Nordost (Gesamtvolume 151.000 Euro) werden in neue Attraktionen für den Donaustrand gesteckt. Neben einer Basketballanlage soll auch ein Spielschiff errichtet werden. Während sich die Kinder hier austoben, können sich die Eltern auf den neuen Sitzgelegenheiten ausruhen. 50.000 Euro des Budgets werden außerdem für eine Neugestaltung des Vorplatzes des Stadtteiltreffs Konradviertel aufgewendet.

Einige Bezirksausschüsse unterstützen mit dem Geld aus dem Topf des Bürgerhaushaltes die örtlichen Freiwilligen Feuerwehren. So wendet der Bezirksausschuss West heuer zum Beispiel rund 8.000 Euro für die Ausstattung des Feuerwehrhauses sowie 3.000 Euro für neue Gummistiefel auf. Im Südwesten werden für die Freiwillige Feuerwehr Hundszell ein Hochdrucklöschgerät für 2.400 Euro sowie ein 5.000 Euro teurer Wassersauger gekauft.

Das Geld aus dem Bürgerhaushalt kann ganz bewusst auch für Vereinsprojekte mit öffentlichem Interesse oder für Maßnahmen freier oder kirchlicher Träger eingesetzt werden. So werden dieses Jahr auch einige Kindergärten im Stadtgebiet mit neuen



V. l.: ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer, HWK-Bayern-Präsident Heinrich Traublinger, Bayerns Wirtschaftsminister Ilse Aigner, LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl und EU-Generaldirektor Daniel Callejo-Crespo auf der IHM.

Bayerische Handwerker bauen auf Förderkredite

LfA Förderbank Bayern gibt 1.900 Handwerksbetrieben 400 Millionen Euro

Die LfA Förderbank Bayern hat Handwerksbetrieben im vergangenen Jahr rund 400 Millionen Euro an zinsgünstigen Krediten zugesagt. Die Mittel gingen an rund 1.900 kleine und mittlere Unternehmen in Bayern, die damit Investitionen in Höhe von 560 Millionen Euro verwirklichen konnten. Auf der gestern eröffneten Internationalen Handwerksmesse (IHM) in München berät die LfA interessierte Handwerker noch bis 18. März über Fördermöglichkeiten.

„Handwerk hat goldenen Boden und eine glänzende Zukunft! Bei der Finanzierung ihrer Pläne bauen bayerische Handwerker verstärkt auf die Förderkredite der LfA. Mit den Finanzierungshilfen der Förderbank konnten die Betriebe allein in 2013 über eine halbe Milliarde Euro an Investitionen verwirklichen. Damit wurden rund 35.000 Arbeitsplätze gesichert und 1.400 neue Arbeitsplätze geschaffen“, so Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner anlässlich der IHM-Eröffnung.

Spielgeräten und Attraktionen bedacht. Der Kindergarten St. Raphael in Etting zum Beispiel erhält vom dortigen Bezirksausschuss 3.000 Euro für ein neues Gartenspielhaus für Kreativ-Angebote im Freien. **DK**

„Die Finanzierungsnachfrage aus dem Handwerk ist im Vergleich zum Vorjahr um fast 30 Prozent gestiegen – ein deutliches Zeichen für die große Zuversicht der Branche in die Fortsetzung der wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung“, erklärte LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl.

HWK-Präsident Traublinger sagte: „Die starke Fördernachfrage zeigt: das Handwerk setzt bei der Finanzierung von Investitionen auf Kredite mit günstigen Zinssätzen und langen Laufzeiten.“

Auch Daniel Callejo-Crespo (Generaldirektor in der Europäischen Kommission und KMU-Beauftragter), Iris Gleicke (Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie) und ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer besuchten den Stand der LfA auf der Messe. **□**

„Wir haben die Vorteile von KATWARN erkannt“

GZ-Interview mit dem Dienststellenleiter der Feuerwehr Nürnberg, Stadtdirektor Volker Skrok, zur Nutzung des kommunalen Warnsystems KATWARN

GZ: Herr Skrok, die Stadt Nürnberg hat KATWARN im Juni 2013 mit einem symbolischen „Knopfdruck“ durch Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly gestartet. Was hat Sie damals als Leiter der Katastrophenschutzbehörde dazu bewogen, KATWARN einzuführen?

Skrok: Die Stadt Nürnberg war bis zu diesem Zeitpunkt die erste Kreisverwaltungsbehörde und gleichzeitig die erste größere Stadt, die das Warnsystem KATWARN in Bayern eingeführt hat. Darauf sind wir stolz. Nach meiner Kenntnis haben sich in Bay-

katastrophe des Dammbruchs am Main-Donau-Kanal 1979 hat damals die Stadtverwaltung zum Erhalt dieser letzten Sirenen bewogen.

So entstand eine Lücke in der adäquaten Warnung der Bevölkerung, die so nicht bleiben konnte! Deshalb haben wir einen dualen Weg beschritten. Zum einen soll die Warnung der Bevölkerung in Nürnberg wieder durch den Aufbau von modernen Sirenen, welche in ein neues Gesamtkonzept eingebettet sind, geplant werden. Weiterhin muss ein auf moderne Medien basierendes System die Lücke bis zum Aufbau der Sire-

bei denen Sie über KATWARN die Bevölkerung alarmiert haben; welche waren das?

Skrok: Seit Einführung im Juni 2013 haben wir das System KATWARN bei drei Ereignissen zur Warnung der Bevölkerung angewendet: Beim Brand einer Industriehalle in der Ipsheimer Straße (13.09.2013), dem Fund eines Blindgängers aus dem 2. Weltkrieg und der Evakuierung des Hauptbahnhofes und der Bevölkerung um den Fundort an der Allersberger Straße (10.12.2013) und beim weiteren Fund eines Blindgängers aus dem 2. Weltkrieg mit Evakuierung eines 1.000 Meter-Bereiches um den Fundort in der Sylter Straße (13.01.2014).

Es wurden jeweils die entsprechenden Postleitzahlenbezirke über KATWARN gewarnt. Damit konnten die Bürger zielgenau über die Auswirkungen wie die Evakuierung informiert und vor der Brandrauchbeaufschlagung gewarnt werden. Bei allen Fällen erfolgte selbstverständlich eine Entwarnung. Das System KATWARN sieht das automatisch vor. Die gezielte Entwarnung gibt dem Bürger die Sicherheit, dass wir als Katastrophenschutzbehörde auch an das Ende einer Gefährdung für den Bürger denken.

GZ: Welche Erfahrungen haben Sie bei diesen Einsätzen gemacht?

Skrok: Bei den drei Anwendungen von KATWARN in Nürnberg konnten klar die Vorteile des Systems erkannt werden. Als Ergänzung der Pressearbeit (Liveticker, Pressemitteilungen) aus der Katastrophenschutzinsatzeinheit war es möglich, direkt und zielgenau nur die Bürger in den betroffenen Bereichen zu warnen. Bei dem Großbrand konnten wir zudem die tatsächlich betroffenen Einwohner vor der Rauchentwicklung warnen und gleichzeitig mit konkreten Verhaltenshinweisen versorgen. Bei den Evakuierungen nach den Blindgängerfunden haben wir neben den Warnungen ergänzend auf die zentrale Internetseite der Stadt Nürnberg hingewiesen.

GZ: Wie wurde das System KATWARN technisch und organisatorisch in der Feuerwehr umgesetzt?

Skrok: In der Integrierten Leitstelle wurde am Platz des Schichtleiters ein Zugang zum KATWARN-System installiert. Damit hat der Schichtleiter oder der Lagedienst die Möglichkeit, direkt von seinem Arbeitsplatz die Warnung auszulösen.

Die Berechtigung zur organisatorischen Auslösung ist schriftlich geregelt.

Die Warnung der Bevölkerung und damit die Auslösung von KATWARN ist in Nürnberg streng an bestimmte Festlegungen gebunden. Dies darf nur der Direktionsdienst der Feuerwehr oder die Leitung der Koordinierungsgruppe bzw. Führungsgruppe Katastrophenschutz. Die beiden letztgenannten Gremien werden durch den Bürgermeister oder den Oberbürgermeister geleitet.

Dabei muss auch der Text der SMS durch diesen Personenkreis festgelegt werden.

GZ: Die Wirkung von KATWARN ist um so besser, je mehr Einwohner das System nutzen. Wie wirbt die Stadt für KATWARN?

Skrok: Die Voraussetzung zur Nutzung von KATWARN hängt sehr stark von den angemeldeten „Nutzern“ ab. Die Bürger müssen sich selbst anmelden. Dafür wurden von uns in Nürnberg mehrere Wege der Information gewählt:

- Presseinformationen in der örtliche Tagespresse zur Einführung von KATWARN im Juni 2013
- Werbung am Tag der offenen Tür der Stadt Nürnberg am 13. Oktober 2013 mit einem Informationsstand zum Thema KATWARN

- Auslösung des Probealarms von KATWARN parallel zum jährlichen, landesweiten Sirenenprobealarm im April und Oktober 2013.

Gerade die wiederkehrende Probealarmierung gibt dem Bürger die Information, dass das System noch aktiv ist und ich angemeldet bleiben muss.

Aktuell wird eine Werbeaktion mit einem Brief durchgeführt. Dabei werden Betriebe, Vereine und Organisationen im Stadtgebiet Nürnberg angeschrieben und über KATWARN informiert. Damit soll an die in Nürnberg lebenden und arbeitenden Menschen appelliert werden, sich am System KATWARN anzumelden.

Durch alle Presseaktionen erwarten wir auch einen Multiplikatoreffekt, d.h. durch „Mundpropaganda“ soll sich das System weitere Nutzer erschließen. □

Mit KATWARN für den Ernstfall gut gerüstet

Das kommunale Warnsystem KATWARN wird von immer mehr Kommunen im Freistaat Bayern genutzt. Nachdem die Stadt Nürnberg das System im Juni 2013 eingeführt hat, folgten die Landkreise Altötting, Deggendorf und Aschaffenburg. Weitere bayerische Kommunen sind an einer Einführung interessiert.

Dem Gemeinwohl verpflichtet

Das System wurde entwickelt vom Berliner Institut Fraunhofer FOKUS in Zusammenarbeit mit den Öffentlichen Versicherern, allen voran der Versicherungskammer Bayern (VKB), die die Kosten für die technische Basis tragen.

„Als öffentlicher Versicherer in Bayern sehen wir uns besonders dem Gemeinwohl verpflichtet. Unser Beitrag für KATWARN ist Teil unserer Verantwortung für die Menschen in unserem Geschäftsgebiet hier in der Region“, erklärt VKB-Vorstand Rainer Fühaupter das Engagement des Unternehmens. □



ern inzwischen drei Landkreise mit dem System ausstatten lassen.

Ein Grund für uns, KATWARN einzuführen, war sicher, dass in Nürnberg wie in vielen anderen Städten Deutschlands nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Kriegs zahlreiche Sirenen abgebaut wurden oder nicht mehr funktionsfähig sind. In Nürnberg verblieben nach 1995 nur 13 Sirenen, die im Bereich des Main-Donau-Kanals die Bürger warnen. Die

nen füllen und das Gesamtkonzept unterstützen.

Dies führte nach einigen Informationsterminen zusammen mit dem Berliner Fraunhofer-Institut FOKUS zur Einführung des Warnsystems KATWARN in Nürnberg. Der einfache Aufbau des Systems in Verbindung mit der unkomplizierten Anwendung vereinfachte uns die Entscheidung.

GZ: In der Zwischenzeit gab es mehrere Schadensereignisse,

Was ist KATWARN?

KATWARN ist ein ergänzendes Warnsystem für Landkreise und kreisfreie Städte, das in Gefahrensituationen die betroffenen Bevölkerungsgruppen über das Mobiltelefon warnt und informiert. Die Warnnachrichten enthalten Kurzinformationen zur Gefahr und geben Verhaltenshinweise. Die Entscheidung zu einer Warnung und für die Waminhalte treffen die Feuerwehr- und Rettungsleitstellen in Abstimmung mit der zuständigen Katastrophenschutzbehörde.

An- und Abmeldung

Die KATWARN-App gibt es kostenlos für iPhones (ab Version 3GS) und alle gängigen Android-Smartphones (ab Version 2.3.3). Die KATWARN-App bietet ortsbasierte Warnungen und Verhaltenshinweise zum aktuellen Standort und zusätzlich zu zwei frei wählbaren „KATWARN-Gebieten“. Alternativ gibt es KATWARN per SMS-/E-Mail: Im Gefahrenfall werden Warninformation entsprechend eines angemeldeten Postleitzahlenbereiches versendet. Die Anmeldung erfolgt per SMS über die Servicenummer 0163-7558842 unter Angabe des Stichworts »KATWARN« und einer gültigen Postleitzahl innerhalb der aktiven KATWARN-Bereiche:

- Anmeldung für Warnungen per SMS: »KATWARN 12345 (für das Postleitzahlengebiet 12345)«
- Anmeldung für Warnungen per SMS und E-Mail: »KATWARN 12345 hans.mustermann@mail.de (für das Postleitzahlengebiet 12345)«
- Abmeldung per SMS: »KATWARN AUS«

Wichtige Hinweise zur Nutzung unter www.katwarn.de und www.katwarn.de/app

Technologie

KATWARN baut auf das Wetterwarnsystem »WIND« auf, das mittlerweile in Europa mehr als eine Million angemeldete Nutzer mit Extremwetterwarnungen versorgt. Das System wird den Kommunen seit 2011 von den öffentlichen Versicherern deutschlandweit zur Nutzung zur Verfügung gestellt.

Kosten für die Einführung in Landkreisen und kreisfreien Städten

Landkreise oder kreisfreie Städte, die das System einführen, zahlen eine einmalige Gebühr von 15.000 Euro für die Installation, lokale Anpassungen, Schulungen und Marketingunterstützung, 3.000 Euro pro Jahr für Support sowie Kommunikationskosten (6 Cent/SMS) pro Einsatz. Alle weiteren derzeit zugeschalteten Kanäle in KATWARN (E-Mail, Smartphone-App) sind kostenfrei. Das System, der Betrieb und die Weiterentwicklung übernimmt das jeweilige regionale öffentliche Versicherungsunternehmen ebenfalls kostenfrei.

Auszeichnung

KATWARN wurde am 30. Oktober 2013 von rund 1.000 Bewerbern als ein „Ausgezeichneter Ort im Land der Ideen“ prämiert. Der Wettbewerb, der durch die Bundesregierung und den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) initiiert wird, stand im Jahr 2013 unter dem Thema „Ideen finden Stadt“. □



Symbolischer Knopfdruck - v. l.: Der Leiter der Feuerwehr Nürnberg, Volker Skrok, Rainer Fühaupter (Vorstandsmitglied VKB), Dr. Ulrich Maly (OB Stadt Nürnberg), Ortwin Neuschwander (Fraunhofer FOKUS) und Dr. Günther Beckstein (Ministerpräsident a. D.). Bild: Lauber

VER SICHER UNGS
KAMMER
Bayern

Ein Stück Sicherheit.

Gut, wenn es jemanden gibt, der sich um das nötige Stück Sicherheit kümmert – mit einer auf Ihre Familie zugeschnittenen Absicherung. Machen Sie jetzt den **kostenlosen** Familien-Check. Und sichern Sie sich bis zum 30.4.2014 eine Familienkarte* für einen Tierpark Ihrer Wahl.

Jetzt Termin vereinbaren unter: (0 89) 21 60-99 40

www.versicherungskammer-bayern.de/familie

Kostenlos
FAMILIEN-
CHECK
machen!

Und TIERPARK-
EINTRITTS-
KARTE sichern!

*Aktionszeitraum: 1.1.–30.4.2014. Nur solange der Vorrat reicht. Weitere Aktionsbedingungen unter www.versicherungskammer-bayern.de/familie oder bei Ihrem Berater.

Finanzgruppe

Deutscher Bauherrenpreis 2014:

Ausgezeichnete bayerische Projekte

In Berlin sind die Preise des Wettbewerbs zum Deutschen Bauherrenpreis 2014 in der Kategorie Neubau verliehen worden. Auch bayerische Projekte fanden die Zustimmung der Jury. Eingereicht wurden 95 Vorhaben mit insgesamt 4.300 Wohnungen.

Der als Gemeinschaftsinitiative der in der AG KOOPERATION zusammengeschlossenen Verbände BDA Bund Deutscher Architekten, Deutscher Städtetag und GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. vergebene Preis steht mit seinem Leitbild „Hohe Qualität zu tragbaren Kosten“ wie kein anderer vergleichbarer Wettbewerb dafür, dass nachhaltiges Bauen auch kostengünstig sein muss, und zwar betrachtet über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes bzw. einer ganzen Wohnsiedlung.

„Wir gratulieren den ausgezeichneten Preisträgern ganz herzlich. Sie zeigen in beispielhafter

Weise, wie mit intelligentem und innovativem Wohnungsbau ein Mehrwert an Baukultur und gleichzeitig ein Mehrwert für das Wohnquartier und die Innenentwicklung der Städte erreicht werden kann“, erklärten anlässlich der Preisverleihung Axel Gedaschko, Präsident des GdW, Heiner Farwick, Präsident des BDA und Helma Orosz, Oberbürgermeisterin der Stadt Dresden und Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages. „Die ausgezeichneten Projekte haben dabei in vorbildlicher Weise die Kriterien des hohen Stellenwerts des Wohnumfeldes, der Einbindung der Nutzer, eines hohen energetischen Standards und einer kleinteiligen

und gemischten Nutzung berücksichtigt.“

Mit Blick auf das Ziel bezahlbarer Mieten spielten die tragbaren Kosten des Neubaus bei der Beurteilung der Projekte eine entscheidende Rolle. Hier zeigte sich aber auch, dass angesichts der überproportionalen Steigerungen bei Material- und Lohnkosten sowie Planerhonoraren anspruchsvolle Vorhaben ohne Förderung für die Bauherren nicht rentierbar und für die Mieter nicht bezahlbar gewesen wären. „Die Vereinbarkeit von sozialen, gesellschaftlichen und qualitativen Anforderungen an den Wohnungsbau erfordert intensive Anstrengungen aller Beteiligten. Grundlage hierfür ist unter anderem eine Förderung, die rentierliches Bauen nicht nur ermöglicht, sondern stimuliert“, machten die Auslober deutlich.

Zehn Projekte des wichtigsten nationalen Wohnungsbauwettbewerbs wurden mit einem Preis ausgezeichnet, zehn weitere Projekte erhielten eine Besondere Anerkennung. Darüber hinaus wurde der Sonderpreis „Freiraumgestaltung im Wohnungsbau“ vergeben. Dieser ging an die Aufwertung des Quartiers am Piusplatz durch die GEWOFAG München. Die bestehende Wohnanlage der 1930er Jahre wurde durch zwei Zeilenbauten so ergänzt, dass die im Quartier fehlenden Wohnungen für Familien und Ältere entstanden sind und durch das Büro Mahl Gebhard Konzepte, Landschaftsarchitekten bdla, ein stimmungsvoller Freiraum gestaltet werden konnte. Geachtet wurde hierbei auf Barrierefreiheit, Entseglung, zielgruppenorientierte Nutzung und Aufenthaltsqualität für alle Altersstufen.

Grundgedanke des Freiraumentwurfs ist die Gestaltung der in der Mitte der Höfe gelegenen Aktionsbänder. Hier werden Spielbereiche und Treffpunktmöglichkeiten an zentral gut zugänglicher Stelle vereint. Diese Areele werden sensibel zwischen den bestehenden Großbäumen eingebettet und durch einen Fußweg in Nord-Südrichtung erschlossen. Gräserpflanzungen schirmen die Bereiche zum offenen Hof hin ab. Um den Baumbestand zu schonen, ist den beiden Ergänzungsbauten eine gemeinsame Tiefgarage zugeordnet. Die Eingangsbereiche der Wohnungen werden von Fahrradstellplätzen und Staudenpflanzen begleitet. Ein Großteil des Regenwassers versickert in Retentionsmulden, und bildet einen zusätzlichen Beitrag zum nachhaltigen Planen und Bauen.

Ebenfalls mit einem Preis wurde die GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München bedacht. Mit der Bebauung eines schwierigen, spitzwinkligen Grundstücks in der Thalkirchner Straße/Implerstraße ist es ihr nach Auffassung der Jury gelungen, beispielhaft, an städtebaulich herausgehobener Stelle, ein Stück

Stadtrenovierung zu leisten.

Das Wohn- und Geschäftshaus schließt eine langjährige innerstädtische Baulücke und nimmt eine Mischung von Nutzungen auf: 43 geförderte Wohnungen, einen Nachbarschaftstreff, einen Supermarkt, ergänzt durch einen Bäcker mit Cafe, eine neue Trafostation und eine Tiefgarage. Der von Verkehrslärm geschützte, begrünte Innenhof der Anlage liegt auf dem überbauten Erdgeschoss.

Zum Schutz der Nachbarschaft vor Lärm wurde die Anlieferung des Supermarkts vollständig eingehaust. Alle Wohnungen, von der 1-Zimmer- bis zur 7-Zimmer-Wohnung, sind barrierefrei. Nebeneinander liegende Wohnungen sind flexibel teilbar bzw. zusammenlegbar und somit vielfältig nutzbar.

Die Fassaden zum Stadtraum zeigen sich in angenehmer Zurückhaltung und gebotener Differenzierung. Um maßstäblich zur Raumbildung an diesem Platz beizutragen, ist das Gebäude sechsgeschossig. Bei der Gestaltung sind Empfehlungen des Denkmalschutzes eingeflossen.

Der differenzierte Wohnungsschlüssel wurde vom Sozialreferat in München vorgegeben und berücksichtigt Mieter, die besondere Unterstützung benötigen. Im ersten Obergeschoss ist ein Nachbarschaftstreff mit Schülerbetreuung untergebracht, der bei Bedarf in zwei Wohnungen umbaubar ist. Im Sinne einer Doppelnutzung ist er auch als Gemeinschaftsraum für die Hausbewohner vorgesehen.

Eine Besondere Anerkennung wurde einer Wohnanlage in Ingolstadt-Hollerstauden, Albertus-Magnus-Straße, zuteil. Laut Jury ist die Wohnanlage als erstes realisiertes Projekt der Reihe „e%-Energieeffizienter Wohnungsbau“ beispielhaft für einen besonders sparsamen und effizienten Umgang mit Energie. Die Energieerzeugung erfolgt vorrangig über Solarkollektoren kombiniert mit zwei Schichtspeichern, die in die Gebäude integriert wurden. Der restliche Energiebedarf wird über Fernwärme gedeckt, die aus der Abwärme der Industrie gespeist wird.

Konsequent wird dieser energetische Entwurfsansatz in die Architektur übersetzt: breite Solarflügel überdecken und schützen die filigranen Holzbauten. Die zweibis dreigeschossige Bebauung entwickelt sich aus der vorhandenen Siedlungsstruktur. Durch Aufnahme der unterschiedlichen Gebäudeausrichtungen entstehen interessante und spannungsreiche Räume zwischen den einzelnen Bauten. Die Wege durch das Wohnquartier führen innen, abseits der Straßen, über kleine Plätze. Sie erschließen ohne Störung durch den Autoverkehr alle Höfe und Gemeinschaftsflächen. Die in einer Mischung von Holzbau- und Massivbauweise errichteten Gebäude haben eine hohe architektonische Qualität. Insbesondere durch die Fassadengestaltung erhält die Siedlung eine eigenständige unverwechselbare Identität. Die vielen innovativen Ansätze in Baukonstruktion und energetischer Hinsicht sind aus Sicht der Jury beispielhaft für den geförderten Wohnungsbau, führen allerdings zu höheren Baukosten. **DK**

Renovierungsboom im Freistaat

Die Bereitschaft von Eigenheimbesitzern in Bayern, Häuser und Wohnungen energetisch oder altersgerecht zu modernisieren, hat deutlich zugenommen. Im Jahr 2013 hat die bundeseigene Förderbank KfW die Sanierung von rund 57.000 Wohneinheiten im Freistaat mit ihren Energieeffizienz-Programmen unterstützt, wie die LBS Bayern mitteilt. Dies waren 23 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Bei den altersgerechten Umbauten wurden rund 3100 Wohneinheiten gefördert. Hier hat sich die Zahl gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Insgesamt wurden so

rund 60.000 Wohneinheiten mit Hilfe von KfW-Mitteln umgebaut.

Die KfW bietet sowohl zinsgünstige Kredite als auch Zuschüsse für energetische Modernisierungen an. KfW-Darlehen lassen sich seit 2011 mit einem Bausparvertrag kombinieren. Der Vorteil davon ist, dass über die gesamte Finanzierungszeit ein günstiges Zinsniveau festgeschrieben werden kann, erklärt die Bayerische Landesbausparkasse.

Für KfW-Angebote gilt das Hausbank-Prinzip. Sie sind unter anderem über die Sparkassen in Bayern erhältlich. **□**



Mit dem Johannes-Hospiz ist jetzt in der Oberpfalz die letzte Versorgungslücke in Bayern geschlossen worden. Foto: osr

Eine Herberge für todkranke Menschen

Johannes-Hospiz bietet Gastfreundschaft, Fürsorge und fachkompetente Hilfe

Regensburg. (osr) Wenn Leiden nicht mehr geheilt werden können und medizinische Therapien zwar Linderung, doch keine Genesung mehr bieten, wird der Mensch mit seiner Vergänglichkeit konfrontiert. Lässt es die erforderliche Pflege oder medizinische Betreuung nicht zu, den letzten Lebensabschnitt zu Hause zu erleben, ist ein Hospiz eine würdige Herberge für Sterbende.

In Bayern gibt es 16 stationäre Hospize mit insgesamt 162 Plätzen, nachdem jetzt mit dem Johannes-Hospiz in Pentling im Süden Regensburgs auch Ostbayern auf dieser Landkarte vertreten ist, sowie ein stationäres Kinderhospiz. Johanniter und Hospiz-Verein stellen hier in einem Kooperationsprojekt die Wünsche und Bedürfnisse der Sterbenden und ihrer Angehörigen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Veränderte Strukturen

Gebraucht werden nach Aussagen von Gesundheitsministerin Melanie Huml Einrichtungen mit insgesamt 208 Hospizbetten, „die Schwerstkranken und Sterbenden ein würdiges und möglichst schmerzfreies Leben bis zuletzt ermöglichen“. In einer Pressemitteilung schreibt sie, dass aufgrund veränderter Familienstrukturen immer mehr alte Menschen allein leben. „Diese Menschen dürfen wir nicht allein lassen, wenn sie schwerstkrank sind und aus verschiedenen Gründen nicht mehr in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung versorgt werden können.“

„Hospiz“ bedeutet Herberge und Gastfreundschaft. Hier werden unheilbar kranke Menschen aufgenommen, die in Krankenhäusern nicht mehr versorgt werden können und deren häusliche Pflege nicht gesichert ist. Unabhängig von Alter, sozialem Stand, Konfession und Nationalität erhalten sie eine palliativ hochwertige Betreuung in familiärer Atmosphäre. Das Angebot richtet sich an Menschen mit fortgeschrittenen und unheilbaren Erkrankungen wie zum Beispiel Krebs, Aids und anderen schweren neurologischen, chronischen oder organischen Krankheiten.

Die besondere Bauweise des Johannes-Hospizes durch ausschließlich ebenerdige Zimmer ermöglicht es, dass der Patient auch im Bett ohne Schwierigkeiten an die frische Luft gebracht werden kann. Für häusliche Atmosphäre sorgt auch die separate Küche, damit die Angehörigen ihrem geliebten Menschen auch in den letzten und schwersten Stunden seiner „Lebensreise“ noch die Liebessmahlzeit zubereiten können.

Vom Johannes-Hospiz aus wollen die Verantwortlichen darüber hinaus den hospizlichen Gedanken aber auch ins Leben hinaustragen und die Menschen für das Thema Tod und Sterben sensibilisieren. Als „offenes Haus“ mit vielen Veranstaltungen,

Einladungen und Besuchen. Bei Kindern und Jugendlichen in Schulen, bei interessierten Erwachsenen, Pädagogen, Lehrern und Erziehern möchten sie „Tod und Sterben“ mehr ins öffentliche Bewusstsein rücken. Schon durch die Spendenaktion für das stationäre Hospiz und die damit verbundene vierjährige vermehrte Präsenz in der Öffentlichkeit ist eine gesellschaftliche Veränderung in Gang gekommen, freuen sie sich.

Die Finanzierung des Johannes-Hospiz steht auf drei Säulen. Zu den Baukosten von 3,3 Millionen Euro tragen zu je einem Drittel Spenden der Bevölkerung, Zuschüsse und Stiftungsgelder sowie Eigen- und Fremdkapital der Johanniter bei. Die wichtigsten Geldgeber sind die Bayerische Landesstiftung mit einer halben Million Euro, Freistaat Bayern und Regierungsbezirk Oberpfalz mit je 100.000 Euro, die Deutsche Fernsehlotterie mit 300.000 Euro, die Paula-Kubitschek-Vogel-Stiftung, die mit 377.000 Euro die gesamte Innenausstattung bezahlt, und die evangelische Stiftung Hospiz, die knapp 10.000 Euro für den „Raum der Stille“ beiträgt. Die größte Einzelspende kam von der Klaus-und-Gertrud-Conrad-Stiftung mit 220.000 Euro.

Spendenaktion

Auf der Verbrauchermesse „dona“ wurde im Frühjahr 2010 die Spendenaktion gestartet mit der Zusage von Johanniter-Regionalvorstand Martin Steinkirchner, dass mit dem Bau begonnen werde, wenn eine Million Euro zusammengekommen sind. Nach zwei Jahren war diese Hürde genommen; aktuell beträgt der Spendenstand 1,5 Millionen Euro.

Der erste Spatenstich war am 14. September 2012, die Grundsteinlegung am 12. April 2013 und schon am 14. Juni des Jahres konnte das Richtfest gefeiert werden. Die Einweihung erfolgte am 14. März 2014, auf den Tag genau eineinhalb Jahre nach dem ersten Spatenstich. In Betrieb geht das Johannes-Hospiz am 1. April 2014.

Ein stationäres Hospiz wird zu 90 Prozent aus Beiträgen der Kranken- und Pflegekassen finanziert. Die verbleibenden Kosten von mindestens 150.000 Euro müssen vom Betreiber, den Johannitern, über Spenden getragen werden. Dazu wurde der Kreis der „Freunde des Johannes-Hospiz“ gegründet. Er sucht 3.000 Menschen, die mit einer jährlichen Spende von 50 Euro die Hospiz-Arbeit unterstützen. **□**



Die Aufwertung des Quartiers am Piusplatz durch die GEWOFAG München erhielt einen Sonderpreis. Bild: Roland Weegen

Barrierefreies Wohnen hört nicht im Haus auf

Die Schaffung altersgerechten Wohnraums gehört zu den dringlichsten wohnungspolitischen Aufgaben der kommenden Jahre. Derzeit sind nur etwa fünf Prozent aller Wohnungen, in denen ältere Menschen leben, als altersgerecht einzustufen (Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2013).

Dies hat auch die VIVAWEST Wohnen GmbH erkannt. Der größte Wohnungsanbieter in NRW reagiert nun mit konkreten Maßnahmen auf den demografischen Wandel. Dabei wird auch die Gestaltung des unmittelbaren Umfeldes älterer Menschen mit einbezogen. Ein Beispiel dafür, dass barrierefreies oder zumindest barrierearmes Wohnen nicht an der Haustür aufhört, ist der Bereich Abfallentsorgung. Viele Senioren bzw. Menschen mit Handicap erleben es als erhebliche Bewegungseinschränkung, wenn sie die anfallenden Abfälle nicht mehr selbst beseitigen können.

Der Spezialist für Stadtmobiliar PAUL WOLFF bietet deshalb bereits seit einigen Jahren barrierefreie Abfallsammelsysteme an, die zunehmend nachgefragt werden. Neu im Programm sind Stellplätze im Außenbereich, die sich speziell für Rollatoren, kleinere Rollstühle und Gehhilfen eignen. In einer VIVAWEST Anlage in Lünen bei Dortmund wurden nun wegen des begrenzten Platzangebotes im Hausflur drei Rollatorboxen aus dem Hause PAUL WOLFF vor der Haustür aufgestellt. Darüber freut sich besonders eine Mieterin,

die von Anfang an in der 23 Jahre alten Anlage wohnt, und die nun einen sicheren und bequemen Stellplatz für ihren Rollator gefunden hat. Ausgestattet mit der angenehmen leisen SILENT-Technologie und einem ansprechenden Äußeren fördert die praktische Unterbringung des Rollators vor dem Haus die Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit der Mieterin.

Die monatlichen Kosten werden von der Rentnerin gerne getragen, weil der Stellplatz es ihr ermöglicht, bequemer am aktiven Leben vor der Tür teilzunehmen. Wie ihr geht es vielen älteren Menschen in den VIVAWEST Quartieren, die in den eigenen vier Wänden alt werden und darin möglichst selbstbestimmt leben wollen.

Die Anschaffung entsprechender Hilfen wie auch der Bau und die Umgestaltung barrierefreier und -armer Wohnungen geschieht bedarfsgerecht. So auch in diesem Fall mit der Aufstellung einer Rollatorbox direkt vor der Haustür. „Ziel ist es“, so VIVAWEST Kundencenterleiter Carsten Gröning, „dass unsere Kunden ein Leben lang in ihren vier Wänden wohnen können.“ **□**



Weiter aktiv am Leben teilnehmen: Eine Mieterin freut sich über ihren Rollator-Stellplatz. Bild: René Minolla

IFAT 2014 in München:

Kreative Wasser- und Abwasserbranche

Trinkwassergewinnung und Abwasserbehandlung sowie die dazugehörigen Transport-, Management- und Überwachungsaufgaben zählen zu den zentralen Ausstellungsthemen der weltweit führenden Umwelttechnologiemesse IFAT. Vom 5. bis 9. Mai 2014 wird die Branche auf dem Münchner Messegelände erneut zeigen, dass bei allen Teilaspekten der Wasser- und Abwasserwirtschaft noch immer Raum für Innovationen ist.

Wie der Wasserkreislauf selbst, so ist auch die Wasser- und Abwasserbranche in ständiger Bewegung. Innovative Produkte ersetzen Vorgängerbauweisen, während sich Firmen und Märkte in neuen Konstellationen ordnen. Beispielsweise hat Siemens im November letzten Jahres seine Geschäftseinheit „Water Technologies“, die Systeme zur Behandlung von Wasser und Abwasser entwickelt und vermarktet hatte, verkauft. Die internationale Umwelttechnologiemesse IFAT ist für den Weltkonzern die Gelegenheit, dem Markt zu zeigen, dass sich Siemens im Wassergeschäft jetzt auf Automatisierungs-, Steuerungs- und Antriebslösungen für Industrie und Kommunen konzentriert. Auf der Messe präsentiert Siemens unter anderem die modulare Wasser-Managementsoftware Siwa. Mit ihr lässt sich die Betriebsführung in komplexen Wasser- und Abwasseranlagen computergestützt simulieren und optimieren. Mit dem Modul „Leak“ können nach Firmenangaben außerdem Leckagen in Wassertransportsystemen erkannt und geortet werden.

Die Rotamat-Rechen und -Siebanlagen des Herstellers Huber SE (Berching) sind weltweit bereits tausendfach in der Abwasserreinigung installiert. Als Neuentwicklung in dieser Produktfamilie wird auf der IFAT in Halle A2 (Stand 333) die Siebanlage RPPS Star ausgestellt. Nach Firmenangabe ermöglicht sie mit ihrer sternför-

migen Siebtrommel einen großen Durchsatz bei hoher Abscheideleistung. Ebenfalls neu im Rotamat-Segment ist die Feinstsiebanlage RoMem Liquid. Aufgrund ihrer großen Siebfläche können mit ihr Algen, Trübstoffe und Haare energiesparend aus dem Abwasserstrom entfernt werden. Zudem steigert RoMem Liquid laut den Huber-Experten die Betriebsstabilität von Membranbelungsanlagen.

Heizen und Kühlen

Eine praktische Möglichkeit, regenerative Energien intelligent einzusetzen, ist die Nutzung von Abwasser zum Heizen und Kühlen. In diesem Bereich überzeugen der leistungsstarke und selbstreinigende Abwasserwärmetauscher RoWin sowie der Kanalwärmetauscher TubeWin von Huber SE. Anhand diverser Projektbeispiele wird deutlich, welches enormes Potenzial dieses Verfahren im Hinblick auf Green Buildings in sich birgt.

Aussteller aus dem Bereich der Kanalsanierung werden auf der IFAT 2014 in den Hallen B4 und B5 sowie auf einem Teil des Freigeländes auf insgesamt rund 20.000 Quadratmetern einen umfassenden Marktüberblick über die neuesten Injektions-, Reling-, Einzeln- und Beschichtungsverfahren der Kanalsanierung geben.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts hat das Kanalnetz in

Deutschland derzeit eine Länge von fast 562.000 Kilometern. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) geht davon aus, dass rund 20 Prozent aller Abwasserkanalhaltungen hierzulande schadhaft sind.

Vor der Vergabe von Sanierungsaufträgen prüfen Auftraggeber und Netzbetreiber die Eignung der Bieter. Eine zwischen Auftraggebern, Ingenieurbüros und Auftragnehmern abgestimmte Grundlage zur Bewertung der fachtechnischen Eignung ist die Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961. Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau haben für bestimmte Ausführungsbereiche nachgewiesen, dass sie technisch leistungsfähig, erfahren und zuverlässig sind. Dipl.-Ing. Hans-Christian Möser vom Güteschutz Kanalbau e.V. hierzu: „Fast alle Firmen, die in Deutschland in der Sanierung von Abwasserkanälen tätig sind, führen das entsprechende Gütezeichen Kanalbau. Die Anzahl der pro Sanierungsverfahren verliehenen Gütezeichen spiegelt die Marktverhältnisse wider. Demnach sind die Schlauchlining-Verfahren nach wie vor dominierend.“

Nach den Beobachtungen von Möser erscheinen die Sanierungssysteme so ausgereift, dass Weiterentwicklungen hauptsächlich in Details stattfinden. Ähnlich sehe es auch bei der Kanalinspektion aus. Als Beispiel nennt der Prüflingenieur neue, hochauflösende Kameras, die sich besonders für den Einsatz in Großprofilen eignen. Auch bei der Untersuchung der Grundstücksentwässerungsleitungen gehe es voran. „Durch weitere Miniaturisierung stehen bogenfähige, abbiegefähige Kameras mit Dreh-/Schwenkkopf zur Verfügung. Die Weiterentwicklung der 3D-Vermessungssysteme ermöglicht eine weitgehend automatisierte Erstellung von Bestandsplänen, bei der alle relevanten Daten während der Inspektion vom System erfasst und ausgewertet werden,“ schildert Möser.

Mit einem umfangreichen Programm präsentiert sich die DWA. Unter dem Motto „Think Green – Think Future“ bündelt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall erstmals einen Teil ihres Messeangebots in Halle B 0. Dort wird das Technisch-wissenschaftliche Forum mit zwei Vortragsbereichen angeboten, zudem der Marktplatz der Universitäten, das IFAT JOB-CENTER, das Young Water Professionals’ Programme und die Young Professionals’ Lounge.

Der Tag der Kommunen, der von der DWA in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden organisiert wird, beschäftigt sich mit dem Thema „Hochwasservorsorge – eine Gemeinschaftsaufgabe“. Die Veranstaltung blickt auf das Hochwasser von 2013 und geht der Frage nach, welche Ereignisse einmalig waren und welche auch künftig zu erwarten sind.

Die Umsetzung der Beschlüsse der Sonderumweltministerkonferenz zum Hochwasserschutz vom Herbst 2013 aus Perspektive des Bundes und der Länder ist ein weiteres Thema. Aus kommunaler Sicht wird beleuchtet, was integrierter Hochwasserschutz für eine Stadt bedeutet, wie Hochwasser- und Katastrophenschutz besser koordiniert werden können und welche Positionen die kommunalen Spitzenverbände zur Hochwasservorsorge in der Fläche vertreten.

Unter dem Leitsatz „Aus der Forschung in die Praxis“ diskutieren beim fünften „Innovationsforum Wasserwirtschaft“ Experten

aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Kommunen aktuelle wasserwirtschaftliche Forschungsschwerpunkte und ihre Umsetzung in die Praxis. Zu den zentralen Themen gehören der energieeffiziente und ressourcenschonende Umgang mit Wasser, die Auswirkungen des Klimawandels und die Folgen für die Wasserwirtschaft sowie Verfahrenstechniken der Abwasserreinigung unter verschiedenen klimatischen Bedingungen. Der Einsatz von Geoinformationssystemen in der Wasserwirtschaft wird ebenfalls beleuchtet. Wie mit Hilfe der sogenannten Risikokommunikation die Bevölkerung für Gefahren – zum Beispiel durch Schadstoffe und Krankheitserreger im Wasser oder auch durch Hochwasserrisiken – sensibilisiert und letztlich auch eine Verhaltensänderung herbeigeführt werden kann, ist ein weiteres Thema des Innovationsforums.

Das Innovationsforum Wasserwirtschaft wird von der DWA in Kooperation mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) organisiert. Ziel der Veranstaltung ist es, den Austausch zwischen Forschung und Praxis zu fördern.

Im Rahmenprogramm bietet die DWA mehrere Fachexkursionen an. Die Teilnehmer werden in der Kläranlage Großlappen am Nordrand Münchens zu Gast sein, sie können aber auch verschiedene Kanalbaustellen in München besichtigen oder den Wertstoffhof Feldmoching in München besuchen. Außerdem steht eine Exkursion zur renaturierten Isar auf dem Programm. Die Fahrten finden vom 6. bis 8. Mai in der Zeit von 14 bis 18 Uhr statt, kosten jeweils 30 Euro und können über teichmann@dwa.de gebucht werden. **DK**

Energiedatenmanagement für Kommunen

Energie Südbayern verhilft Kommunen zu mehr Energietransparenz und Energieeffizienz

Mit den Dienstleistungen rund um das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ bietet die Energie Südbayern GmbH Kommunen eine ganzheitliche Lösung für mehr Energieeffizienz an: „KEMS“ hilft dabei, Energieverbräuche in kommunalen Liegenschaften zu analysieren, zu vergleichen und zu priorisieren. Auf diese Weise können Kostentreiber identifiziert und Einsparungspotentiale effizient und nachhaltig ausgeschöpft werden.

Die aktuellen Entwicklungen des Energiemarkts stellen Kommunen vor eine Vielzahl von Herausforderungen – auch eine eigenständige und vorausschauende Energiepolitik wird von ihnen erwartet. Wichtiger Faktor ist hier ein wirtschaftliches Energiemanagement. Mit dem kommunalen Energiedaten Monitoring System „KEMS“ unterstützt Energie Südbayern Kommunen aktiv dabei, den Energieeinsatz in ihren Liegenschaften zu analysieren und zu optimieren.

„KEMS“ verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz für mehr kommunale Energieeffizienz: Es analysiert die Energieverbräuche der einzelnen Liegenschaften wie beispielsweise Schulen, Verwaltungsgebäude und Krankenhäuser und vergleicht sie mit bundesweiten Referenzwerten. Aus dem Ergebnis werden die wesentlichen Effizienzpotenziale ermittelt sowie eine Priorisierung der notwendigen ökologischen wie auch ökonomischen Maßnahmen vorgenommen.

„Die Priorisierung ist ganz wichtig, denn dadurch lassen sich die Investitionsmittel der Kommunen gezielt bei den Liegenschaften einsetzen, die das größte Einsparpotenzial besitzen“, erklärt Andreas Ludeck, Technischer Leiter Neue Technologien bei ESB.

Maßgeschneidertes Dienstleistungspaket

Im Anschluss an die Analyse können Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs eingeleitet werden. „Hierzu zählen beispielsweise die Senkung des Energieverbrauchs durch Aufdecken besonderer Kostentreiber, die Steigerung des Wirkungsgrades durch Erneuerung von Heizungstechnik oder auch die Minimierung des Energiebedarfs durch Sanierungsmaßnahmen“, erläutert Andreas Ludeck.

Energie Südbayern bietet KEMS gemeinsam mit der Thüga Energieeffizienz GmbH als maßgeschneidertes Dienstleistungspaket an und unterstützt die Kommunen in allen Phasen – von der systematischen Datenerhebung der Liegenschaften über die Auswertung und Analyse der Verbrauchswerte inklusive umfangreicher Referenzvergleiche bis hin zu konkreten und bewährten Handlungsempfehlungen. Ein persönlicher Ansprechpartner betreut und berät die Kommunen und begleitet bei Bedarf auch die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen. Schon kurzfristig führt KEMS so zu einer dauerhaft niedrigeren kommunalen Verbrauchs- und Kostensituation. **□**



Energiedatenmanagement für Kommunen – transparent, effizient, wirtschaftlich

Für die Analyse und Optimierung des Energieeinsatzes in kommunalen Liegenschaften sind wir Ihr idealer Partner. Mit unseren Dienstleistungen rund um das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ bieten wir eine ganzheitliche Lösung für mehr Energieeffizienz in Kommunen. Vereinbaren Sie jetzt einen persönlichen Beratungstermin unter Telefon **089 68003-0** oder per E-Mail unter service@esb.de

Energie Südbayern GmbH | www.esb.de/kems

ESB
IDEEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

Die Foren im Rahmenprogramm der IFAT

Flächenrekord, Hallen ausgebucht: Die IFAT in München ist auf dem Weg zu Bestmarken. Ebenso aussichtsreich präsentiert sich auch wieder das Rahmenprogramm der weltweit wichtigsten Umwelttechnologiemesse. Über die gesamte Messelaufzeit bieten die Foren in den Hallen A5 und B1 Länder- und Themenspecials, Podiumsdiskussionen, Seminare und Ausstellerpräsentationen.

Das StMUV engagiert sich mit einem Vortragsblock zum Thema Phosphor-Recycling, zu dem unter anderem der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Marcel Huber, sowie Prof. Dr. Klaus Töpfer, Direktor des Institute für Advance Sustainability (IASS, Potsdam), erwartet werden.

Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V. (BDE) veranstaltet Podiumsdiskussionen zu Entsorgungslogistik, Abfallwirtschaft und Flugzeugrecycling. Das Thema „Ressourcenschutz durch Kreislaufwirtschaft“ behandelt der BDE in Zusammenarbeit mit dem BMUB, dem Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) sowie dem Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse).

Bei den zwei Themenspecials des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) stehen die Themen „Nachhaltiges Wassermanagement“ und „Erfolgsbeispiele aus der BMBF-Förderung zu Rohstofftechnologien“ auf dem Programm. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) erörtert in seinem Special die Frage „Hohe Rückgewinnungsquote – teuer erkauft?“ Auch die UN wird sich engagieren, denn erstmals findet das UN-Water Seminar „Wasser und Energie“ im Rahmenprogramm der IFAT statt.

Mit dem Konzept intelligent urbanization bündelt die Messe

München die Kompetenzen ihrer internationalen Veranstaltungen in den Bereichen Umwelt, Infrastruktur, Logistik und IKT. Das Thema Urbanisierung wird so in der Breite als auch in der Tiefe gezeigt und Synergien zwischen unterschiedlichen Interessengruppen hergestellt. Im Rahmenprogramm belegt dieses Thema drei Themenblöcke, in denen neben Chancen, Herausforderungen und Lösungen auch Best Practices in den Bereichen Wasser sowie Abfall und Sekundärrohstoffe behandelt werden.

Die einzelnen Vorträge werden unter anderem vom StMUV, dem BMUB, GWP, der Tongji University in Schanghai, der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), dem International Solid Waste Association (ISWA) oder auch dem Arab Countries Water Utilities Association (ACWUA) organisiert.

Der Besuch der Symposiumsveranstaltungen und der Foren ist kostenlos. Die Vortragsveranstaltungen werden mit Simultanübersetzung in deutscher und englischer Sprache angeboten.

Ergänzt wird das Rahmenprogramm in den Foren der Hallen A5 und B1 um eine Vielzahl an Sonderveranstaltungen in der Halle B0 – mit den Session Areas „Think Green – Think Future“, im Internationalen Congress Center München - ICM und in den Konferenzräumen. Im Freigelände finden erstmalig fünf Live-Demonstrationen statt. **□**

Neuer Joskin Truck von Paul Nutzfahrzeuge:

Vierachser mit Drakkar-Wechselaufbau

Breites Einsatzspektrum von Landwirtschaft bis Bautransport

Ein neues Fahrzeugkonzept ist der Joskin Truck, ein allradgetriebener Vierachs-Lkw mit einem landwirtschaftlichen Wechselaufbau vom Typ Joskin Drakkar und integriertem Abschiebesystem. Der erste Vertreter des innovativen Agrartruck-Konzepts in Verbindung mit Joskin-Aufbau ist soeben bei Paul Nutzfahrzeuge fertiggestellt worden. Sein Spezialgebiet ist ein umweltschonender und auf außergewöhnlich vielseitige Arbeitsfelder ausgerichteter Einsatz auf Feldern, Wiesen sowie, dank autobahnfähiger Transportgeschwindigkeit, auch auf der Straße.

Die bei Paul entwickelten Umbaumaßnahmen umfassen eine neu entwickelte Hilfsrahmenkonstruktion, die einen zeit- und kostensparenden Austausch auch mit anderen Wechselaufbauten erlaubt. „Dies vergrößert nicht nur das landwirtschaftliche Einsatzspektrum, sondern erweitert es über Forstanwendungen bis hinein in den Tiefbaubereich der Bauwirtschaft“, erklärt Fahrzeugtüftler Uwe Kremer aus dem Ostallgäu, der das Konzept des Joskin Truck initiiert hat. Die Realisierung des Premieren-Trucks erfolgte in enger Abstimmung mit Paul Nutzfahrzeuge und Joskin.

Modifikation vom Serien-Allradkipperfahrzeugestell zum Joskin Truck

Das Grundprinzip des Joskin Truck basiert auf einem serienmäßigen Vierachs-Allradkipper-Fahrgestell von Mercedes-Benz, auf dem ein achsloser Wechselaufbau vom Typ Drakkar 6600/28D180 des belgischen Herstellers Joskin montiert ist. Bei einem zulässigen Gesamtgewicht von 32 Tonnen bietet die Drakkar-Kombination rund 15 Tonnen Nutzlast. Damit ist sie prädestiniert für den zeitsparenden Transport von Hackschnitzeln oder die Getreideabfuhr vom Feld direkt zur Annahmestelle in der Mühle.

Euro-6 Norm

Zu den weiteren Applikationsmöglichkeiten zählen Silagetransporte direkt ab Feld oder dem Transport landwirtschaftlicher Rohstoffe und Düngemittel. Das erste Fahrzeug ist auf einem Mercedes-Benz Actros 4146 8x8 realisiert worden. In Europa wird der Umbau künftiger Fahrzeuge in Euro-6-Konfiguration mit identischer Fertigungsqualität und Einsatzbreite auf Fahrgestellen des Typs Mercedes-Benz Arocs durchgeführt werden.

Für das Serienchassis haben die Passauer Chassis-Spezialisten einen Hilfsrahmen mit Twist-Lock-BDF-Verschlüssen konstruiert, der eine sichere Befestigung der Aufbauten erlaubt und zugleich schnelle Aufbauwechsel ermöglicht. Auf diesem Rahmen ist die Montage des von Joskin ohne Achsen zugelieferten Drakkar 6600/28D180 erfolgt, der mit vier Stützfüßen ausgerüstet ist. Dazu erfolgte eine Kotflügelverbreiterung an der ersten und die Montage flexibler Kotflügel an allen übrigen Achsen. Ebenso mussten der Kraftstoff- und der AdBlue-Tank sowie die Luftkessel und weitere Anbauteile in ihrer Position versetzt werden.

Heckentladung

Der Drakkar-Aufbau von Joskin verfügt statt einem jetzt über insgesamt drei Getreideschieber, die eine rückstandsfreie Heckentladung ermöglichen. Wichtig ist dies zum Beispiel beim Getreideabfüllen mit einem Körnergebläse. Um die Funktion der Getreideschieber beim Betrieb nicht zu behindern, wurde der Unterfahrschutz von Paul speziell an den Aufbau angepasst

und lässt sich unterhalb der 2,40 m breiten Heckklappe am Chassisrahmen wegklappen.

Bodenschonung

Umwelt- und bodenschonend ist die Umbereifung auf die Reifendimension 16.00R20 an den beiden gelenkten Vorderachsen und 650/55R26,5 hinten. Dadurch ergibt sich eine günstige Achslastverteilung von technisch jeweils neun Tonnen vorn und zehn Tonnen auf den beiden hinteren Achsen. Die günstigen Abmessungen der Kombination mit 9,35 m Gesamtlänge, einem 6,13 m langem Radstand von der ersten bis zur vierten Achse, 16-Gang-Schaltautomatik, Geländeunterstützung und Differenzialsperren an allen vier Achsen machen den Joskin Truck auf und abseits der Straße sowie auch in verwinkelten Hofanlagen oder auf engen Baustellen sicher manövrierbar.

Der Drakkar-Aufbau ist 6,60 m lang und mit variablen Aufsatzbordwänden ausgestattet, die eine flexible Höhengestaltung des Aufbaus bis zu 2050 mm Höhe erlauben – so bleibt die Kombination mit einer maximalen Gesamthöhe von 3925 mm stets unterhalb der Vier-Meter-Grenze.

Vielseitigkeit ist Trumpf: Traktor-Ersatz mit Transport-Mehrwert

Zeitaufwändige Um- und Überladeprozesse können mit dem traktions- und zugstarken Joskin Truck erheblich reduziert werden. Dank Allradantrieb und bei Paul montierter Terrabereifung kann er direkt auf Feld und Wiese fahren, dort Gras, Stroh oder Mais aufladen und diese Fracht mit bis zu 70 km/h und 335 kW/456 PS Leistung direkt zu weit entfernten Abladestellen transportieren. Die Zwischenstation „Traktor“ kann dadurch komplett entfallen.

Eingebaut wurde auch eine leistungsstarke Load-Sensing-Hydraulik mit einer 75-cm³-Pumpe für den Betrieb des Aufbaus. Diese Pumpe dient zusätzlich zum Betrieb einer optionalen Überladeschnecke, so dass dieses Fahrzeug auch als Überladewagen eingesetzt werden kann. Auf diese Weise wird eine direkte Aufnahme von Getreide, Raps oder Silage direkt vom Mähdrescher ermöglicht: Das Überladen vom Traktor auf einen Sattelschlepper wird somit bei geringen Entfernungen weitgehend überflüssig. Die Hydraulik ist vom Fahrerhaus aus bedienbar und verfügt über einen Steuerblock mit zwei doppelt wirkenden Proportionalventilen.

Die von Paul durchgeführten Umbaumaßnahmen umfassen viele weitere Details zur Steigerung der Bedienfreundlichkeit. Dazu zählt beispielsweise die ergonomische Anordnung des Bedienterminals für den Aufbau im Fahrerhaus. Auch die Installation weiterer Vorrichtungen zur Strom- und Hydraulik-Versorgung erleichtert die Bedienung von Aufbau und zusätzlichen Anbauten beträchtlich – ein Beispiel hierfür

ist die Steuerung des Quick-Cover-Rollplanenabdecksystems für den Drakkar-Aufbau. Eine Rückfahrkamera mit 7-Zoll-Monitor im Fahrerhaus sorgt für optimale Sichtverhältnisse beim Rückwärtsfahren und Rangieren. Arbeitsscheinwerfer sind im Ausrüstungsumfang aus Passau ebenfalls bereits enthalten.

Einsatzflexibilität

Für eine besonders große Einsatzvielfalt sorgt die Fähigkeit, den Aufbau in kürzester Zeit je nach Arbeitsanfall wechseln zu können: Standardmäßig ist der Joskin Truck mit Drakkar-Aufbau für vielseitige Schüttguttransporte ausgerüstet. Dank der zahlreichen unterschiedlichen Joskin-Wechselaufbauten kann er zugleich ein breites Arbeitsfeld abdecken: Mit Stallungstreuer und Güllefass ist er beim Düngen der Felder ebenso gefragt wie als Gülletransporter und Biomaterialzubringer für Biogasanlagen. Mit Silagewagen ist er im Silo-transport unterwegs, aber auch mit Pritsche oder als Tiefbaukipper auf der Baustelle.

Sichere Verriegelung

Darüber hinaus kann ein Fass, zum Beispiel ein Vakuumfass, mitgeführt werden. All diese Optionen sind zu vertretbaren Kosten möglich: Veränderungen an der Dimensionierung des Fahrzeugrahmens sind nicht erforderlich, da einerseits das Trägerfahrzeug mit dem Paul-Hilfsrahmen und andererseits die vorgesehenen Aufbauten mit dem Joskin Cargo-Wechselsystem ausgestattet sind. Dadurch passen die Joskin-Aufbaugeräte exakt auf die Rahmenmaße des Trägerfahrzeugs und werden dort durch die Twist Locks sicher verriegelt.

Große Erfahrung

Paul Nutzfahrzeuge GmbH führt Umbauten an über 1000 Nutzfahrzeugen pro Jahr durch. Die qualitativ hochwertige und termintreue Fertigung hochspezifischer Einsatzlösungen sind das Spezialgebiet, in dem das global operierende Unternehmen mit Firmensitz in Passau zu den Marktführern zählt. Spezielle Chassismodifikationen, Achsbauten oder Spezialanfertigungen für unterschiedlichste Einsatzbereiche werden in enger Zusammenarbeit mit dem Kunden entwickelt und umgesetzt. Zum Fahrzeugbau zählen verstärkt Entwicklung und Fertigung von eigenen Chassis wie dem „Heavy Mover“ für schwerste Applikationen in Tagebau oder Erdölexploration. Weitere Informationen unter: www.paul-nutzfahrzeuge.de □



Das Serienfahrgestell Mercedes-Benz Actros 8x8 wird zum vielseitigen Joskin Truck. Der neue Joskin Truck ist ein Vierachser mit speziellem Hilfsrahmen, dessen zeit- und kostensparendes Wechselaufbau-Konzept ein breites Einsatzspektrum von Landwirtschaft bis Bautransport ermöglicht. □



DSK-Schichten sind nur knapp 1 Zentimeter stark. Nach 30 Minuten kann der Verkehr wieder rollen. Bild: VSI/Kaiserslautern

Straßenerhaltung mit erstaunlicher CO2-Reduktion

Die Innobit GmbH aus Kaiserslautern sowie die beteiligte VSI GmbH aus Kaiserslautern beschäftigen sich seit Bestehen der Unternehmen mit der Herstellung und dem Einsatz von Bitumenemulsion für die Instandsetzung und Erhaltung von Straßen.

Das Verfahren dieser Unternehmen im Vergleich zum konventionellen Straßenbau und dem hiermit verbundenen Einsatz von Heißeasphalt, liegt darin, dass durch den Einsatz von geeigneten Emulgatoren das heiße Bitumen, mit Hilfe einer Kolloidmühle, in Wasser zu emulgieren. Die so produzierten Bitumenemulsionen müssen anschließend nicht mehr geheizt werden, sondern sind im kalten Zustand lagerfähig und einsetzbar. Erst dadurch ist es überhaupt möglich ein kalt verarbeitbares, halbflüssiges Asphaltmischgut herzustellen.

Neuartige Bitumenemulsion

Diese neuartige Bitumenemulsion, Typ Innomac C65BP1-DSK

bietet beachtliche Vorteile. Es handelt es sich um eine kationische, polymermodifizierte Bitumenemulsion zur Herstellung dünner Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise (DSK). Die DSK-Bauweise eignet sich zur Instandsetzung aller Bauklassen und zeichnet sich durch ihre hohe Tagesleistung und geringe Verkehrsbehinderung aus. Nach dem Einbau stehen die Asphaltflächen spätestens eine halbe Stunde später wieder für den Verkehr zur Verfügung. Die Nutzungsdauer liegt erfahrungsgemäß bei mindestens 8-10 Jahren.

Geringe Schichtstärke

Durch die geringe Schichtstärke von durchschnittlich nur ei-

nem Zentimeter entfallen in der Regel teure Nebenarbeiten wie zum Beispiel das Abfräsen der alten Deckschicht, oder das Regulieren von Bauteilen. Hierdurch werden Ressourcen geschont und hohe Entsorgungskosten entfallen.

Hohe Einsparungen

Da Asphalt zur Herstellung von DSK durch die INNOMAC Bitumenemulsion kalt verarbeitbar ist und nicht energieintensiv erhitzt werden muss, können so hohe Einsparungen beim CO2 Ausstoß erzielt werden. Es liegt nun an den Entscheidungsträgern bei den entsprechenden Straßenbaulasträgern diese Verfahren verstärkt als Alternative zur konventionellen Asphaltbauweise einzusetzen und so einen wesentlichen Beitrag zur CO2 Einsparung zu leisten. □

Das Bokimobil auf der Demopark in Eisenach:

Schaltgetriebe-Serie wird modernisiert

Nach der erfolgreichen Einführung der hydrostatischen Baureihe Bokimobil HY 1252 und HY 1352, stellt die Kiefer GmbH aus Dorfen nun auch die Schaltgetriebe-Serie auf die neueste Generation um. Auf der Demopark in Eisenach präsentiert die Fahrzeugbau-Firma aus Bayern ein 90 km/h-schnelles Bokimobil Typ 1152 B mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 6-Tonnen, und zusätzlicher Hinterradlenkung.

Auch der 1152 ist wie die anderen Bokimobil Geräteträger ein wahrer Alleskönner, in der 1,7 m breiten B-Variante kann das Fahrzeug mit bis zu 3 Sitzplätzen ausgestattet werden. Die ROPS-umschutzgeprüfte Kabine erhielt eine deutlich verbesserte Ergonomie, erweiterten Fußraum und einen größeren Verstellbereich für die Sitze, um ein langes und ermüdungsfreies Fahren zu gewährleisten. Weitere Verbesserungen im Fahrkomfort konnten durch elastische Lagerung des Fahrerhauses und die Neugestaltung des Fahrwerks mit Parabel-Weitspaltfedern an Schakengehängen erreicht werden. Wärme- und Geräuschemwicklung wurde durch die Ver-

meidung von Hydraulikelementen in der Kabine auf das Niedrigste reduziert. Das neue Kombi-Instrument mit Analoganzeigen und das zentrale Display informieren den Fahrer umfangreich über alle wichtigen Fahrzeugdaten.

Neue LED-Lichttechnik

Altbewährtes wie die Feuerverzinkung der Kabine wurde selbstverständlich beibehalten. Nun er-

strahlen auch die Kommunalfahrzeuge Bokimobil vom Typ 1152 mit neuer Lichttechnik, Positionslicht als LED und Tagfahrlicht.

Die als Option erhältliche Allrad-Lenkung mit insgesamt 4 Lenkungsarten (Vorderrad-, Hinterrad, Rundgang- und Hundeganglenkung) sorgt für extreme Wendigkeit und gibt dem Fahrzeug weitere Einsatzmöglichkeiten. Kundenorientierte Lösungen stehen bei Kiefer wie immer im Mittelpunkt der Entwicklung. Ob Allradantrieb, Kriechgänge, Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichts, Anpassung des Radstands an die Erfordernisse, die Firma Kiefer stellt das Fahrzeug zu den Bedürfnissen des Kunden passend zusammen. □

Bereits sieben tödliche Waldunfälle in Bayern

Die meisten Landwirte haben den trockenen, warmen Winter zur Waldarbeit genutzt. Dies zeigt sich auf tragische Weise in den steigenden Unfallzahlen bei der Waldarbeit. Sieben tödliche Unfälle haben sich in 2014 schon bei der Waldarbeit ereignet. „Beim Fällen einer Fichte wurde der Schwager in 26 m Entfernung von dieser getroffen“ oder „beim Fällen einer dünnen Buche von herabfallendem Ast getroffen worden“ steht oft auf der Unfallmeldung.

Verhindert werden können solche Unfälle nur, wenn konsequent

- nur zu zweit beim Baumfällen gearbeitet wird,
- sich ausreichend Zeit für die Baumannsprache und für das Herichten der Rückweiche genommen wird,
- keine unbeteiligten Personen im Gefahrenbereich (= doppelte Baumlänge rund um den Baum) sind,
- beim Fallen des Baumes sofort so weit wie möglich (am besten mindestens 9 m) in die

Rückweiche zurückgegangen wird und

- bei der Arbeit mit der Motorsäge die komplette Schutzkleidung – bestehend aus Schutzhelm mit Gehörschutz und Visier, Schnitschutzhose und Sicherheitstiefel mit Schnitschutz – verwendet wird.

Am sichersten ist das Baumfällen aber, wenn es maschinell mit dem Harvester erfolgt.

Fred Weisz, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG)

Unimog Tour 2014:

Stark im kommunalen Ganzjahreseinsatz

Über 20 Fahrzeuge demonstrieren Gerätevielfalt in der Praxis

Im März startete die Unimog Tour 2014: An neun Standorten in Deutschland und weiteren Stationen im europäischen Ausland können Kunden, Pressevertreter und Interessenten sich exklusiv von der neuen Generation des Mercedes-Benz Unimog überzeugen lassen. Mehr als 20 Unimog Geräteträger – vom neuen kompakten U 216 bis zum leistungsstärksten U 530 – zeigen ihre Leistungsbandbreite in einer am Einsatz orientierten Live-Präsentation. Sie demonstrieren die Stärken des neuen Profi-Geräteträgers in unterschiedlichsten Anwendungen, die im Arbeitsalltag kommunaler Fuhrparks über das ganze Jahr hinweg erledigt werden müssen.

Die Unimog Tour 2014 wird in Kooperation mit den ortsansässigen Unimog Generalvertretungen durchgeführt. Ebenso sind führende Geräte- und Aufbauhersteller maßgeblich an der Vorstellung vielfältiger An- und Aufbaulösungen für den neuen Unimog beteiligt und leisten vor allem während der Vorführungen von realistischen Einsatzsituationen Unterstützung.

Effizienz

Gerade die praktischen Demonstrationen zeigen eindrucksvoll, dass das breite Spektrum der An- und Aufbaugeräte für die neuen Unimog Geräteträger einen effizienten und umweltfreundlichen Ganzjahreseinsatz sowohl in sommerlicher Hitze als auch unter winterlichen Bedingungen an 365 Tagen im Jahr möglich macht. Ergänzend hierzu ist auch ein Vertreter der neuen Unimog Baureihe U 4023/ U 5023 zu sehen, die auch in Zukunft das Synonym für extrem geländegängige Fahrzeuge sein wird.

Bis 299 PS Motorleistung

Die Motoren der im Frühjahr 2013 erstmals vorgestellten neuen Unimog Geräteträger sind BlueEfficiency Power-Aggregate. Insgesamt drei Vier- und zwei Sechszylindervarianten aus der neuen Motorengeneration stehen im Leistungsbe- reich von 115 kW (156 PS) bis 220 kW (299 PS) zur Verfügung. Die hochmodernen Common-Rail-Triebwerke kombinieren einen reduzierten Kraftstoffverbrauch mit höchster Abgasreinheit. Damit ist erreicht worden, dass der Unimog trotz des hohen konstruktiven Aufwands zur Einhaltung von Euro VI jetzt noch effizienter und sparsamer unterwegs ist.

Synergetischer Fahntrieb EasyDrive und neue Hydrauliksysteme

Eine echte Neuheit ist EasyDrive, der synergetische Fahntrieb des Unimog. Das als Option erhältliche EasyDrive-System vereint die Vorteile von stufenlosem und effizientem Fahren, indem es den fliegenden Wechsel während der Fahrt zwischen dem stufenlosen hydrostatischen Antrieb und dem mechanischen Schaltgetriebe ermöglicht. Durch den Wechsel zwischen stufenloser Arbeitsgeschwindigkeit bis 50 km/h und effizientem Fahren bis 90 km/h erweitert sich der komfortable Drive-Work-Modus als große Hilfe im Arbeitsalltag. Ist beispielsweise im Mäheinsatz ein Abschnitt erledigt, wird einfach der Wechsel zum Schaltgetriebe aktiviert. Bedient wird das neue System bequem über Lenkstockschalter, Hydraulikjoystick oder wahlweise über das Fahrpedal.

Neuer Geräteantrieb

Außerdem steht eine neue Arbeitshydraulik für den Geräteantrieb zur Verfügung. Mit einer um 30 Prozent gesteigerten hydraulischen Leistung arbeitet sie noch präziser und ist dabei vollproportional steuerbar. Über den Bildschirm im Kombiinstrument und über die Lenkradtasten ist sie leicht programmierbar und verfügt zudem über eine Mischsteuerfunktion, mit der zwei Stellbewegungen gleichzeitig erledigt werden können. Durch die vielen ansteuerbaren Zellen lassen sich Frontanbaugeräte wie Schneepflüge oder Schneefräsen steuern, für die natürlich auch eine Schneepflugentlastung zu haben ist. Die auf Wunsch lieferbare neue Leistungshydraulik VarioPower stellt eine besonders leistungsstarke Ergänzung zur Arbeits-

hydraulik dar. Sie ist prädestiniert für den Antrieb leistungsstarker Geräte, zum Beispiel für den Betrieb von heckaufgebauten Ausleger-Mähgeräten.

Modernes Bedienkonzept sorgt für beste Arbeitsbedingungen

Multifunktionslenkrad, individuell einstellbare Lenksäule sowie ein leistungsstarkes Heizungs- und Klimasystem, das Wohlfühlatmosphäre schafft, erhöhen den Komfort für Fahrer und Beifahrer. Optimierte wurden auch die Bedienelemente. So erfolgt die Bedienung der Fahrfunktionen – zum Beispiel der Getriebebeschaltung oder der neuen Premium-Motorbremse – jetzt über ein und denselben Lenkstockhebel, der auf der rechten Seite des Lenkrads angeordnet ist.

Großes Display

Das Kombiinstrument zur übersichtlichen Fahrerinformation ist neu gestaltet und bietet ein großes Display. Der Joystick lässt sich zur besseren Bedienung von Geräten wahlweise rechts oder links in der Mittelkonsole platzieren. Er bietet jetzt neue Zusatzfunktionen wie beispielsweise das Reversieren oder die Drehzahlregelung im Arbeitseinsatz. Eine ungehinderte Sicht auf den Arbeits- und Fahrbereich bietet neben dem Freisichtfahrerraum auch das neue Kamera-Monitorsystem mit bis zu drei Kameras. Das alles ergibt eine spürbare Unterstützung für den Fahrer.

Reifendruckregelung

Stark vereinfacht wurde die neue Bedienung der optional lieferbaren Reifendruckregelung (Tirecontrol plus). Sie erfolgt jetzt über das Display, wobei der Fahrer die Wahl hat zwischen den vorparametrierten Modi „Straße“, „Schlechtweg“ und „Matsch/Schnee“. Auch bei den neuen Unimog Geräteträgern besteht die Option für die Ausrüstung mit dem VarioPilot-System, mit dem sich Lenkrad und Pedale in wenigen Sekunden vom Fahrerplatz auf den Beifahrerplatz verschieben lassen. Dies erleichtert Einsätze



Der Unimog im Sommereinsatz an der Autobahn.

mit rechts arbeitenden Geräten erheblich und macht sich beispielsweise beim Arbeiten mit Randstreifenmähern oder beim Leitpfostenreinigen besonders positiv bemerkbar.

Drei An- und Abbauräume

Beim Profi-Geräteträger Unimog BlueTec 6 können standardmäßig drei An- und Abbauräume genutzt werden – vorn mit genormter Frontanbauplatte, am Heck sowie auf der Pritsche oder alternativ auf den

Kugelpunkten des Pritschenzwischenrahmens. Für elektrisch betriebene Geräte gibt es im Fahrerhaus und außen vier standardisierte Steckdosen. Neu für die Gerätenutzung ist eine höhere Belastung der Anbaubeschläge am Heck mit bis zu 2,5 t. Standardisierte Schnittstellen erlauben die gleichzeitige Kombination mehrerer Geräte, die sehr einfach über den neuen Multifunktionsjoystick bedient werden können. Der Unimog lässt sich damit als speziell entwickelter Profi-Geräteträger höchst vielseitig und flexibel

uneingeschränkt über das ganze Jahr hinweg in den Kommunen einsetzen.

Viele verschiedene Serviceangebote

Darüber hinaus stehen vier Serviceangebote zur Verfügung, mit denen die volle Einsatzsicherheit während des gesamten Jahres sicher gewährleistet ist: Garantieverlängerung auf 24 oder 36 Monate, Servicevertrag für Wartung und Reparatur, Leasingvertrag und – ganz neu – der reine Wartungsvertrag.

Augsburg:

Wanderausstellung zur Elektromobilität

Die Wanderausstellung Elektromobilität des Schaufensters Bayern-Sachsen gastiert in der Schwaben-Metropole Augsburg. „Elektromobilität verbindet“ heißt die Ausstellung, die noch bis 30. März im Unteren Fletz des Augsburger Rathauses zu sehen ist. Sie wurde im Rahmen des Förderprogramms Schaufenster Elektromobilität der Bundesregierung initiiert.

„Wir möchten im Schaufenster Bayern-Sachsen die Alltagsnähe der Elektromobilität demonstrieren und typische Themen wie Reichweiten oder Ladezeiten von Elektrofahrzeugen diskutieren. Unsere kleine Wanderausstellung dient dabei als Einstieg, um mit der Öffentlichkeit in Dialog zu kommen und die unterschiedlichen Elektromobil-Aktivitäten darzustellen“, sagte Dr. Guido Weißmann von der Projektleitstelle des Schaufensters Bayern-Sachsen.

Zusammen mit Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Claus Gebhardt hat Umweltreferent Rainer Schaal die Ausstellung eröffnet. „Wir sind bei dem Thema ganz vorne mit dabei“, so Schaal. Der bereits vor vier Jahren aufgestellte Lokale Entwicklungsplan Elektromobilität werde konsequent umgesetzt. „Zusammen mit den Stadt-

werken schaffen wir eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. An exponierten Standorten werden Ladestationen und Fahrradverleihstationen – künftig auch mit E-Bikes – kombiniert. Im Rahmen eines ganzheitlichen, nachhaltigen Mobilitätskonzeptes sollen Elektrofahrzeuge des Individualverkehrs und die dazugehörige Ladeinfrastruktur mit dem öffentlichen Personennahverkehr intelligent verknüpft werden. Hierzu haben wir mit unseren Stadtwerken so genannte „Mobilitätspakete“ entwickelt. Das ist unsere Vorstellung von Internodalität“, so der Umweltreferent.

Die Wanderausstellung „Elektromobilität verbindet“, die in mehreren Städten Bayerns und Sachsens zu sehen ist, thematisiert die Bereiche:

- Ziele und Aktivitäten der Bundesregierung

- Aufgaben und Ziele des Schaufensters Bayern-Sachsen
- Warum bieten die Freistaaten Bayern und Sachsen ideale Voraussetzungen um das Thema Elektromobilität voranzutreiben?
- Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Elektromobilität.

In dem Ziel, Elektromobilität erfahrbar zu machen, sieht die Bundesregierung eine Herausforderung für das komplexe Zusammenspiel von Branchen, Verbänden und öffentlicher Hand. Zusammen mit Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg und Niedersachsen wurde Bayern-Sachsen bereits 2012 von der Bundesregierung für Konzepte rund um die Verbindung von Elektrofahrzeug, Energie- und Verkehrssystem ausgewählt.

Die Bayern Innovativ GmbH (www.bayern-innovativ.de) und die Sächsische Energieagentur SAENA (www.saena.de) übernehmen gemeinsam die Koordination des Schaufensters Bayern-Sachsen.



Zukunftsweisend.

Der neue Unimog mit BlueTEC-6-Technologie.

Überzeugt mit zahlreichen Innovationen und setzt Maßstäbe in Sachen Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienerfreundlichkeit. Mehr unter www.neuerunimog.com



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg-Lengfeld, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Verkehrskonferenz Oberpfalz in Regensburg:

Vernetzung heißt die Maxime

Über die wichtigsten diesjährigen Verkehrsprojekte in der Oberpfalz informierte im Rahmen einer Verkehrskonferenz in Regensburg Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann die Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie kommunalen Mandatsträger und Vertreter von Institutionen, Behörden, Verbänden und Kammern.

Wie Herrmann konstatierte, „ist eine leistungsfähige und gut ausgebaut Verkehrsinfrastruktur aller Verkehrsträger Grundvoraussetzung für Mobilität. Nur wenn alle Verkehrsträger – Straßen, Schienen, Wasserwege und Luftverkehr – optimal zusammenwirken, erreichen wir größtmögliche Flexibilität. Deshalb setzen wir in der Verkehrspolitik auf Vernetzung.“

Verkehrspolitische Ziele

Da Mobilität Geld koste, werde aber eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung für die Verkehrsinfrastruktur benötigt. Daher begrüßte es Herrmann, dass im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zusätzliche fünf Milliarden Euro für die Verkehrsinfrastruktur vorgesehen sind. „Neben der beschlossenen Erweiterung der LKW-Maut brauchen wir auch eine PKW-Maut. Denn es ist nur gerecht, wenn auch ausländische Fahrer den Straßenbau in Deutschland mitfinanzieren“, machte der Minister deutlich. Gleichzeitig zeigte er seine verkehrspolitischen Ziele auf: Ausbau und Erhalt der Bundesfernstraßen und Staatsstraßen, Verlagerung des Gütertransports auf Schiene und Wasserstraßen, Ausweitung des Nahverkehrsangebots und bessere Vernetzung der Verkehrsträger, Förderung des Verkehrsmittels Fahrrad sowie barrierefreier Ausbau der Stationen im Schienenpersonennahverkehr.

Gemeinsam mit Minister Herrmann stellten der Abteilungsleiter

Straßenbau in der Obersten Baubehörde, Ministerialdirigent Karl Wiebel und der Abteilungsleiter Verkehr, Leitender Ministerialrat Hans-Peter Böhner, herausragende Projekte in der Oberpfalz vor. Im Bereich Straßenbau zählt dazu der geplante rund 14 Kilometer lange und rund 141 Millionen Euro teure sechsstreifige Ausbau der A 3 zwischen dem Autobahnkreuz Regensburg und der Anschlussstelle Rosenhof. Für diesen Abschnitt werden die Planfeststellungsunterlagen erarbeitet. Bei den Bundesstraßen liegt der Schwerpunkt in der Oberpfalz beim Ausbau der Hauptachse B 85 von Cham über Schwandorf bis Amberg. Hier laufen die Bauarbeiten für den vierstreifigen Ausbau im Bereich Wetterfeld im Landkreis Cham. Dafür werden mehr als 40 Millionen Euro investiert.

Für den nachträglichen Anbau von Radwegen an Staatsstraßen wurde 2009 ein eigenes Programm aufgestellt, um die Haushaltsmittel zielgerichtet einsetzen zu können. In der Oberpfalz konnten im Rahmen des Programms bisher rund 20 Kilometer Radwege für rund vier Millionen Euro gebaut werden. Das Programm wird dieses Jahr fortgeschrieben. Auch für Kommunen besteht die Möglichkeit, Radwege entlang von Staatsstraßen in eigener Zuständigkeit und unter Inanspruchnahme von staatlichen Zuschüssen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) zu realisieren.

Eines der großen kommunalen Straßenbauprojekte in der Oberpfalz ist der Bau der Osttangente Regensburg, die Ende 2014 end-

gültig fertig gestellt werden soll. Der Freistaat fördert die Stadt Regensburg bei der Bewältigung dieser Aufgabe mit mehr als 40 Millionen Euro.

Auch im Bereich der Schieneninfrastruktur hat der Freistaat Bayern eine Reihe von Projekten für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans angemeldet. Dazu gehören der Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke München – Regensburg – Prag. Ein für Bayern wichtiges Projekt ist die Elektrifizierung der Strecke Regensburg – Hof, wodurch die überlasteten Nord-Süd-Korridore entlastet werden sollen. Diese Strecke ist auch für die Seehafen hinterlandanbindung von herausragender Bedeutung.

Erneut angemeldet wurde zudem der Ausbau der Strecke Nürnberg – Regensburg – Passau. Ein weiteres Projekt ist der Ausbau der Strecke Nürnberg – Amberg – Schwandorf, womit weitere Elektrifizierungslücken im bayerischen Schienennetz geschlossen werden könnten und gleichfalls eine Entlastungsstrecke für die Verbindung Nürnberg – Schwandorf entstünde.

Neufahrer Kurve

Ein für die Oberpfalz maßgebliches Projekt ist der Bau der sogenannten Neufahrer Kurve. Sie schafft eine schnelle, direkte, stündliche und komfortable Schienenanbindung von Regensburg über Landshut, Moosburg und Freising an den Münchner Flughafen. Die Planungen sehen zusätzlich vor, Zubringerzüge nach Regensburg und Landshut so zu takten, dass günstige Umsteigzeiten entstehen. Die Neufahrer Kurve soll bis Ende 2018 fertig gestellt werden. Der Baubeginn soll im Herbst dieses Jahres erfolgen.

Auf Initiative des Landkreises Neumarkt wird die Erweiterung des S-Bahnnetzes Nürnberg auf der Strecke Nürnberg – Neumarkt bis nach Parsberg geprüft. Hierzu wird bis Sommer dieses Jahres eine Machbarkeitsstudie



Die KPV Nürnberger Land bei der 20-Jahr-Feier.

in Auftrag gegeben.

Im Bereich des Omnibusverkehrs wird aktuell eine Erweiterung des rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL) gefördert. Damit kann der Verkehr noch effizienter und auch umweltschonender gestaltet werden. Die Fahrgäste profitieren vor allem von neuen elektronischen Informationssystemen an den Haltestellen und in den Bussen, die in Echtzeit Auskunft über Ziele, Fahrzeiten oder Umleitungen geben.

Ebenfalls ausgebaut werden soll der Logistikstandort Regensburg. Die Stadt Regensburg wird mit Förderung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr ein Entwicklungskonzept erstellen lassen, das auch die bestehende Straßenverkehrsinfrastruktur und städtebauliche Aspekte umfasst.

Ein völlig neues Projekt im öffentlichen Nahverkehr ist das Verkehrssystem BAXI im Landkreis Tirschenreuth. Die Mischung aus Bus und Taxi soll die Mobilität der Bürger verbessern und die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr reduzieren.

Für das System wurden 18 neue Linien und 72 neue BAXI-Haltestellen im Landkreis Tirschenreuth geschaffen. Mit dem System sind nun auch Teile und kleine Ortschaften und Weiler des Landkreises an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen, die vorher durch die Buslinien nicht erreicht wurden. Die bestehenden Buslinien werden beibehalten.

Die Abfahrtszeiten ändern sich je nach Bedarf, eine Anmeldung ist erforderlich. BAXI kostet so viel wie eine normale Fahrt mit dem ÖPNV-Bus. Die Testphase für das Pilotprojekt läuft drei Jahre. Gefördert wird das Projekt zum Großteil vom Bayerischen Innenministerium. **DK**

Landshuter Hofmusiktage 2014:

„Amore“ im Mai

Erstmals im Mai finden die Landshuter Hofmusiktage statt. Passend zum „Wonnemonat“ steht „Amore“ mit all ihren Facetten im Mittelpunkt dieses Europäischen Festivals Alter Musik. Vom 16. bis 25. Mai erklingen in Landshut Liebeslieder aus dem Mittelalter, Kantaten, Oden und Arien. Charismatische Sänger und virtuose Musiker interpretieren Musikliteratur aus Italien und Spanien oder erzählen vorgetragene Balladen von Sagen und Märchenfiguren aus dem hohen Norden.

Die Landshuter Hofmusiktage gehören zu den hochwertigsten Veranstaltungen zu Alter Musik aus dem 12. bis 18. Jahrhundert. Die Besucher erleben zudem eine der besterhaltenen Städte Deutschlands, dessen Stadtbild mit seinen Bauwerken aus dem Mittelalter, der Renaissance und des Barock eine nahezu authentische Atmosphäre zu den Hofmusiktagen verströmt. Die historischen Räume lassen die alten Instrumente und Spielweisen zu einem besonderen Erlebnis werden. „Und doch ist Landshut kein Museum, sondern eine jung gebliebene, der Zukunft zugewandte Stadt. Auch Alte Musik ist jung und klingt oft höchst modern. Von ihr ist es zu Weltmusik, Gothic oder Metal nicht weit“, betont Altoberbürgermeister Josef Deimer, 1. Vorsitzender Landshuter Hofmusiktage e. V., in einem Grußwort.

Im Rahmen der Landshuter Hofmusiktage werden auch Workshops für zahlreiche Anre-

gungen und Impulse sorgen. Ein Workshop befasst sich mit der Vokalmusik des Mittelalters. Wie Instrumente in Alter Musik eingesetzt und Stimmen sinnvoll „instrumentiert“ werden können, wird in einem weiteren Workshop demonstriert. Darüber hinaus wird in Meisterkursen in die besondere Spiel- und Bogen-technik von Barockvioline und Barockvioloncello eingeführt. Außerdem werden mit den Teilnehmern Werke des Barock und der Klassik erarbeitet.

Bildende Künstler aus der Region widmen sich schließlich in einer Kunstausstellung im Marstall in Kooperation mit dem Kunstverein Landshut e. V. dem zeitlosen Thema „Liebe“ und bauen so Brücken von der Alten Musik zur Gegenwart. Dabei wird deutlich, dass Kunst letztlich zeitlos ist, da sie – ob alt oder neu – den Versuch unternimmt, zum Wesentlichen vorzudringen.

Information: www.landshuterhofmusiktage.com **DK**

„Zeit für Taten“

Kommunalminister Herrmann beim 20. Geburtstag der KPV Nürnberger Land

Die kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CSU im Nürnberger Land hat allen Grund zu feiern: Seit 20 Jahren bildet sie das Netzwerk aller kommunalen Mandatsträger der CSU im Landkreis. Gemeinsam mit Bayerns Kommunalminister, dem Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann wurde das Jubiläum in Engelthal gefeiert.

Zahlreiche Freunde und Mitglieder der KPV Nürnberger Land feierten gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsminister des Inneren, Joachim Herrmann, das 20-jährige Jubiläum. 1994 mit dem Vorhaben, politische Akzente zu setzen vom damaligen Neunkirchner Bürgermeister Roland Goldhammer gegründet, übernahm fünf Jahre später der Kreisrat und heutige KPV-Ehrenvorsitzende Werner Kundörfer den Kreisvorsitz. „Die KPV steht für das gemeinsame Kämpfen – denn wer gemeinsam kämpft, erreicht mehr als alleine“, betonte die Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler und wünschte der KPV und besonders ihrer aktuellen Kreisvorsitzenden und Kandidaten für das Amt der Landrätin, Cornelia Trinkl, für die nächsten 20 Jahre weiterhin viel Erfolg.

Gewerbesteuer

Wie die Rückschau des stellvertretenden Kreisvorsitzenden der KPV, Peter Uschalt zeigte, stand und steht die CSU-Arbeitsgemeinschaft unter dem Motto „Zeit für Taten“. Eines der wichtigsten Themen der letzten Jahre war der Erhalt der Gewerbesteuer als Einnahmequelle für die Kommunen. Die KPV in der CSU im Landkreis sei zudem gut vernetzt und hat mit ihrer Reihe „Im Dialog mit der Wirtschaft“ immer wieder Akzente gesetzt. Zahlreiche Redner waren im Laufe der Jahre Gast bei der KPV Nürnberger Land: vom ehem. KPV-Bundesvorsitzendem Peter Götz über den Landesvorsitzenden Stefan Rößle bis hin zum Bayerischen Staatsminister für Finanzen, Dr. Markus Söder.

Allgegenwärtiges Thema des Abends war die Kommunalwahl. So wünschte Joachim Herrmann nicht nur Cornelia Trinkl für ihr Vorhaben in das Landratsamt Nürnberger Land einzuziehen viel Erfolg, sondern auch allen Bürgermeister-, Stadt-, Gemeinde- und Kreistagskandidaten ein erfolgreiches Abschneiden, stellvertretend dem Bürgermeister der Gemeinde Engelthal Günter Rögner. „Keine Politik ist näher an den Menschen dran als die Kommunalpolitik“, so Herrmann. Deshalb ist es besonders auf kommunaler Ebene wichtig, sich bestmöglich zu vernetzen und zu unterstützen, was zu großen Teilen durch die KPV gelingt, so der Staatsminister. Er lobte die KPV im Landkreis als einen der aktivsten Kreisverbände in ganz Bayern.

Für die Zukunft nahm er sich vor, die Kommunen in ihren Kompetenzen weiter zu stärken, mehr Themen auch auf kommunale Ebene zu delegieren, damit mehr Kommunale Selbstverwaltung möglich ist. Herrmann nutzte außerdem die Gelegenheit, das Thema Stromtrasse aufzugreifen. Zuerst müsse die Notwendigkeit für die Trasse genau geprüft werden. Er stellt klar, dass es für den Fall des Baus der Stromtrasse

zwei entscheidende Voraussetzungen gibt: zum Einen muss erst sichergestellt werden, dass die Trasse auch wirklich der Energiewende und nicht dem Transport von Kohlestrom diene. Sollte die Trasse nötig sein, um tatsächlich die Energiewende weiter voran zu bringen, habe dann die Erdverkabellung Priorität, so Herrmann. **□**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



V. l.: Regierungsvizepräsidentin Maria Els, Rike Strohmeier und Landrat Thomas Karmasin bei der Übergabe des Förderbescheides. Bild: Landratsamt Fürstenfeldbruck

Regionalmanagement fördern

Landrat Thomas Karmasin nahm die Übergabe des Förderbescheides durch die Regierungsvizepräsidentin von Oberbayern, Maria Els zum Anlass, die neue Regionalmanagerin des Landkreises Fürstenfeldbruck, Rike Strohmeier, der Öffentlichkeit vorzustellen. Die Regionalmanagerin nimmt ihre Tätigkeit am Landratsamt zum 1. April 2014 auf.

Landrat Thomas Karmasin sagte zur Zielsetzung: „Das Regionalmanagement wird die in unserem Leitbild niedergelegten Grundsätze für die zukünftige Ausrichtung unseres Landkreises aufnehmen und in konkrete Maßnahmen umsetzen.“

Die Schwerpunkte des Leitbildes, definiert im Handlungskonzept, liegen im Bereich Siedlungsentwicklung und Wirtschaft sowie Förderung der regionalen Identität, Kultur- und Freizeitangebote. Die Regionalmanagerin aktiviert und koordiniert die Projektpartner und Akteure im Landkreis.

Bei der Leitbilddiskussion wirkten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, lokale Vereine und Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürgern von 2011 bis 2012 mit. Ziel des Leitbildes ist die Verbesserung der Lebensqualität aller – auch der zukünftigen Generationen. Dies verlangt eine vermehrte interkommunale Zusammenarbeit im Landkreis.

Das Regionalmanagement ist ein Instrument der Landesentwicklung. Mit 172.600 Euro übernimmt der Freistaat Bayern 50 Prozent der förderfähigen Kosten. **□**

Jahresbilanz Tourismusverband Franken:

Qualität und Nachhaltigkeit

Ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres mit einem Plus von 0,1 Prozent bei den Gästeankünften präsentierte der Vorsitzende des Tourismusverbandes Franken, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, bei einer Pressekonferenz in Nürnberg. „Angesichts der Wetterkapriolen im ersten Halbjahr sind wir mit der Jahresbilanz 2013 noch ganz zufrieden. Bereits jetzt sind die Prognosen für 2014 vielversprechend“, teilte Herrmann mit.

Im Vergleich zu 2013 sind die Übernachtungen in Franken – ohne Berücksichtigung der Mitglieder im Lieblichen Taubertal und im hessischen Spessart – um 1,4 Prozent auf rund 19,78 Millionen gesunken. Herrmann führte die Zahlen auf die starke Wetterabhängigkeit des Tourismus zurück. Als positiv wertete Herrmann den Ausländerreiseverkehr: Allein bei den Gästeankünften verzeichnete man hier eine Steigerung von 3,7 Prozent.

Kern der Strategie

Verlassen kann sich der fränkische Tourismus laut Herrmann auf eine stimmige Kommunikationsstrategie. Kern dieser Strategie sei die Marke „Franken“, die die Region mit klar definierten Themen wie „Wasserwandern auf dem Main“ und Schwerpunkten unabhängig von Verwaltungsgrenzen präsentiert.

Herrmann betonte, dass man in der fränkischen Tourismusarbeit weiter vor allem auf Qualität und Nachhaltigkeit anstatt auf kurzlebiges Trends setze. Er illustrierte diese strategische Ausrichtung unter anderem an den Themen Wandern und Radeln: „17 zertifizierte Wanderwege und zahlreiche Radwege mit vier oder fünf Qualitätssternen des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) sprechen für sich“. Als weitere Komponente des Qualitätsmanagements setzt der Tourismusverband Franken vermehrt auf den Gast selbst – und zwar in Form von Onlinebewertungen.

Deutsche Tourismusanalyse

Für die Saison 2014 zeigte sich der Verbandsvorsitzende optimistisch und verwies auf die Ergebnisse der aktuellen Deutschen Tourismusanalyse. Demnach ist Deutschland nicht nur wieder das beliebteste Reiseziel der Bundesbürger, sondern es wird auch ein Anstieg der Zweit- und Drittreisen

prognostiziert. Gemeinsam mit den Ergebnissen diverser Marktforschungsinstitute, die eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage um 20 Prozent voraussagen, seien dies sehr gute Rahmenbedingungen für Franken. „Von diesen Entwicklungen wird die Region mit seinem im Trend liegenden Angebot profitieren“, betonte Herrmann. Hierzu trügen unter anderem Veranstaltungen zu den Jubiläen „400 Jahre Schloss Johannisburg“ in Aschaffenburg, „200 Jahre Porzellan der bayerischen Fabriken“ und „300 Jahre Christoph Willibald Gluck“ bei.

Verschiedenste Veranstaltungen finden von Februar bis November zum Jubiläum „400 Jahre Schloss Johannisburg“ statt. Besonders hervorzuheben ist die große Sonderausstellung „Wunderkind mit Hammer und Meißel. Der Bildhauer Hans Juncker und der Aschaffenburg Schlossbau“ vom 10. Mai bis 7. September 2014.

Sonderausstellung

Das Schlossmuseum besitzt die umfangreichste Sammlung von Werken Hans Junckers und seines Kreises. In der Ausstellung werden nach erfolgreicher Restaurierung bedeutende Werke, die während des Zweiten Weltkriegs zerstört wurden, erstmals wieder öffentlich präsentiert. Größtes „Exponat“ ist die Schlosskirche mit dem aus kostbarem Alabaster bestehenden Hochaltar, ein weiteres Hauptwerk Junckers ist die Kanzel in der Stiftskirche St. Peter und Alexander. Im Schlosshof wird das Thema „Steinskulptur“ vom Entwurf bis zur Ausführung praktisch vermittelt. Carillonkonzerte, Schlosskonzerte, die Schönbusch-Serenaden, Konzerte in der Stiftskirche, Kulturtage und viele weitere Events machen das Jubiläum vielfältig.

In Nordostbayern befand und befindet sich seit mehr als hundert Jahren das Zentrum der deutschen

Porzellanindustrie. 2014 jährt sich die Gründung der Porzellanfabrik Carolus Magnus Huttschneider in Hohenberg zum 200. Mal. Sie war der Anfang dieser beeindruckenden und erfolgreichen Geschichte.

Das Porzellanikon zeigt von Juli bis November 2014 eine Sonderausstellung, die die Bedeutung der bayerischen Porzellanfabrik für den nationalen und internationalen Handel heraushebt. In der Ausstellung werden Türkenteller, zum Trinken des exotischen Heißgetränkes Kaffee aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts u. a. für Persien oder die Türkei gefertigt, ebenso präsentiert wie Pfeifen aus Porzellan für das männliche Vergnügen des Rauchens, das insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts salonfähig wurde.

Bayerische Porzellane

Während seine Hoheit, der bayerische Kronprinz Rupprecht von Bayern von Huttschneider Porzellan aus Selb seinen Kaffee trank, lieferte die Firma Heinrich aus Selb die Geschirre für das Luftschiff Graf Zeppelin und die Tischeinstellungen u. a. für die Päpste Pius XII, Johannes XXIII und Paul VI an den Vatikan. Nicht fehlen dürfen in der Ausstellung natürlich die kunstvoll gefertigten Zierartikel und Figuren, die die Herzen der Porzellanliebhaber schon immer höher schlagen ließen und lassen – seien es Vasen der Porzellanfabrik Rosenthal aus Selb, die bereits auf der Weltausstellung 1900 in Paris präsentiert wurden, Patriotisches wie ein Jubiläumsteller von Carl Schumann in Arzberg aus dem Jahr 1913, entstanden anlässlich des 25. Regierungsjubiläums von Kaiser Wilhelm II., ein seltenes Schreibzeug aus der Königl. Priv. Porzellanfabrik Tettau, eine brauchbare Zierde für jeden Schreibtisch oder die asymmetrischen Vasen aus Küps, die aus den 1950er Jahren nicht wegzudenken sind.

Gluck-Opern-Festspiele

In Italien und Wien wurde er zum gefeierten Star, in Paris machte er sich einen Namen als Reformator der Oper, geboren wurde er aber in einem kleinen Ort bei Berching im Naturpark Altmühltal: Christoph Willibald Gluck. 2014 jährt sich der Geburtstag des großen Komponisten zum 300. Mal – ein Anlass, der gebührend gefeiert wird. So lädt Nürnberg vom 14. bis 27. Juli 2014 zu den „Internationalen Gluck-Opern-Festspielen“ ein. Im Programm der Festspiele stehen szenische Aufführungen seiner Werke und seiner Zeitgenossen, die Integration des Balletts in das Musikdrama als Glucks Innovation sowie ein wissenschaftliches Symposium. Betont wird dabei vor allem eins: die ungebrochene Aktualität von Glucks Kompositionen.

Höhepunkt in Berching ist ein Barockfest nach dem Vorbild einer Festlichkeit aus Glucks Zeit in Wien (25. bis 27. Juli 2014) mit Rahmenprogramm. Zu einer Zeitreise wird außerdem die „Landpartie“ am 30. und 31. August 2014. „Zeitzeugen“ begleiten dabei die Gäste zu den Lebensstationen Glucks und auch der kulinarische Genuss, dem der Komponist angeblich sehr zugetan war, kommt nicht zu kurz. Am 15. November 2014 (Glucks 227. Todestag) lässt man das Festjahr schließlich unter dem Motto „Glücklich speisen“ geschmackvoll ausklingen. **DK**

das angestrebte Ziel, die komplette Umstellung aller Hilfsorganisationen auf Digitalfunk bis zum Jahr 2015, erreicht wird.“ **DK**

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Also vielen Dank an euch alle. So einen schönen Erfolg erringt man nie allein. Dazu gehört auch mehr als eine gut organisierte Wahlkampftruppe. Man braucht Leute um sich, auf die man sich hundertprozentig verlassen kann – so wie ich mich auf euch!“ Mein Chef, der Bürgermeister, war sichtlich gerührt nach seinem fulminanten Wahlerfolg: Wiederwahl im ersten Durchgang und stabile Verhältnisse im Stadtrat, mit denen man arbeiten kann.

Die Wählerinnen und Wähler haben dem Chef, wie man so schön sagt, wieder ihr Vertrauen ausgesprochen. Wie bitte? Vertrauen für einen Politiker? Glaubt man der jüngst veröffentlichten Studie eines der führenden Marktforschungsunternehmen, dann ist die Bevölkerung bei uns eher bereit, nordkoreanischen Fernsehnachrichten zu glauben, als deutschen

Vertrauen für einen Politiker

Politikern Vertrauen zu schenken. Ganze 15 Prozent der Befragten gaben an, Vertrauen in Politiker zu haben – 19 Prozent hatten Vertrauen in Versicherungsvertreter (sic!) und sogar 39 Prozent in Banker.

Wobei „Politiker“ in diesem Zusammenhang wohl begrifflich etwas zu undifferenziert ist. Wenn man die akkreditierten bayerischen Kompetenzzentren der Meinungsforschung konsultiert, also das Wirtshaus und die Warteschlange beim Metzger, wird man sehr schnell feststellen, dass sich der Unmut mehr „gegen die da oben (in München oder Berlin)“ wendet, als gegen die im Ort verwurzelten Politiker. Der Abgeordnete, den man schon mal irgendwo getroffen hat, ist persönlich deutlich beliebter und angesehen, denn als Angehöriger der jeweiligen gesetzgebenden Körperschaft. So ergibt auch eine etwas differenziertere Betrachtung, dass die Bürgerinnen und Bürger von allen politischen Akteuren am meisten den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vertrauen. Kommunalpolitiker sind halt näher am Ohr und am Herz der Menschen. Zwar liegen sie mit 55 Prozent Vertrauen abgeschlagen hinter den mit Abstand führenden Feuerwehrleuten (die also nicht nur bei kleinen Buben hohes Ansehen genießen), Ärzten und Heilberufen, aber sie können es doch ganz gut mit Journalisten und

sonstigen prägenden Akteuren der öffentlichen Meinung aufnehmen.

Dennoch bleibt es ein Rätsel, warum unsere Gesellschaft gerade diejenigen in der Vertrauensskala auf „Ramsch-Status“ setzt, die sie selbst gewählt hat, um für die öffentlichen Angelegenheiten Sorge zu tragen. Der Grund dürfte vor allem daran liegen, dass Politiker nicht die allwissenden und alles lösenden Superhelden sind, als die sie sich selbst manchmal ausgeben, als die wir sie aber vor allem so gerne sehen wollen. Politiker stehen oft zwischen dem, was richtig ist und dem, was wir, die Wähler, erwarten. Nehmen wir nur die Rente mit 63 oder den Mindestlohn: Die Mehrheit der Leute weiß, dass beides volkswirtschaftlich gefährlicher Unfug ist, trotzdem ist auch eine Mehrheit irgendwie für beide Maßnahmen, weil sie ein diffuses Gerechtigkeitsgefühl ansprechen. Sollten die Vorhaben auf Eis gelegt werden, würde dem Wohlstand und unseren Kindern ein Gefallen erwiesen, aber die Politiker würden sich dem Vorwurf aussetzen, man könnte ihren Ankündigungen nicht vertrauen. Dilemma!

Mein Chef, der Bürgermeister, ist zufrieden, dass er in seinem kleinen Kosmos aus Stadtplanung, Verkehrserschließung, sozialer Infrastruktur und Gewerbeansiedlung nie in solch hoch ideologische Fragen verstrickt werden kann. Kommunalpolitik ist Gestaltungsauftrag im Konkreten und Lösungen sind sofort und für alle greifbar. Wichtig ist es, immer im engen Kontakt mit den Leuten zu bleiben und nie aus den Augen zu verlieren, wie sie denken und welche Vorstellungen sie haben. Dann kann man es auch leichter erklären, wenn man einmal eine Entscheidung trifft, die vielleicht heute unpopulär ist, aber sich morgen als segensreich erweisen wird. Vertrauen ist daher auch Ausfluss des vertrauten Miteinanders, wie es halt in einer kleinen Stadt noch leichter möglich ist. Dem Chef simse ich mal eine Definition, die der amerikanische Journalist Henry Louis Mencken geprägt hat: „Vertrauen ist das Gefühl, einem Menschen sogar dann glauben zu können, wenn man weiß, dass man an seiner Stelle lügen würde.“

the
Sabrina

CSU-Bezirksverband Mittelfranken:

Krankenhausfinanzierung im ländlichen Raum

Gunzenhausen. In enger Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Städten will der CSU-Bezirksverband Mittelfranken an einer Krankenhaus-Strukturplanung mitwirken, die ein ausreichend dichtes Netz zeitgemäßer Einrichtungen sicherstellt. CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann zeigte sich bei einer erweiterten Bezirksvorstandssitzung seiner Partei zum Thema „Krankenhausfinanzierung im ländlichen Raum“ davon überzeugt, dass dies auch kontinuierliche Investitionen in den Bau und die Ausstattung von Krankenhäusern voraussetzt: „Der Freistaat nimmt seinen Finanzierungsauftrag für diesen essentiellen Bereich der Daseinsvorsorge sehr ernst“, und auch die Kommunen würden einen maßgeblichen Beitrag zur Finanzierung notwendiger Investitionen leisten.

Zum Dialog im Klinikum Altmühlfranken in Gunzenhausen hatte Herrmann auch betroffene Fachleute eingeladen. Mit dabei waren mit Jürgen Winter der Geschäftsführer von „Klinikkompetenz Bayern eG“ und Vorstand des Kommunalunternehmens „Klinikum Altmühlfranken“ sowie die Landräte aus dem westmittelfränkischen Raum, Gerhard Wagemann und Dr. Jürgen Ludwig.

Kosten und Erlöse

Winter setzte in seinem Beitrag die Zusammenarbeit der Kliniken an die Stelle von Konkurrenzdenken. Er wollte die staatliche Förderung an einer bedarfsorientierten Planung ausgerichtet wissen, weil nur so eine „nachhaltige Krankenhausfinanzierung“ möglich sei. Vom Auseinanderdriften der Schere zwischen Kosten und Erlösen sprach Landrat Dr. Ludwig: „Es gibt einen enormen Kostendruck“, dem Versorgungsauftrag müsse

der finanzielle Rahmen angepasst werden. Vor allem ländliche Grundversorger hätten mit verschärften ökonomischen Herausforderungen zu kämpfen. Dass die Krankenhausfinanzierung in Bayern besser ist als in allen anderen Bundesländern, darin waren sich alle einig – aber auch darin, dass die Investitionsförderung durchaus noch ausbaufähig sei.

Zwang zum Handeln

Staatsminister Joachim Herrmann wollte die Diskussion weiter gefasst wissen: „Es geht auch um die Notarztversorgung und die flächendeckende Präsenz von Allgemeinärzten, den Fachkräftemangel und die Gratwanderung zwischen Spezialisierung und wohnortnaher Versorgung. Beim Staatsziel „gleichwertige Lebensbedingungen“ spiele die Gesundheitsversorgung insgesamt eine entscheidende Rolle und wegen der Komplexität der Thematik

schlug er dem Gremium vor, einen eigenen Bezirksparteitag mit dem Oberbegriff „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“ dazu auszurichten. Mitwirken sollen alle Betroffenen – diejenigen, die für die Finanzierung und die politischen Grundlagen sorgen müssen, wie auch Patienten, Ärzte und weitere Fachkräfte. Herrmann: „Der rasche medizinische Fortschritt und die demografische Entwicklung zwingen zum Handeln.“ Er baue dabei auch auf den Koalitionsvertrag in Berlin, welcher die Krankenhausversorgung in ländlichen Regionen unterstreiche und somit eines der wichtigsten Ziele bayerischer Krankenhauspolitik unterstütze.

Der Tagung wohnte auch der „frisch gebackene“ Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, bei, was Bezirksvorsitzender Herrmann zum Anlass nahm, ihm zu dieser Berufung sehr herzlich zu gratulieren. Nicht ohne Grund habe er am Tag der Ernennung von „einem großen Tag für Mittelfranken“ gesprochen. Schmidt stehe in der Tradition erfolgreicher mittelfränkischer Bundesminister der CSU wie Richard Stücklen, Werner Dollinger und Carl-Dieter Spranger. Die Regierungskompetenz der CSU-Mittelfranken werde somit einmal mehr unter Beweis gestellt“, machte Herrmann abschließend deutlich. **pm**

Zukunftswerkstatt „Gesundheitsversorgung“ im Landkreis Donau-Ries:

Erste Ergebnisse

Donauwörth (pm). In den ersten Arbeitsgruppentreffen der Zukunftswerkstatt wurden konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung besprochen. Diese sollen die Qualität der Gesundheitsversorgung im Landkreis verbessern. Unter anderem wird eine Checkliste zum Patientenübergang erstellt.

Mit den ersten drei Arbeitsgruppentreffen wurde die von Landrat Stefan Rößle initiierte Zukunftswerkstatt „Gesundheitsversorgung im Landkreis Donau-Ries“ erfolgreich weitergeführt. Landrat Rößle, der bei allen drei Treffen die Mitwirkenden persönlich begrüßte, sieht sich von den Ergebnissen und der Teilnehmerzahl der ersten Runde bestätigt: „In den Treffen haben über 60 Teilnehmer bereits konkrete Ideen entwickelt, wie die Gesundheitsversorgung im Landkreis Donau-Ries dauerhaft verbessert werden kann. Dies zeigt, dass in einigen Bereichen auf lokaler Ebene auch ohne politische Reformen qualitative Verbesserungen erreicht werden können.“

Verbesserung des Patientenübergangs

Beim ersten Vernetzungstreffen der Versorger vor Ort im BRK-Zentrum in Donauwörth, das von Christian Babin, Vorsitzender des Ärztlichen Kreisverbandes Nord-Schwaben, moderiert wurde, trafen sich rund 30 Vertreter der Krankenhäuser, Senioreneinrichtungen, Pflegedienste sowie niedergelassene Ärzte. Anwesend war unter anderem auch Jürgen Busse, Vorstand des gemeinsamen Kommunalunternehmens gKU. „Das Treffen war sehr kon-

struktiv und ein großer Erfolg“, so Stefan Wieschebrock, Konversionsmanager des Landkreises. „Allen Beteiligten war die Verbesserung der Kommunikation untereinander ein großes Bedürfnis. Mit dem Vernetzungstreffen konnten wir hierfür den Grundstein legen.“

Gerade beim Patientenübergang, z. B. von ambulanter zur stationären Versorgung, wurden Verbesserungsmöglichkeiten gesehen. Dadurch kann sowohl die Arbeit der Ärzte, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, als auch die Belastung für den Patienten beim Übergang reduziert werden.

Ein Beispiel: Ein Patient wird am Freitag mit dem vorher berechneten Medikamentenbedarf für das Wochenende aus dem Krankenhaus entlassen. Dadurch ist die Medikamentenversorgung über das Wochenende sichergestellt. So muss der Patient nicht umständlich über den diensthabenden Arzt wichtige Medikamente anfordern.

Die Selbsthilfegruppen im Blick

Beim zweiten Arbeitsgruppentreffen trafen sich Pfleger sowie Vertreter von Selbsthilfegruppen im St. Vinzenz Seniorenheim in Nördlingen. Moderiert von Norbert Lambert, Mitarbeiter des gKU, diskutierten die 16 Teilneh-

mer Maßnahmen zur besseren Vernetzung der Selbsthilfegruppen im Landkreis Donau-Ries.

Gewünscht wurde vor allem eine zentrale Informationsplattform, auf der die bestehenden Selbsthilfeangebote gesammelt werden, um sich miteinander besser vernetzen zu können. Zudem diene eine solche Plattform auch der Information der Bevölkerung. Konversionsmanager Stefan Wieschebrock versprach zu prüfen, ob dies vom Landkreis Donau-Ries umgesetzt werden kann.

Das Thema Patientenübergang war auch bei diesem Arbeitsgruppentreffen ein zentrales Anliegen der Beteiligten. Daher wurde vorgeschlagen, diese Gruppe mit den Versorgern vor Ort zusammenzulegen, um gemeinsam Verbesserungen zu bewirken.

Prävention

Ein zentrales Anliegen der Teilnehmer der Auftaktveranstaltung war, das Thema Prävention verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. 18 Teilnehmer diskutierten im Rathaus Oettingen darüber, wie dies am besten gelingen kann. Dabei wurde festgestellt, dass es schon sehr viele Akteure und Präventionsangebote, zum Beispiel durch die drei Volkshochschulen im Landkreis, gibt. Diese sollten sich jedoch verstärkt miteinander austauschen, um die breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Konsens war, dass Präventionsangebote an alle Bevölkerungsschichten und Altersklassen gerichtet werden müssen. Um dies zu gewährleisten, können beispielsweise präventive Maßnahmen mit Eventcharakter durchgeführt werden. Diese sollten im Idealfall auf Ebene der Städte und Gemeinden stattfinden. Bürgermeister Matti Müller war der Idee gegenüber aufgeschlossen: „Wir werden gemeinsam mit der Volkshochschule Oettingen und der Region Hes-

selberg überlegen, ob wir einen Tag 'Oettingen bewegt sich' durchführen können.“

Informationsplattform erwünscht

Ein weiterer Wunsch war, eine zentrale Informationsplattform mit der Sammlung bestehender Präventionsangebote und einer Auflistung von Experten zu verschiedenen Themen zu errichten. Offen geblieben ist, wie sozial benachteiligte Gruppierungen für Präventionsangebote begeistert werden können. Dieses Thema soll in einem weiteren Arbeitsgruppentreffen diskutiert werden.



Sind mit den ersten Ergebnissen der Arbeitsgruppentreffen sehr zufrieden (von links): Norbert Lambert vom gKU, Landrat Stefan Rößle und Konversionsmanager Stefan Wieschebrock. Bild: LRA

Euregio Egrensis-Bilanzpressekonferenz:

Jugend – Drogen – Sprachoffensive

Bei der diesjährigen gemeinsamen Pressekonferenz der drei Euregio Egrensis (EE)–Arbeitsgemeinschaften Bayern, Böhmen und Sachsen/Thüringen im böhmischen Eger/Cheb wies die Präsidentin der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern und Oberbürgermeisterin der Stadt Markredwitz, Dr. Birgit Seelbinder, darauf hin, dass die Euregio Egrensis auf 20 Jahre erfolgreiche Arbeit zurückblicken kann, aber vor wichtigen neuen Herausforderungen steht. Die neue EU-Förderperiode 2014 bis 2020, aber auch die Kommunalwahlen würden Veränderungen bringen.

Vor mehr als 80 Gästen, die der Einladung gefolgt waren – darunter Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie Initiatoren und Akteure verschiedenster EU-geförderter Projekte – erinnerte der Präsident der Euregio Egrensis Sachsen/Thüringen e.V., Plauens Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer, an die friedliche Revolution und den Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989, die hier das friedliche Miteinander der vergangenen zwei Jahrzehnte ermöglichten.

Meilensteine

Mit Blick auf wichtige Meilensteine des vergangenen Jahres nannte Oberdorfer zunächst das 20-jährige Bestehen der EE. Sowohl der Festakt im März im König-Albert-Theater Bad Elster vor 300 Gästen als auch die Fachtagung im Oktober im Porzellanikon in Selb mit 120 Teilnehmern hätten das ungebrochene gegenseitige Interesse der Menschen in

der Vierländerregion demonstriert. Als Herausforderungen hätten sich u. a. die Auswirkungen der Wirtschaft- und Finanzkrise, die demografische Entwicklung und die Schaffung eines gemeinsamen grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes in der Region herauskristallisiert. Auch die Sprachbarriere im grenznahen Raum sei ein Thema, das auf den Nägeln brenne. Hier soll laut Oberdorfer „mit unserer EE-Sprachoffensive auch weiter dafür gesorgt werden, dass sich das in den nächsten Jahrzehnten ändert. Denn darin liegt die Chance für einen gemeinsamen Arbeitsmarkt.“

Die Problematik des Drogenhandels und Drogenkonsums beidseits der Grenze, die sich auch im enormen Anstieg der Beschäftigungskriminalität widerspiegelt, ist Oberdorfer zufolge ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich der Euregio Egrensis. 80 Prozent der Einbruchsdelikte seien auf Drogenkriminalität zurückzuführen.

Wie der Präsident weiter bilanzierte, konnten aus dem Euregio Egrensis Kleinprojektfonds aus EU-Mitteln des Ziel3-Programms Sachsen-Tschechien 2009-2013 mehr als 200 Projekte mit insgesamt ca. 2,3 Mio. Euro gefördert werden. Die Hilfen flossen in Begegnungen von Schulen, Vereinen u. ä. in Sport, Kunst, Kultur, Bildung und Tourismus. Der Fonds wurde gemeinsam von den EE-Arbeitsgemeinschaften Sachsen/Thüringen und Böhmen verwaltet. Etwa ein Drittel der Fördergelder flossen in den thüringischen Teil der Euroregion.

Verwaltung der Gelder

In punkto Förderung gab Oberdorfer schließlich noch einen kurzen Ausblick: Künftig setze man bei der Verwaltung der Gelder für Mensch-zu-Mensch-Kleinprojekte weiterhin auf die Geschäftsstellen der Euroregionen. Derzeit gebe es Gespräche, wie Antrag und Abrechnung, möglicherweise durch Pauschalen, vereinfacht werden können. Wann genau die neue EU-Förderperiode starten wird, ist laut Oberdorfer derzeit noch ungewiss. Vor 2015 rechnet er allerdings nicht mit einem Beginn. DK

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 3. April 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Kommunikationstechnologie
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung
- Fachliteratur für Kommunen
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauenrotergraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Ihr Ansprechpartnerinnen für Anzeigen:

Constanze von Hassel
Telefon (081 71) 9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energieanbieter
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Insrieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

November 2014
2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Bänke

NUSSER
Bestens ausGESTATTet
Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG · 07195/693-111
www.stadtmobel.de

26. Juni 2014
7. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de